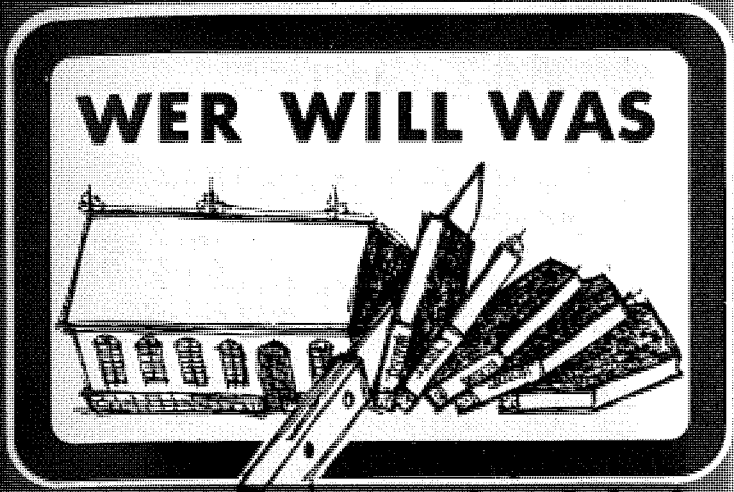


J&V

WER WILL WAS VON DER SCHULE



von der Schule

Schulen/Kirchen der Herrschenden

Sind die Lehrervereine überflüssig?

schulheft 23

schulheft 23

Die SCHULHEFTE kosten im Abonnement (4 Nummern) S 200,-; als Einzelnummer: S 58,-. Für die Bundesrepublik Deutschland Abo DM 30,-, Einzelnummer DM 9,-, Versandkosten extra.

Abonnements gelten automatisch als verlängert, wenn sie nicht spätestens zehn Tage nach Erhalt der letzten bezahlten Nummer abbestellt werden.

Diese Nummer wurde redigiert von Walter Höller, Joschi Kneihns und Michael Sertl.

Für den Inhalt verantwortlich: Uwe Bolius, Krongasse 6, 1050 Wien.

schulheft

Die pädagogische Taschenbuchreihe für
Lehrer, Eltern und Schüler

Die Schulhefte sind parteipolitisch unabhängig und erscheinen viermal im Jahr: mit zwei Frühlings- und zwei Herbstnummern. In jeder Nummer wird jeweils ein erzieherisches und/oder schulpolitisches Thema behandelt — von wissenschaftlichen, politischen, vor allem aber: praxisnahen Gesichtspunkten aus: unter möglichst enger Mitarbeit von Lehrern, Eltern und Schülern.

Kritische Schilderungen und Analysen aus dem Schulalltag stehen im Vordergrund. Vor allem Lehrer haben zunehmend die Chance genutzt, ohne parteipolitische Rücksichtnahme über ihre Probleme zu berichten. Wir hoffen aber, daß es uns mit der Zeit gelingen wird, auch mehr Schüler und Eltern für die Mitarbeit an dieser neuen pädagogischen Taschenbuchreihe zu gewinnen.

Redakteure und Herausgeber haben sich das Ziel gesetzt, allen am Erziehungsprozeß beteiligten Personengruppen mit den Schulheften unmittelbare Hilfe und direktes Service zu bieten. Darüber hinaus hoffen wir aber, allmählich auch auf ein ferner liegendes Ziel zusteuern zu können: mit dazu beizutragen, den Boden für eine demokratische Reform des österreichischen Bildungswesens durch die Betroffenen selbst bereiten zu helfen. Reform durch die Basis tut not.

Impressum:

ISBN 3-224-19348-4 Jugend & Volk, Wien - München
Graphische Gestaltung: Sieglinde Button

Alle Rechte vorbehalten. Eigentümer: Verein SCHULHEFT, Krongasse 6/6, 1050 Wien. Herausgeber: Herta Andiel, Gerhard Bisovsky, Uwe Bolius, Christine Freiler, Norbert Kutalek, Erich Ledersberger, Waltraud Leitner, Ursula Pasterk, Suzanne Pirstinger, Edda Reiterer, Peter Seidl, Michael Sertl, Leena Siivonen, Ulrike Unterbrunner. Bankverbindung: PSK 7367.904.

Druck: typoskript, Canisiusgasse 25, 1090 Wien, Tel.: 34 11 75.

inhalt: WER WILL WAS von der Schule

Hannes Vogeler

Briefe ohne Reaktionen 3, 4, 44, 58, 86

Einleitung 5

institutionen

Georg Hahn

Schulen: Kirchen der Herrschenden 7

Integration der Wirtschaft in den Unterricht

Gespräch mit dem Geschäftsführer der ÖVG,
Dr. F. Steinhart 13

Was will die Kirche? 19

Ernst Weber

Wem nützt die Sparerziehung? 25

Michael Sertl

Es geht um mehr als eine Milliarde 33

vermischte interessen

... es zahlt sich aus!

Ein Interview mit dem Lehrlingsausbildner W. Pohl 39

Josef Maderner

Bildungs-Kollektivvertrag? 45

Gerald Fischer

„Ihr Feiglinge, ihr Memmen“ 47

lehrer

Mehr bildungspolitisches Engagement!

Interview mit F. Neugebauer, Vorsitzender
der Pflichtschullehrergewerkschaft 49

Helga Grech

Sind die Lehrervereine überflüssig? 59

Walter Höller

Sperrt die Pädaks zu! 61

schüler

Joschi Kneihns

Die Nase voll 63

Joschi Kneihls „Der Widerspruch in sich“	66
Sonja Selber Der Rettungsversuch	71
Ein 15jähriger Schüler „Ich hasse es, alles“	73
Jacques Prévert Rechenstunde	76

eltern

Klaus Heizele Melkkuh Elternverein	79
Ilse Maier Ein Stein fällt ins Wasser	81
Irene Brüll IGS oder Gym?	84

kurzmeldungen

DR FRITZ FELSENFEST
Verteidiger in Strafsachen
1010 Wien

An den Verein
SCHULHEFT
Neustiftgasse 19/16
1070 Wien

Wien, 28. Oktober 1981

Betrifft: Entgegnung.

Werte Damen und Herren!

Aus Ihren Kreisen kommt immer wieder der Vorwurf, daß die österreichische Schulpolitik "konzeptlos" sei.

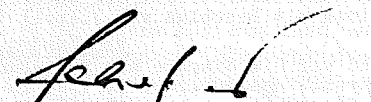
Im Namen meiner Mandanten, der Mitglieder des parlamentarischen Schulausschusses, begehre ich von Ihnen die fristgemäße und formgerechte Veröffentlichung der folgenden

ENTGEGNUNG

gem. §18 lit.b des Pressegesetzes:

Die Behauptung, Österreichs Schulpolitik wäre "konzeptlos" ist unwahr!
Wahr ist vielmehr:
Die österreichische Schulpolitik ist nicht konzeptlos sondern planlos.

Mit dem Ersuchen um raschestmögliche Erledigung verbleibe ich in vorzüglicher Hochachtung


Dr. Fritz Felsenfest
Rechtsanwalt und Verteidiger in
Strafsachen

Der Landesschulrat für Vorarlberg
Römerstraße 5-7
V - 6500 Bregenz

2. April 1980

An das
Bundesministerium für
Unterricht und Kunst
Minoritenplatz 5
A - 1010 Wien



Werte Damen und Herren!

Hiermit beantragt der Landesschulrat für Vorarlberg die Einführung des folgenden Lehrplans für das Fach Geographie an allen Hauptschulen sowie Unterstufen der allgemeinbildenden Höheren Schulen im Bereiche des Bundeslandes Vorarlberg:

1. Klasse: Vorarlberg im Überblick: Landschaft - Wirtschaft Landwirtschaft
 2. Klasse: Bezau und der vordere Bregenzer Wald. - Schoppernau und der hintere Bregenzer Wald. - Das Kleine Walsertal. - Das Große Walsertal. - Stadtgeographie: Bludenz!
 3. Klasse: Bregenz - Metropole oder Megalopolis? - Die Rathausstraße. - Die Römerstraße. - Die Bahnhofstraße. - Die Kapuzinergasse.
 4. Klasse: Vorarlberg und die Welt: Die Schifffahrtslinien über den Bodensee. Unser Außenhandel mit Tirol. Probleme des Zentralhimalaya dargestellt am Beispiel der Silvretta
- DAZU: Freifach "politische Bildung": Die Teilorganisationen und ihre ÖVP, inkl. 1 dreitägige Exkursion: "Wir besuchen unsere ÖVP-Bezirksparteileitung (mit praktischen Anleitungen im Ausfüllen von Beitrittsformularen.)"

In der Hoffnung auf baldige Erledigung dieses überaus wichtigen Antrages zeichnet

achtungsvoll

Präsident.

STELLUNGNAHME:

Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst hat obigen Antrag mit Beschluß vom 7. April 1980 **a b g e l e h n t**.

BEGRÜNDUNG:

Wohl war die Eingabe mit S 6.-Bundesstempel versehen, doch schreibt das BGBl. Nr. 154/1947 in der derz. gült. Novelle vom 16. 11. 1966 Fassung, c, EZ. II eindeutig eine Stempelmarke im Werte von S 7.80 vor.

Ihrem Antrag war demnach nicht zu entsprechen.

Für den Bundesminister sowie die Richtigkeit der Ausfertigung:

Mag. iur. E. Armelschoner
Wirkl. Kanzleirat

Einleitung:

„Schule ohne Eigenschaften?“

oder: Die „grundvernünftigen Anliegen im Interesse unserer Schüler“

Über die Interessen zu schreiben, die an der Schule bestehen, über das, was von der Schule gewollt wird und erst recht über die, die das alles wollen, ist auf der einen Seite ein lange gehegter Wunsch der SCHULHEFTE; auf der anderen Seite kann das — gerade in „Kakanien“ — nur in Sisyphus-Arbeit ausarten, die bekanntlich schon bei Robert Musil zum Tode geführt hat. Wir leben noch, und obwohl jeder Vergleich mit dem Mann ohne Eigenschaften schlicht eine Frechheit ist, so hoffen wir trotzdem, einige Charakterzüge dieser unserer „Schule ohne Eigenschaften“ sichtbar gemacht zu haben.

Bleiben wir zuerst bei denen, die — aus Zeit- und Autorenmangel — im Dunkeln bleiben: z. B. die Interessen der Bürokratie, die „natürlich“ keine losgelösten, selbständigen Interessen sein können oder die der Wissenschaft, der freien. Oder die konkreteren: die Verkehrserziehung oder die neuentdeckte Liebe zum Sport (Schülerliga, Skigymnasium . . .). Wer wollte bestreiten, daß das „grundvernünftige Anliegen“ im Interesse unserer Kinder sind? ! Und gleichzeitig pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß hinter der Verkehrserziehung die Versicherungen in Form des Kuratoriums für Verkehrssicherheit stecken und mit Hilfe der Sportbegeisterung die Sportartikelindustrie u. a. den „jugendlichen Konsumenten“ locken.

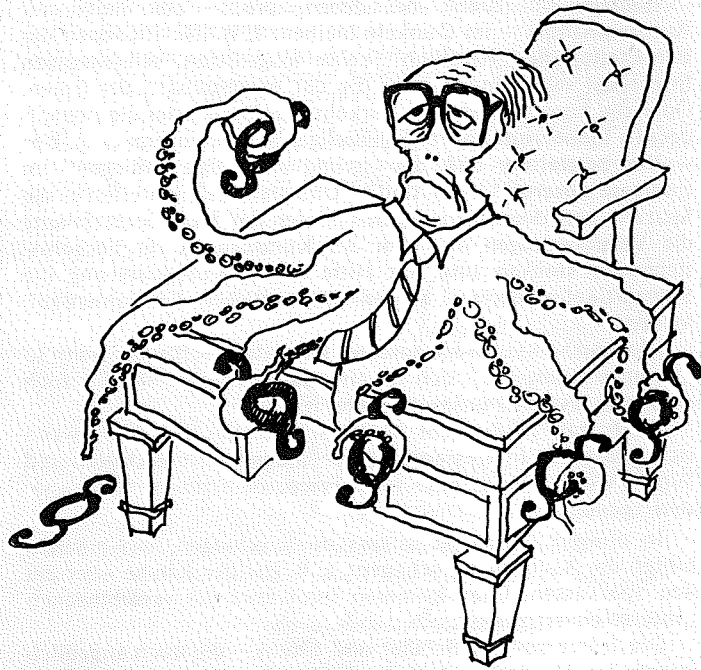
„Ja und? !“ sagen sie zurecht. Ist es denn schlecht, wenn so „potente Geldgeber“ sich für eine Sache engagieren, die doch eindeutig im Sinne unserer Schüler ist?

Gegenfrage: Geschieht in der Schule alles erst dann, wenn sich „potente“ Interessenten dafür finden? Offensichtlich sind Dinge, wie Umweltschutz oder Friedenserziehung nicht „potent“ genug!

In einigen Fällen ist es uns doch gelungen, ein bißchen hinter die Kulissen zu schauen: z. B. bei der Kirche oder bei den Sparkassen. Dazu kommen Interviews mit verschiedenen „Interessenvertretern“.

Die Interessen der Schüler und Eltern — die doch angeblich immer im Vordergrund stehen — dürfen in einem SCHULHEFT natürlich nicht fehlen.

Noch ein Wort zum Schluß: Die Bildungspolitik der Parteien haben wir mit Absicht draußen gelassen. In ihr spiegelt sich ja das wieder, was sich auch in der Schule abspielt, der Widerstreit der Interessen. Was dann als Bildungsprogramm herauskommt, ist das papierene Konglomerat von verschiedenen Interessen. Zweifellos gibt es da Unterschiede, gewichtige sogar! Aber diesmal waren uns die einzelnen Interessen wichtiger als ihre Berücksichtigung in den Parteiprogrammen.



institutionen

Georg Hahn

Schulen: Kirchen der Herrschenden

Was die Gewerkschaften von der Schule wollen und was sie wollen sollten

Warum sich die Gewerkschaften für Schule interessieren müssen? Wesentliche Einstellungen und Verhaltensweisen von zukünftigen Lohnabhängigen werden in ihr entscheidend geprägt. Für Gewerkschaften ist es also nicht unwichtig, ob Schule solidarisiert oder entsolidarisiert. Überraschend, daß sich die Gewerkschaften bisher wenig für sie interessiert haben.

Die Abstinenz der frühen Jahre

Diese „Großzügigkeit“ hat freilich einen realen Hintergrund. Nach 1945 bot sich den österreichischen Gewerkschaften die Gelegenheit, im Staat „mitzumachen“. Der wirtschaftliche und soziale Druck drängte bildungspolitische Fragen ins Abseits. So blieb auch die Schule ein „unentdeckter Kontinent“. Die Gewerkschaften verließen sich auf die politische Redlichkeit der organisierten Lehrer. Die eigene Bildungsarbeit wurde weiterhin als „Gegenbildung“ organisiert.

So vermeinten die Gewerkschaften einen Ausgleich zu schaffen. Er entsprach den sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen über Arbeitsteilung in der „modernen Industriegesellschaft“. Zeugen dieser bildungspolitischen Abstinenz der frühen Jahre sind die „Stenographischen Protokolle“ der ÖGB-Bundeskongresse. Beim I. (1948) und II. Bundeskongreß (1951) wurden überhaupt keine Anträge zu schulischen Fragen eingebracht. Einige pauschale Forderungen zur „Schülerneuerung“ folgten. Sie sprachen von einer „großzügigeren Anpassung des Schulwesens sowohl in den Lehrplänen als auch in den Unterrichtsmethoden an moderne Erfordernisse . . .“ (VII. Bundeskongreß 1971). Allesamt gingen sie bereits mit dem egoistischen Leistungsprinzip kapitalistischer Prägung schwanger. Darauf hatten sich die Gewerkschaften seit dem „wirtschaftlichen Wiederaufbau“ eingestellt. Die aktuelle Unternehmerparole im maskulinen Gewerkschaftsjargon lautete: „Jedem Arbeitneh-

mer sollte die Möglichkeit gegeben werden, vorwärtszukommen, indem der geeignete Mann an den richtigen Platz gestellt wird.“¹

Das gewerkschaftliche Problembewußtsein zu schulischen Fragen entwickelte sich spät. Typischerweise entstand es in der Phase wirtschaftlichen Rückgangs als Emanzipationsprodukt von uneingeschränkter Partnerschaftsgläubigkeit. Vor allem die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) und die Gewerkschaft Kunst, Medien, Freie Berufe aktualisierten die „Schulfrage“ im ÖGB. Die „Lehrergewerkschaft“ (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst) hingegen gab sich überraschend bescheiden. Sie konzentrierte sich mehr auf ihre „eigentlichen“ (dienst- und „besoldungs“rechtlichen) Aufgaben.

Gewerkschaftliche Grundsatzscheu

Eine Aufwertung der Bildungs- und Schulpolitik im gewerkschaftlichen Diskussionsspektrum brachte der IX. Bundeskongreß (1979). Im Zentrum der Beratungen stand die Integrierte Gesamtschule (IGS). Der grundsätzliche Zusammenhang von Gesellschaft und Schule wurde jedoch nicht diskutiert. So sind die Forderungen nicht frei von Systembefangenheit und Formalismus. Daß der „Schule von heute“ die Aufgabe gestellt ist, „informierte und kritische junge Menschen heranzubilden und sie zur persönlichen Verantwortung und Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben zu befähigen...“, enthält keine neue gesellschaftliche Perspektive. In ihrer Diktion erinnert diese Forderung an einen orakelhaften Ministerialerlaß (z. B. „Politische Bildung in den Schulen“). Sie erklärt keinesfalls den gesellschaftspolitischen Endzweck. Ist diese Aufgabe von Schule nicht sogar auf autoritäre Gesellschaften anwendbar? Indem Grundsätzliches undiskutiert blieb, entstand der Verdacht, daß das Bestehende perfektioniert werden soll. Denn nur wenn die „Sache an sich“ den Delegierten klar war, brauchte nur deren Form bestimmt werden: Gesamtschule, Tagesheimschule, Ganztageschule.

Die Folgen der gewerkschaftlichen Grundsatzscheu überspitzt formuliert:

Für eine „moderne Leistungsgesellschaft“ tut's keine „normale Leistungsschule“ mehr, da muß schon eine „leistungsdifferenzierte Gesamtschule“ her. Die wurde nämlich von den Delegierten gefordert. Freilich wurden auch „Bildungspolitische

¹ In: Auf dem Weg zur Mitbestimmung. Produktivitätssteigerung und Betriebsdemokratie. Schriftenreihe der Arbeiterkammer Wien. Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Wien 1952, S. 9.

Grundsätze“ zu Papier gebracht: Demokratisierung des Bildungswesens, bildungspolitische Chancengleichheit(?), soziale Integration, keine Trennung von Schule und Arbeitswelt, Erziehung zur gesellschaftlichen Solidarität.

Doch wie können sie umgesetzt werden?

Sozialpartnerfreundlichkeit

Die Demokratisierung des Bildungswesens bedingt die Enthierarchisierung der Bildungsstrukturen. Die soziale Integration erfordert die kollektive Gestaltung von Lehren und Lernen. Die Verbindung von Schule und Arbeitswelt setzt mehr voraus als Betriebsbesuche und die „realistische Darstellung“ der Arbeitswelt in den Lehrbüchern. Letztlich kann auch die Erziehung zur gesellschaftlichen Solidarität ohne Privilegienabbau nicht gelingen.

Davon ist aber nirgends die Rede!

Die „Bildungspolitischen Grundsätze“ haben also kaum praktische Wirkung.

Diese Vorgangsweise paßt gut in das Sozialpartnerschaftsschema. In der Bildungspolitik läßt sich allerdings mit sozialpartnerschaftlicher Freundlichkeit und einem vorschnellen Seid-lieb-Zueinander wenig ausrichten. Das hat die Gesamtschuldiskussion gezeigt. Wenn auch die Gewerkschaften nicht ihre volle Kraft ausspielten, wurde doch klar, wie wenig die Schule aus der Umklammerung ihres Geburtshelfers „Kapitalismus“ bisher befreit werden konnte.

„Unser Ruf: Mehr Arbeiter-, Angestellten- u. Bauernkinder an die Hochschulen! hat nichts mit Klassenkampf zu tun. Er hat seine Begründung in der bitteren Notwendigkeit, im Interesse der Sicherung der kulturellen Geltung und des Wohlstandes unserer Heimat jenen Nachwuchs an Führungskräften bereitzustellen, den wir brauchen werden.“ (AK Oberösterreich, Studium ist möglich, Linz o. J.)

Gewerkschaft als Ordnungsmacht

Auch heute noch sind Schulen Instrumente der Herrschenden. Sie sind Bewahranstalten für herrschende Ideen. Aus Kirchen hervorgegangen und zu Kirchen der Herrschenden geworden, sind sie wie ehemals Disziplinierungsanstalten für zukünftige Lohnabhängige. In ihnen läuft der didaktische Prozeß als Voraussetzung für die Herstellung von Arbeitskraft ab.

Gewerkschaften hätten demnach Grund genug, mit der Schule auf Kriegsfuß zu stehen.

Gewerkschaften sind solidarische Zusammenschlüsse der arbeitenden Menschen. Sie wollen eine humane Gesellschaft. Von Anbeginn setzen sie demokratische Ideen dem unterdrücklichen Herrschaftsdenken entgegen. Daher ist die Geschichte der Gewerkschaften auch eine der bildungspolitischen Auseinandersetzungen zwischen den Klassen. Trotz Gewalt und Terror seitens der Herrschenden werden die Gewerkschaften zu Massenorganisationen. Insofern gibt es tatsächlich „keine größere Kulturbewegung als die Gewerkschaftsbewegung“ (Luitpold Stern).

„Da aber einige grundsätzliche Fragen weltanschaulich und kulturpolitisch sehr stark gebunden sind, hat sich der ÖGB entschlossen, folgende Problemkreise nicht zu berühren:

1. Schule und Kirche
2. Die Organisation der Mittelstufe und die Organisation der Oberstufe.
3. Die Lehrerbildung.“

(Hermann Schnell: Vorschläge zur Neuordnung des Schulwesens, Referat bei der schulpolitischen Tagung des ÖGB, Wien 1960)

Der Aufstieg der Gewerkschaften erfolgte im Spannungsfeld von Anpassung und Widerstand. Gegenmacht dort, wo Rechte erkämpft werden müssen, Ordnungsmacht, wo es Erreichtes abzusichern gilt. Mit steigendem Anteil am politischen System wandelt sich der Gewerkschaftscharakter. Gewerkschaften werden immer mehr Ordnungsfaktor. Schließlich laufen sie Gefahr, zur Disziplinierung der Arbeitenden beizutragen. Sie erstarren dann zu Bürokratien. Die Willensbildung geht auf den „Apparat“ über. Leitende Funktionäre, „die den Blick aufs Ganze richten“, dirigieren die Mitglieder, „die nur ihr enges Interessensgebiet überblicken“ (Fritz Klenner). Eine stillschweigende Zustimmung zur Disziplinierung der Arbeitenden wird jedoch auch dann gegeben, wenn die bestehende „Herrschaftsschule“ nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Gewerkschaften tolerieren nämlich dann: — das Prinzip herrschaftlicher Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft; — die hierarchische Lernorganisation; — egoistische Leistungsmodelle; — autoritäre Kommunikationsstrukturen etc.

Sie zementieren gewollt oder ungewollt gewerkschaftsfremde Kategorien.

Gewerkschaft als Gegenmacht

Gewerkschaften müssen demnach im Bildungswesen ihre Rolle als Gegenmacht betonen. Ihrer historischen Mission als gesellschaftsverändernde demokratische Kraft bewußt, müssen sie eine Schule fordern, die auch . . .

- Selbstentfaltung fördert;
- Bedürfnisse der Lernenden wahrnimmt;
- kollektive Leistungsformen anstrebt;
- Einblick in die gesellschaftlichen Aneignungsverhältnisse vermittelt;
- aktuelle Machtstrukturen offenlegt . . .

eine Schule also, die klar macht, daß Menschen ihre Geschichte selbst machen, „allerdings nicht zu selbstgewählten Bedingungen“ (Oskar NEGTE).

Gewerkschaften müßten Konzepte entwerfen, die eine Umformung der ideologisierten „Wort- und Phrasenschule“ in eine politisierende „Aktionsschule“ anstreben. Schulen müssen zu demokratischen Orten kollektiven Lernens, zu Solidarisierungsstationen werden. Ob punktuelle Veränderungen das leisten können?

Daß weitreichende Forderungen und engagierte Versuche ihrer Durchsetzung zu gesellschaftlichen Konflikten führen können, dürfte eine traditionelle Kampforganisation nicht abschrecken.

Stellen zudem nicht die demokratischen Bekenntnisse der Unternehmer eine demokratische Konfliktaustragung in Aussicht?

In solchen Stunden der Wahrheit würde sich jedenfalls herausstellen: 1. In welchen Händen sich die öffentliche Schule befindet; 2. Welcher gesellschaftliche Fortschritt ohne demokratische Schule erreichbar ist.

Was hindert sie eigentlich . . .?

Insgesamt müßten Gewerkschaften den Weg des Überzeugens gehen. Aus der eigenen Geschichte können sie ableiten, daß Wort und Tat zu verbinden sind.

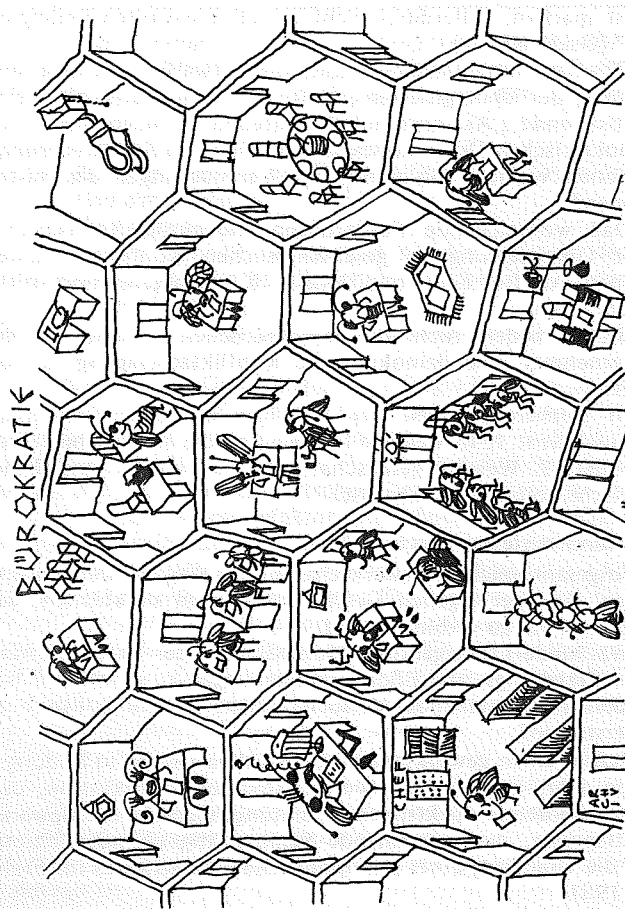
Was hindert sie eigentlich, Modellschulen zur Verdeutlichung ihrer Erziehungs- und Bildungsvorstellungen zu errichten? Was hindert sie, bestehende Versuche finanziell und politisch zu unterstützen?

Daß es einen gewerkschaftlichen Aufwärtstrend in Bildungsfragen gibt, zeigen die gewerkschaftsinterne Diskussion, das breiter werdende Spektrum von Bildungsfragen in der Gewerkschaftspresse, die zunehmende Seminartätigkeit mit Lehrern und die Gründung eines schulpolitischen Ausschusses im Frühjahr 1981.

Damit sind wichtige Voraussetzungen geschaffen. Nun könnte die Grundsatzdiskussion neu belebt, konkrete Bildungs- und Erziehungsmodelle entworfen und realisiert werden.

Nicht nur Gewerkschaftsmitglieder und deren Funktionäre, alle abhängig Beschäftigten sind aufgerufen, Ideen einzubringen, gewerkschaftlich organisierte Lehrer sind dabei im besonderen Maße gemeint: „Phantasie an die Macht!“

Eine ausführliche Darstellung des Zusammenhanges „Gewerkschaft und Bildung“ findet sich in „Bildung ohne Basis?“, Europaverlag Wien—München—Zürich 1981.



Integration der Wirtschaft in den Unterricht

Gespräch mit dem Geschäftsführer der Österreichischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, Dr. F. Steinhart

Die erste Volkswirtschaftliche Gesellschaft wurde 1953 von „aufgeschlossenen Unternehmern und interessierten Persönlichkeiten Oberösterreichs“ gegründet. Der Dachverband entstand 1957.

Im Jahr 1980 wurden insgesamt 1300 Veranstaltungen mit 36.000 Teilnehmern durchgeführt.

51 % der Aktivitäten der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft entfallen auf den Bereich „Schule und Wirtschaft“ (300 Seminare für mehr als 7000 Teilnehmer, dazu Vorträge, Betriebserkundungen u. a.).

Zielgruppen außerhalb der Schule sind Offiziere und Unteroffiziere, Richter und Staatsanwälte, Finanzbeamte, Journalisten etc. Die Zielgruppenstruktur ist von Bundesland zu Bundesland verschieden.

Die ÖVG gibt folgende Publikationen heraus: „Die Aussprache“, „Seminarbrief“ und „Wirtschaft in der Praxis“. Sie ist behilflich bei der Planung und Durchführung von B„Betriebserkundungen“.

Vorstandsvorsitzender ist Philipp Schoeller.

Auf die Ausgangsfrage, ob die Volkswirtschaftliche Gesellschaft sich Dankbarkeit für ihre umfangreiche Bildungstätigkeit erwarte oder ob es im Gegenteil in ihrem Interesse sei, Lehrer und Schüler im Sinne der Unternehmer beeinflussen zu können, gibt Herr Steinhart eine überlange Antwort, die folgenden Inhalt hat: Der Bedarf an Informationen über Wirtschaft und Gesellschaft sei groß. Die Schule müsse näher an die Realität herangebracht werden, nicht nur im Interesse von Schule und Wirtschaft, sondern im Interesse der gesamten Gesellschaft. Die Volkswirtschaftliche Gesellschaft biete qualifizierte und objektive Information, sie schlage eine Brücke zwischen Schule und Wirtschaft: die Jugend müsse erstens zur aktiven Mitarbeit in Staat und Gesellschaft motiviert werden, und zweitens müsse beim Übergang ins Berufsleben geholfen werden, dem Schüler und dem Betrieb.

Wir finden die Antwort zu vage: „Steht nicht hinter diesen doch sehr allgemein formulierten Zielen das Interesse der Wirtschaft, auf die Schule Einfluß zu nehmen?“

„Ich glaube, daß man die Frage reformulieren sollte“, beginnt Herr Steinhart. Die Volkswirtschaftliche organisiere die Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft, damit die Schule

mit der Entwicklung Schritt halten könne. Sie ermögliche den Kontakt mit Führungskräften, mit Betriebsräten, mit den Maschinen. Sie wolle „*Einsichten in Dinge geben, die man sonst nur beschreibt*“.

„*Die Volkswirtschaftliche ist keine Interessenvertretung der Wirtschaft, ist nicht politische Partei, wengleich ihre Arbeit, wie jede andere, auch eine politische ist. Ich möchte dazu auch sagen, daß es in einem größeren Verband nicht immer leicht ist und von einzelnen Persönlichkeiten immer wieder abhängt, wie diese Ziele unmittelbar realisiert werden, aber es ist die Bestrebung der Dachgesellschaft, der ÖVG, in der alle Landesgesellschaften Mitglieder sind, diesen eben gezeigten Kurs zu verfolgen.*“

Bildungspolitische Schwerpunkte:

- „1. Praxis von Lehrern oder künftigen Lehrern in der Wirtschaft;
2. Einladung von Fachleuten der Wirtschaft in die Schulen;
3. Praxis von Schülern berufsbildender Schulen in der Wirtschaft;
4. Tätige Hilfe der Wirtschaft im Rahmen von Kuratorien und Schulausschüssen an berufsbildenden höheren Schulen.“ (Die Industrie Nr. 42/1976)

SCHULHEFT: Gewerkschaftler sagen, der Wirtschaftseinfluß auf die österreichische Schule ist übermäßig stark, der Einfluß der Volkswirtschaftlichen ist größer als der von ÖGB und Arbeiterkammer zusammen.

„*Diese Aussage schmeichelt fast. Andere schätzen oft eher das, was wir tun, als es die Wirtschaft tut.*“

SCHULHEFT: Beifall von der falschen Seite?

„*Ja.*“ Herr Steinhart ist bemüht, die gemäßigte Linie der Volkswirtschaftlichen herauszustellen. Es gehe darum, daß man überhaupt an die Betriebe herankomme und daß Kontakte geknüpft würden. Das bürge für Wirtschaftsnähe, für Realitätsnähe. Es sei kein leichtes Feld, auch Unternehmer davon zu überzeugen, daß es notwendig sei, den Lehrern und Schülern zu zeigen, „*wie es sich in der Realität abspielt und nicht, wie es in den Lehrbüchern steht.*“

SCHULHEFT: Gefällt den Unternehmern die Stoßrichtung nicht oder ist ihnen ums Geld leid?

Weder noch, ist die Antwort. Betriebserkundungen — wenn sie sinnvoll sein sollen — müssen gut vorbereitet werden, man muß möglichst gute Leute für die Führung abstellen. Das ist

eine Belastung für den Betrieb. Manche Betriebe sind trotzdem sehr entgegenkommend. Herr Steinhart erzählt, daß die Plansee-Werke für die Rudolf-Steiner-Schule eine mehr als zweiwöchige Betriebserkundung durchgeführt haben, die ein großer Erfolg war. So etwas sollte man wiederholen.

SCHULHEFT: Dient die Schnupperlehre dazu, daß sich der Betrieb seine künftigen Lehrlinge aussuchen kann?

Das sei unvermeidbar, meint Herr Steinhart. Die Schnupperlehre sei eine Hilfe in der Berufswahl, „*ich glaube, sie hilft beiden*“.

SCHULHEFT: Wie ist die Zusammenarbeit mit den Schulbehörden?

„*Durchaus gut, sicherlich nicht zufriedenstellend. . . . Das politische Moment spielt keine wesentliche Rolle, es hängt mehr von der Aktivität des Geschäftsführers des jeweiligen Bundeslandes ab.*“

SCHULHEFT: Könnte die Volkswirtschaftliche Gesellschaft ihre Tätigkeit ausweiten, wenn das Interesse da wäre? Oder ist das Interesse gar nicht so groß?

„*Wir möchten wachsen*“, sagt unser Gesprächspartner, „*das Interesse der Lehrer ist auch da. Die Lehrer kommen, wenn man ein Interesse aufgreift.*“

Ein Besuch der Börse oder ein Besuch des Hauptmünzamtens waren z. B. in Wien ein besonderer Erfolg.

SCHULHEFT: Kommt es vor, daß die Schulbehörde die Zustimmung zu Veranstaltungen der ÖVG verweigert?

„*Ich würde sagen, es kommt vor, daß sich der Kontakt einzelner Landesgewerkschaften zur Schulbehörde schwierig gestaltet.*“ Es bestehe aber keine Gegnerschaft zwischen „*roter*“ Schulverwaltung und Volkswirtschaftlicher Gesellschaft, in Kärnten zum Beispiel gebe es keine Probleme. An dieser Stelle weist Steinhart das politische Kastlidenken zurück und sagt: „*Auch in den eigenen Reihen ist man oft andersdenkend und muß sich durchsetzen.*“ Dem Wiener Geschäftsführer Stefanides seien intern schon Vorwürfe gemacht worden, daß er Leute beschäftige, „*die nicht unbedingt so ganz auf der Linie liegen.*“

Der Unterrichtsminister, erzählt Herr Steinhart, habe ihn unlängst „*angefahren, daß wir da politisch was tun, und ich hab ihm gesagt: Bitte, darüber müssen wir reden.*“ Er wisse noch nicht, was den Minister „*magerlt*“, das müsse erst geklärt werden.

Den SCHULHEFT-Interviewern fällt auf, daß sich auch in diesem Gespräch ein ehernes Gesetz bestätigt: Die politischen Lager sind immer bestrebt, die Tätigkeit des ideologischen Gegners als Indoktrination hinzustellen, sich selbst aber als tolerant und objektiv. „*Da stimmt doch was nicht?*“

Umso mehr müsse man miteinander reden, meint Steinhart. Was hilft es, einen Erlaß für Politische Bildung herauszubringen, wenn man letztlich die Schüler in dieser oder jener Richtung indoktriniert? „Ich möchte sagen, daß ich in der Gewerkschaft und in der Arbeiterkammer keine Gefahr sehe oder ein Feindbild . . . Die Gesellschaft ist durch ihren Bildungsauftrag verpflichtet, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zum Zug kommen zu lassen . . . Die ÖVG wurde von unternehmerischer Seite gegründet, und es hat sich so ein Image herausgebildet. Aber sie ist bestimmt nicht mehr das, was sie bei der Gründung war.“

„Es wäre eine Illusion zu glauben, daß Bildungspolitik keine Frage der ideologischen Auseinandersetzung sei. Wer Menschen bildet, erhält Macht über Menschen, hat die Chance, ihr Verhalten, ihr Wissen, ja auch ihre Gefühle entscheidend zu beeinflussen . . . Auf dem Feld der Erziehung wird mehr für unsere Zukunft gewonnen oder verloren als in der Spiegelfechterei um ein paar Zehntelprozent mehr oder weniger Inflation.“ (Die Industrie Nr 32/33/1975)

SCHULHEFT: Was hat sich geändert?

„Sie ist offener geworden, sie hat die Zielgruppen ausgeweitet.“

SCHULHEFT: Auch ideologisch offener?

„Ich persönlich glaube ja.“ Die Volkswirtschaftliche könne es sich langfristig nicht leisten, zu einseitig zu sein, weil ja das Publikum nicht so unkritisch sei.

Zum Beispiel habe man den Gewinnern eines oberösterreichischen Schulwettbewerbes, die nach Wien gereist sind, empfohlen, sich die Ausstellung in der „Remise“* anzuschauen, „um nicht in einem Lager zu bleiben, um nicht hier sturheil vorwärts zu gehen“.

SCHULHEFT: Werden Sie von Ihren Brötchengebern angefeindet, daß Sie zu liberal seien?

„Nein.“

SCHULHEFT: Wer sind die Finanziere, die Träger der ÖVG, in welchen Proportionen wird sie von wem finanziert — wir hoffen, daß Sie uns auch hier antworten —, wie hoch ist ihr Budget?

* Ausstellung über die Geschichte der Arbeiterkultur „Mit uns zieht die neue Zeit“, in einer ehemaligen Straßenbahnremise in Wien.

Wer mehr
wissen
sehen
hören
erleben will aus

Arbeiterkammer

Die Volkswirtschaftlichen Gesellschaften

Kärnten	(994) 80 411
Niederösterreich	(02 22) 63 08 71
Oberösterreich	(997) 58 703
Salzburg	(996) 71 571
Steiermark	(993) 80 260
Tirol	(995) 35 651
Vorarlberg	(055 22) 22 511
Österreichische VG — Dachverband	(02 22) 66 11 85



Herr Steinhart weiß nicht, wie hoch das Gesamtbudget ist („ich überlasse es dem Urteil des Lesers, ob das eines Bundesgeschäftsführers würdig ist oder nicht“) und wo die Mittel überall herkommen. Begründung: Es gibt kein Gesamtbudget. Es gibt nur Budgets der Landesgesellschaften, denn die Landesgesellschaften sind autonom.

„Die Träger sind Mitglieder, weil es ein Verein ist. In der Dachorganisation sind Mitglieder physische und juristische Personen und die Landesorganisationen. In den Ländern sind auch Betriebe Mitglieder, aber zum überwiegenden Teil Privatpersonen.“

Das SCHULHEFT fragt ein zweites Mal nach den Finanzen, erhält aber keine Antwort, außer daß die Subvention des Unterrichtsministeriums etwa 100.000,— Schilling beträgt und daß oft Projekte zuerst geplant werden und man nachher das nötige Geld zusammensucht.

„Ist die ÖVG eine Vorfeldorganisation der Industriellenvereinigung?“

„Nein, wir sind sicher keine Vorfeldorganisation der Industriellenvereinigung.“ Die Geldgeber hätten eine weite Toleranzgrenze — innerhalb von Grundprinzipien wie soziale Marktwirtschaft, Bekenntnis zu Demokratie und Pluralismus etwa.

„Ich kann mich nicht beklagen, daß irgendwer von den Geldgebern — ich hoffe, daß es für die Zukunft auch so bleiben wird — uns gesagt hat: Bitte, dies oder jenes darf nicht veröffentlicht werden. Wenn das anders wäre, würde ich nicht mehr gern hier arbeiten, man soll sich nicht verkaufen.“

Was will die Kirche?

Was will die Kirche von der Schule? — Man müßte anders fragen: warum will die Kirche etwas von der Schule? Hat sie nicht ohnehin ihre Möglichkeiten der Verkündigung in den Kirchen? Sie hat diese Möglichkeiten, aber die Leute gehen ja immer weniger in die Kirchen, besonders die Jugend.

Beim Religionsunterricht geht es also um die Rekrutierung des Kirchenvolkes. Die Kirche hat ein fundamentales pastorales Interesse an der Schule. Bischof Zak sagte einmal, wer im Religionsunterricht nicht für die geistlichen Berufe werbe, widerspreche dem Geist des Evangeliums und dem Willen der Kirche.

(Hans Döller, unveröffentlichtes Manuskript)

Es ist den Kärntner Jungsozialisten nicht genug, daß der Religionsunterricht in Österreich in öffentlichen Schulen freigestellt ist. Sie fordern vielmehr, daß der Religionsunterricht an allen Schultypen verboten und abgeschafft wird.

Die Tatsache, daß eine relativ große jungsozialistische Landesorganisation auf ihrer Landeskonzferenz einen solchen Antrag einstimmig unterstützt und als Teil der Zielsetzungen für die nächsten zwei Jahre verabschiedet, läßt aufhorchen. Erschreckend ist die Argumentation, die zur Eliminierung des Religionsunterrichts verwendet wird. Die Kirche beobachtet mit Sorge, daß in gewissen Jugendorganisationen jene Kräfte die Oberhand zu gewinnen suchen, die bewußt und aktiv eine glaubens- und kirchenfeindliche Richtung vertreten und in Kreisen jugendlicher aufzubauen bestrebt sind. Es ist besorgniserregend, daß diese Kampagne, die u. a. bei der Villacher Landeskonzferenz offen zutage trat, mit Vorliebe getarnt geführt wird und daß sie offensichtlich längerfristige Ziele verfolgt, von denen Villach nur ein Signal ist. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß für die Verfechter der Beseitigung des Religionsunterrichts dieses Ziel nur der Keil ist, der andere — viel weitreichendere — glaubensfeindliche Ziele vorantreiben soll.

Es muß auch unmißverständlich klargestellt werden, daß eine Abschaffung des Religionsunterrichts an unseren Schuler

– entgegen der Darstellung der Kärntner Jungsozialisten das Verhältnis der Kirche zum Staat und insbesondere zur SPÖ tiefgreifend verändern würde, sollte die Gesamtpartei eines Tages – entgegen bisherigen Versicherungen – dem Antrag der Jungsozialisten stattgeben.

Die Diözese begrüßt die Stellungnahme des Kärntner SPÖ-Vorsitzenden Leopold Wagner, es sei „nirgends zum Ausdruck gekommen, daß die Sozialistische Partei diesem Antrag (der Jungsozialisten, Anm.) beitreten wird“. Wir verweisen darauf, daß Bundeskanzler Kreisky selbst als sozialistischer Außenminister im Beisein des jetzigen Bundespräsidenten Dr. Rudolf Kirchschläger die entsprechenden internationalen Verträge mit dem Heiligen Stuhl unterzeichnet hat und auch in der jüngsten Regierungserklärung betonte, die SPÖ werde nicht am Religionsunterricht rütteln, der im übrigen durch das Staatsgrundgesetz und die Religionsunterrichtsgesetze gewährleistet ist.

Der Religionsunterricht stellt nach demokratischer Auffassung ein Recht der Eltern, der Schüler und der Religionsgemeinschaften dar. Ein Staat, der dieses Recht unterbindet, ist weltanschaulich nicht mehr neutral und ergreift eine eindeutige atheistische Position. Eine Gruppe, die religiöse Bildung und den Auftrag des Religionsunterrichts, zur „sittlichen, religiösen und sozialen Persönlichkeit zu erziehen“, verbieten will, verfolgt glaubensfeindliche und atheistische Ziele. Sie schließt religiöse Bildung und die Entfaltung der religiösen Dimension des Menschen im Rahmen der Allgemeinbildung aus, die der Schule aufgetragen ist. Die Jungsozialisten verunsichern damit eine ganze Berufsgruppe (die Religionslehrer und -Lehrerinnen) in ihrer beruflichen Existenz.

Es ist das Recht der Eltern, ihre Kinder an öffentlichen Schulen im Religionsunterricht von jenen erziehen zu lassen, denen sie ihr Vertrauen entgegenbringen. Es ist das Recht der Kinder und Jugendlichen aufgrund der Zielsetzung der Schule, im Rahmen einer öffentlichen Schule am Religionsunterricht teilnehmen zu können. Es ist schließlich das Recht der Kirchen, ihren Beitrag im Gesamtziel der schulischen Erziehung im Rahmen der gesetzlichen Vereinbarungen und zum Vorteil des gesamten Staates zu leisten. Der Staat hat die freie Entfaltung seiner Bürger, auch im religiös-sittlichen Bereich nicht zu verbieten, sondern zu fördern und das Recht der Eltern und Kinder auf Religionsunterricht zu gewährleisten.

Der Religionsunterricht hat im Schulganzen eine eminent erzieherische, sittliche und soziale Funktion und vermag Eltern und Schülern wie dem gesamten Staat in der Erziehung unersetzliche Dienste zu leisten. Die Wertschätzung des Religionsunterrichts in allen Bevölkerungskreisen ist bekannt und

die verschwindenden Abmeldungsziffern geben ein überwältigendes demokratisches Votum der Österreicher für den Religionsunterricht ab.

Die Bevölkerung möge selbst ihr Urteil über jene bilden, die unter Berufung auf Freiheit und angebliche weltanschauliche Neutralität den freien Religionsunterricht auf schulischem Boden verbieten wollen und sich gleichzeitig als jene empfehlen, die die Zukunft Österreichs in absehbarer Zeit bestimmen möchten.

(Stellungnahme der Diözese Gurk-Klagenfurt zur Forderung der Kärntner Jungsozialisten, den Religionsunterricht abzuschaffen, Oktober 1976)

Einer der Schwerpunkte der katholischen Schulpolitik ist seit jeher in der Förderung der kirchlichen Privatschulen gelegen. Da deren Existenz durch die Konkordate seit 1962 außer Streit gestellt ist, geht es in erster Linie um noch stärkere finanzielle Förderung. Wurden in den Jahren der ÖVP-Regierung 210 Millionen jährlich für kirchliche Schulen ausgegeben, so waren dies 1975 unter der SPÖ-Regierung bereits 810 Millionen für Personalkosten; hinzu kamen an Bausubventionen 1,26 Millionen (1969) bzw. 42,5 Millionen (1975).

Walter Sauer, *Katholische Erziehung, aus: Kritisches Christentum Nr. 35, Februar 80)*

Die steuerliche Absetzbarkeit des Schul- und Internatsgeldes für Eltern, die ihre Kinder in Privatschulen schicken und die Förderung des Schulbaus ähnlich wie die Wohnbauförderung fordert der Landesverband katholischer Elternvereine Wien. Durch die Absetzbarkeit soll breiteren Schichten Zugang zu den Privatschulen mit ihren Internaten ermöglicht werden.

(Pressedienst der Erzdiözese Wien, Juni 1976)

„Zunächst steht die Erziehung in ganz überragendem Sinne der Kirche zu auf Grund zweiter Rechtsansprüche übernatürlicher Ordnung, die Gott selber ihr ausschließlich verliehen hat . . . Daraus folgt mit Notwendigkeit, daß die Kirche wie im Ursprung, so auch in der Ausübung ihrer Erziehungsmission unabhängig ist von jeder irdischen Macht, nicht allein hinsichtlich ihres eigentlichen Gegenstandes, sondern auch hinsichtlich der notwendigen und angemessenen Mittel zu deren Erreichung. Hinsichtlich jeder weiteren Erziehung und menschlichen Schu-

lung... hat darum die Kirche das unabhängige Recht, von ihnen Gebrauch zu machen und besonders darüber zu urteilen, inwieweit sie der christlichen Erziehung nützlich oder schädlich sind... ist es ein unveräußerliches Recht und zugleich eine unerläßliche Pflicht der Kirche, über die Gesamterziehung ihrer Kinder, der Gläubigen, zu wachen in jedwedem Institut, ob öffentlich oder privat...“

(Aus der Enzyklika „Divini Illius Magistri“ von Papst Pius XI., 1929)

Wenn nun die Rede vom „Elternrecht“ immer wieder als zentrales ideologisches Vehikel zur Verstärkung des schulpolitischen Einflusses der Kirche auftritt, so ist dies zunächst aus der Geschichte der Restaurationsepoche seit 1945/47 zu erklären. Unter dem Druck der antifaschistischen Bewegung mußte nach dem Krieg auf die Wiederbegründung einer „christlichen“ Partei und auf direkte Beteiligung kirchlicher Würdenträger an Regierung, Gesetzgebung und Verwaltung (wie vor 1938) verzichtet werden. Dieser Machtverlust wurde durch die Mobilisierung der Katholiken als politische Hausmacht der Kirche ersetzt (Volkskirchliches Konzept). Die Kirche stellte sich als „Hüterin von Grundwerten“ (z. B. des Elternrechts) und im Namen einer angeblich intakten katholischen Bevölkerung sowohl der bürgerlichen als auch der sozialistischen Demokratie entgegen (Otto Mauer sprach hier von „josephinischen“ und „bolschewistischen“ Gefahren). Das so proklamierte „Recht der Eltern auf ihre Kinder“ war freilich nicht als demokratische Erziehungsvollmacht der Eltern, sondern als pädagogische Instrumentalisierung der Familien als Ersatz für verlorene politische Möglichkeiten gedacht.

(Walter Sauer, a.a.O.)

In der Diskussion wird das Kind oft als Argumentationshilfe vorgeschoben („Das Kind kommt bei der Schulreform meist zu kurz!“ „Das Kind muß im Mittelpunkt der Schulreform stehen!“), im Hintergrund steht aber die Verteidigung der Familie als Ort der Erziehung, die Verteidigung der Eltern gegen die, wenn man so will, Lehrer, deren Einfluß auf die Kinder mit Skepsis begegnet, denn in vielen katholischen Augen ist die Schule eine Spielwiese gesellschaftsverändernder Ideologien.

(Hans Döller, a.a.O.)

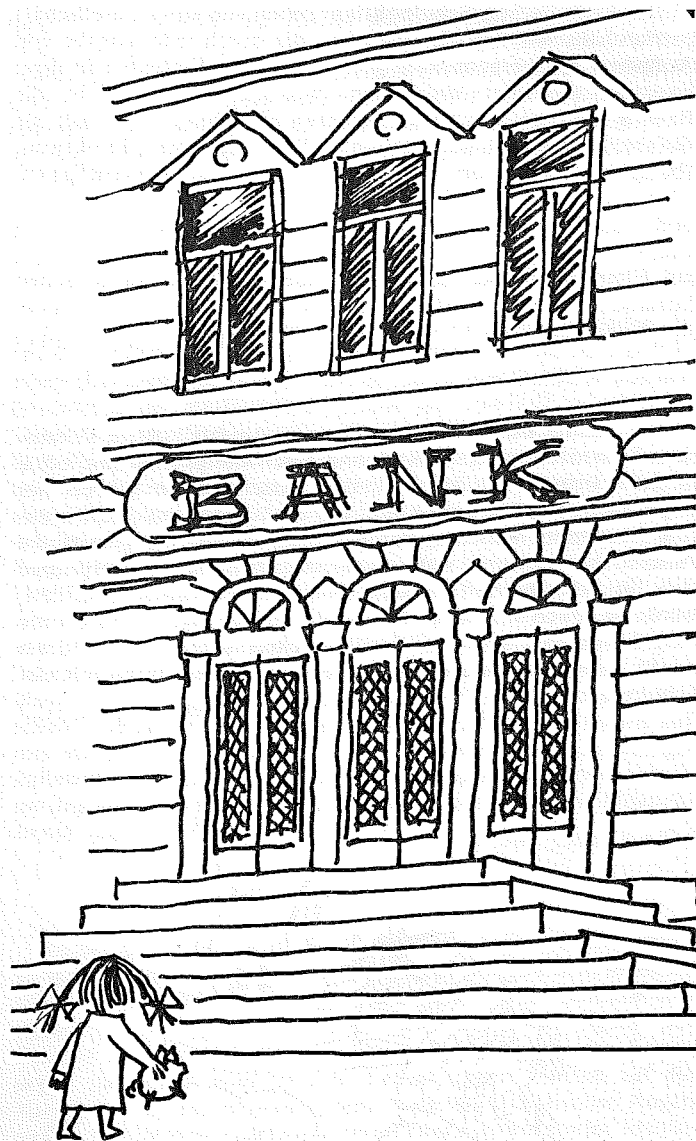
Die katholischen Schulpolitiker gehen von einer Gesellschaft patriarchalischer Kleinfamilien aus, die durch jede Abgabe von Aufgaben an übergeordnete gesellschaftliche Einheiten in ihrer Existenz gefährdet erscheinen (Bischof Krätzl: „Gibt die Familie zu viel von ihren Rechten (Pflichten) ab, läuft sie Gefahr, sich selbst aufzugeben“). Daß mit einer „Funktionsübergabe“ (etwa von Erziehungsaufgaben an Kinderkrippen, -gärten oder Schulen) jedoch auch eine „Funktionsentlastung“ und damit ein emanzipatorischer Effekt besonders für die Frauen verbunden sein kann, wird nicht gesehen. Mit Berufung auf Elternrecht und das Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre werden vielmehr überholte patriarchalische Familienformen erhalten.

(Walter Sauer, a.a.O.)

Die Schule bietet als „geschlossene Anstalt“ ideale Voraussetzungen ohne größere disziplinäre Schwierigkeiten und ohne größere Infragestellungen in den entscheidenden Jahren des Jugendlichen das zu vermitteln, was die Kirche unter „Christentum“ versteht. Man mag darüber schmunzeln, wie gereizt die Amtskirche kontert, wenn eine sozialistische Splittergruppe sich für die Abschaffung des Religionsunterrichts ausspricht, würde sie doch mit ihrer Forderung in der eigenen Partei nie durchkommen. Aber an der Heftigkeit solcher Reaktionen merkt man, welche existentiellen Fragen die Kirche mit der Schule verbindet.

(Hans Döller, a.a.O.)





„ÜBERWINDUNG DER SCHWELLENANGST“

Wem nützt die Sparerziehung?

Forderungen an die Schule, Forderungen an den Lehrer gehören zu den Alltäglichkeiten der bildungspolitischen Diskussion auf allen Ebenen. Vom Lehrer wird verlangt, daß er den Lehrplan erfüllt, aktuelle Bildungsinhalte berücksichtigt und gleichzeitig Erziehungsdefizite der Gesellschaft zu kompensieren versucht; und dies alles unter dem wachsenden Druck strikter Reglements des administrativen Apparats. Einerseits soll er der Gesellschaft mit immer mehr Wissen und Können ausgestattete Arbeitskräfte zuführen und andererseits hört er von allen Seiten, daß es an ihm liegt, emanzipierte Wesen ins Leben zu entlassen, die imstande sind, manipulativen Zwängen zu widerstehen.

Unter diesem Anforderungsdruck und angesichts der Vielfalt einander mitunter widersprechender Bildungsziele ist es verständlich, daß gerade der Lehrer, der seine Arbeit ernst nimmt, die „cui bono?“-Frage stellt, wenn es um Aufgaben geht, die über die unmittelbare Erfüllung der vordringlichsten Lehrplanforderungen hinausgehen.

Um voreiligen Schlußfolgerungen vorzubeugen, ist es sicherlich sinnvoll, auch Vertreter derjenigen Institutionen zu Wort kommen zu lassen, die von außen her Einfluß auf das Geschehen in der Schulstube ausüben. Die Sparkassen gehören zu diesen Institutionen, denn sie werden von einer entscheidenden Mehrheit der Lehrer als traditioneller Partner der Schule auf einem bestimmten Sektor der Erziehungsarbeit anerkannt.

Führen wir uns zunächst einmal vor Augen, was der Begriff „Sparerziehung“ in der Schule alles umfaßt:

1. Einbeziehung sparerziehlicher Inhalte und Hinweise in die Arbeit einzelner Unterrichtsgegenstände, sowohl im Hinblick auf Wissensvermittlung als auch auf die Ausbildung von Einstellungen und Werthaltungen
Diese Inhalte sind bezogen auf:
 - a) Sparen als Grundtendenz wirtschaftlichen Verhaltens
 - b) Sparen von Einkommensteilen in Verbindung mit Geldinstituten
2. Praxis der Sparerziehung — Training des tatsächlichen Sparverhaltens mittels Durchführung von Gemeinschaftssparformen in der Schulklasse für gemeinschaftliche Sparziele.

In allen diesen Punkten ist der Lehrer durch schulgesetzliche Bestimmungen, Lehrplanhinweise oder schulbehördliche Erlässe gedeckt, sein Engagement in dieser Richtung bringt ihn daher sicher nicht in Schwierigkeiten mit seinem Dienstgeber, führt ihn aber zweifellos irgendwann zu der eingangs gestellten Frage des Nutzens. Bevor wir uns dieser zuwenden, soll aber in kurzen Zügen die Entwicklung dargestellt werden, die zu dieser Selbstverständlichkeit in der Zusammenarbeit zwischen Schule und Sparkasse geführt hat.

Sparen in der Nachkriegszeit

Sicherlich hat es auch schon vor der Periode, die wir aus eigener Erfahrung überblicken können, irgendwelche Formen von Sparerziehung gegeben. Ich erinnere mich an die Zeit des Zweiten Weltkrieges, als in der Schule Sparmarken verkauft wurden. An eine Rückzahlung war damals allerdings nicht gedacht, und so ist dieses „Schulsparen“ nur als eine der damals üblichen Zwangsparmaßnahmen aufzufassen.

Anders die Situation nach dem Krieg. In einer Zeit der extremen Güterknappheit war das Sparen im weitesten Sinn eine selbstverständliche Tugend, zu der es keiner Erziehung bedurfte, sondern deren Zweckmäßigkeit sich alltäglich aufs neue bestätigte. Was uns heute gar nicht mehr so bewußt ist:

Damals herrschte trotz aller Entbehrungen ein ungeheurer Optimismus. Eine Generation, die alle erdenklichen Schrecken durchgemacht hatte, sah plötzlich die nicht mehr erhoffte Chance vor sich, noch einmal von vorne zu beginnen, es besser zu machen. Die Welt schien, bevor noch der Kalte Krieg die Illusionen zerstörte, eine dauerhafte friedliche Zukunft zu bieten. Ein österreichisches Staatsbewußtsein war neu erwacht, und der Wiederaufbau der brachliegenden Wirtschaft wurde als Aufgabe empfunden, der sich jeder in seinem Wirkungskreis mit Überzeugung unterzog. Im Sog dieser Entwicklung waren sehr bald alle bösen Erfahrungen früherer Jahre mit den Spareinlagen vergessen, und in dem Ausmaß, als sich die Wirtschaft langsam zu erholen begann, stieg auch wieder das Sparaufkommen der Bevölkerung an und ermöglichte wiederum weitere Investitionen. Und die hatte die langsam aufstrebende Wirtschaft bitter nötig. Also ein positiver Regelkreis, der an dem kleinen Wirtschaftswunder, das sich mit der Zeit abzeichnete, einen Anteil hatte.

Es bedurfte keiner Aufforderung an die Lehrer, in dieser Periode den Sparwillen der heranwachsenden Jugend zwecken. Der allgemeine Nutzen war zu offensichtlich, als daß die Schule an dieser Aufgabe hätte vorübergehen können. Und als Mitte der fünfziger Jahre die Sparkassen verschiedene Hilfen anboten, um ein systematisches Schulsparen aufzubauen, nahm die Leh-

erschaft dieses Angebot gerne an. Der persönliche Kontakt zwischen Schul- und Sparkassenleuten förderte von vornherein die Gemeinsamkeit der Bemühungen, die eigentlich bis heute beibehalten wurde, und sicherte so der Sparerziehung eine nach pädagogischen Grundsätzen konzipierte Basis. In einzelnen Sparkassen wurden bald sogenannte „Sparpädagogische Beiräte“ gegründet, die den Maßnahmen der Geldinstitute Ziel und Richtung gaben. Diese Zusammenarbeit hatte bald zur Folge, daß die Sparerziehung, die sich zunächst hauptsächlich im Gemeinschaftssparen der Schulklassen dokumentierte, neue Dimensionen erhielt. Eine Resolution der österreichischen Delegation bei der Tagung „Jugend und Sparen“ 1960 in Brüssel, von Pädagogen und Sparkassenvertretern gemeinsam verfaßt, zeigte die Richtung, in der sich die Sparerziehung an den österreichischen Schulen entwickelte: „Sparerziehung ist mehr als eine Anleitung zum Sammeln von Geld, sie ist auch mehr als Erziehung zum richtigen Ausgeben des Geldes, sie beinhaltet vielmehr die Hinführung zu volkswirtschaftlich richtigem Denken und Handeln, sie ist letzten Endes die Erziehung zu einer nach werthafter Gesichtspunkten orientierten Gestaltung des materiellen Lebens im Vollbewußtsein der Verantwortlichkeit des einzelnen gegenüber dem Wohle der Gesamtheit.“

... eigentlich der einzige Partner aus dem Bereich der Wirtschaft

Damals war für die Sparkassen der entscheidende Punkt gekommen. Wäre ihnen ausschließlich an werblicher Präsenz in den Schulen gelegen, hätten sie den nächsten Schritt nicht mitgehen dürfen. Aus Sparerziehung war eine umfassendere „Spar- und Wirtschaftserziehung“ geworden, und die im Werden befindlichen neuen Schulgesetze boten eine Chance, all das Gedankengut, das im kleinen Kreis entstanden war, auf eine offizielle Grundlage zu stellen. Konkret waren es die Pädagogischen Beiräte der Salzburger Sparkasse und der Zentralsparkasse, die damals die Grundlagen erarbeiteten und den Hauptverband der österreichischen Sparkassen mobilisierten, sich auf Bundesebene für diese Ideen einzusetzen. Durch die gemeinsamen Anstrengungen gelang es, eine Fülle von Formulierungsvorschlägen einzubringen, die ihren Niederschlag in den Gesetzestexten, vom Zielparagraphen des Schulunterrichtsgesetzes bis hinunter zu den Lehrplänen des neuen Unterrichtsgegenstandes „Geographie und Wirtschaftskunde“, fanden.

Die Sparkassen waren damals bereits in eine neue Rolle als Partner der Schulen hineingewachsen. Mit der Einführung organisierter Schulsparten hatten sie die administrativen Hilfen, von einfachen Formularen bis zu Spargeräten, zur Verfügung gestellt. Nun ergab sich dort und da der Anlaß,

andere kleine Hilfen für die Unterrichtsarbeit beizustellen, und die Lehrer begannen bald, den einen oder anderen Wunsch an die Sparkassen zu richten, die ja eigentlich der einzige Partner aus dem Bereich der Wirtschaft waren, mit denen eine, noch dazu von oben her sanktionierte Zusammenarbeit bestand. Waren es zunächst irgendwelche Hilfestellungen für beliebige Unterrichtsgegenstände, so begannen die Sparkassen spätestens mit dem neuen Schulgesetzwerk 1962 und den neuen Lehrplänen 1963 ihre eigentliche fördernde Aufgaben in der Wirtschaftserziehung zu sehen.

Und während auf der einen Seite die inzwischen zur Selbstverständlichkeit gewordenen kleinen Sparanreize für die Schüler und in Form diverser kleiner Unterrichtshilfen für die Lehrer weiterhin ausgegeben wurden, entschloß man sich auf der anderen Seite zu einem kräftigen Impuls für die wirtschaftskundliche Aus- und Fortbildung der Lehrer. Denn hier bestand offensichtlich eine Lücke. Dies war die zweite entscheidene Wende für die Sparkassen. Hier hatte niemand Forderungen gestellt, sondern es war ein freiwillig unternommener Schritt.¹

Es ist nicht meine Aufgabe, darüber einen Rechenschaftsbericht zu geben. Hervorzuheben ist jedenfalls, daß es zunächst dem Lehrer um die generelle Information ging. Vortragsreihen, Seminare, schriftliche Publikationen sollten diesem Zweck dienen. Mit dem zunehmenden Informationsangebot von vielen Seiten verlagerte sich die Aufgabe dahin, die Umsetzung von Wissensstoffen in die praktische Unterrichtsarbeit zu fördern. Daß diese Arbeit ungleich zäher vor sich ging, versteht sich, und erst in den letzten Jahren dürfte mit den Wirtschaftskundlichen Kompaktseminaren und der Zeitschrift „GW-Unterricht“ der (bisher) beste Weg gefunden worden sein.

... vielumworbene Konsumenten

Aber nochmals zurück zur Sparerziehung im engeren Sinn. Der zunehmende Wohlstand bewirkte zwar äußerlich einen ungeheuren Aufschwung des Schulsparens und vor allem auch des privaten Sparens der Kinder, gleichzeitig geriet aber der ursprüngliche pädagogische Zweck etwas ins Hintertreffen. Denn die Kinder waren inzwischen längst vielumworbene Konsumenten mit (zumindestens zukünftiger) Kaufkraft geworden, nicht viel anders als ihre erwachsenen Vorbilder, und Sparen bedeutete auch für sie nur mehr kurzfristig hinausge-

¹ Ich beziehe mich hier auf die wirtschaftskundliche Lehrerfortbildung, die in Wien von der Zentralsparkasse und dem Pädagogischen Institut aufgebaut wurde und die in weiterer Folge vom Hauptverband der österreichischen Sparkassen in ähnlicher Form auf die Bundesländer übertragen wurde.

schobenen Konsum. Auch das Schulsparen bedeutete nicht mehr unbedingt das gleiche wie in den Jahren des ersten wirtschaftlichen Aufschwungs. Denn es ist sicherlich einfacher, das Geld für Schikurs oder Schullandwoche in einer Summe zu kassieren, wenn man weiß, daß die Eltern dazu in der Lage sind, als es in einem langfristigen Prozeß ansparen zu lassen. Und die kleinen Hilfen der Sparkassen waren seinerzeit auch wertvoller eingeschätzt worden als in einer Zeit, wo man von Schulerhalter und Elternverein her ungleich reichhaltiger ausgestattet war.

Heute denkt man vielfach wieder anders. Das (für viele) unvermutete Ende der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, das aufkommende Umweltbewußtsein läßt Begriffe wie „Sparen“, „Haushalten“, „wirtschaftliches Denken“ wieder in neuem (oder vielleicht ohnehin alten) Licht erscheinen. Eine sinnvoll konzipierte und zielbewußt praktizierte Wirtschaftserziehung könnte einer der Wege sein, das Wertbewußtsein der zukünftigen Generationen, von dem doch, wie es immer deutlicher wird, alles abhängt, zu beeinflussen.

Zurück zum „cui bono?“

Somit sind wir wieder zur ursprünglichen Fragestellung zurückgekehrt: „beeinflussen“ in wessen Sinn? „cui bono?“

An dieser Stelle muß ich eine Einschränkung anbringen. Sicherlich spreche ich hier nicht für die Geldinstitute im allgemeinen. Jeder, der die Situation einigermaßen kennt, weiß Bescheid, daß es wenige Institute sind, die den geschilderten Weg in der Vergangenheit gegangen sind. Andere haben später versucht, sozusagen in das fertig bereitete Bett zu steigen, um ihre Interessen zu wahren, andere haben bis heute überhaupt keine Ambitionen gezeigt, über die ihren Geschäften dienlichen Aktivitäten hinaus wirksam zu werden. Ich spreche natürlich in erster Linie für das Institut, in dem ich tätig bin, und auch da ist manches meine persönliche Meinung und Auffassung der Sachverhalte. Aber jede Arbeit wird eben von Personen getragen. So gesehen, ist sicher kein Standpunkt einer Institution endgültig und erfährt Änderungen mit dem Wechsel von Personen.

Eine wesentliche Unterscheidung hilft uns außerdem die Situation zu verstehen. Sparkassen sind zwar heutzutage mit denselben Rechten und Pflichten ausgestattet wie jedes andere Kreditinstitut, sie haben aber auf Grund ihrer Rechtsform keinen Eigentümern oder Aktionären Gewinne zu erwirtschaften. Wenn sie trotzdem gewinnstrebende Geschäftspolitik betreiben, dann zur Wahrung und Stärkung ihrer eigenen Position auf dem Markt. Und diese Situation gibt ihnen die Möglichkeit, bei entsprechender wirtschaftlicher Lage auch periphere Aufgaben wahrzunehmen, wie es in der Vergangenheit nicht nur

auf die Wirtschaftserziehung bezogen der Fall war, sondern bekanntlich auch auf vielen Sektoren der Kunst-, Kultur- und Wissenschaftsförderung.

Die erste Antwort auf die Frage „Wem nützt die Sparerziehung?“ ergibt sich ganz klar aus den wirtschaftlichen Zusammenhängen zwischen Sparen und Investieren. Staat, Kommunen und Privatunternehmungen brauchen Kapital für Investitionen und beziehen dieses zu einem ansehnlichen Teil aus dem Sparaufkommen Privater. In dieser Transformationsleistung liegt ja eine der Grundfunktionen der Kreditinstitute. Jeder, der unsere Wirtschaftsordnung anerkennt oder sich zumindest mit ihr arrangiert hat, indem er in ihr und von ihr lebt, müßte die Antwort mit gutem Gewissen formulieren können.

Wenn der Nutzen für die Allgemeinheit festzustehen scheint und somit auch wieder von der Allgemeinheit auf den einzelnen zurückwirkt, so erhebt sich doch die Frage, ob Sparerziehung dem zu erziehenden Einzelsubjekt, also dem Schüler, persönlichen Nutzen verschafft oder nur eine der Gesellschaft dienliche Einengung der Freiheit des einzelnen, einen Verzicht zugunsten höherer Gemeinschaftsziele, darstellt. Dann wäre dies Manipulation anstelle emanzipativer Erziehung. Die Antwort darauf hängt davon ab, was man unter Sparerziehung versteht. Ich kann an dieser Stelle nicht den Versuch unternehmen, eine solche Definition der Zielsetzung umfassend darzustellen, und muß mich darauf beschränken, zu behaupten, daß eine planvolle Führung des materiellen Lebens, natürlich koordiniert mit den Zielsetzungen einer sinnorientierten persönlichen Lebensanschauung, dem einzelnen sehr wohl nützlicher ist, als sich im Strom kollektiver, an Prestige und Besitzgier orientierten Konsumzwanges treiben zu lassen. Es liegt meines Erachtens am einzelnen Lehrer, seine Definition der Sparerziehung zu finden und zu verwirklichen.

... besonders raffinierte Form der Werbung?

Nun zur naheliegenden Frage, wieweit die Sparerziehung denen nützt, die sie auf ihr Banner geschrieben haben. Die Sparkassen haben grundsätzlich nie geleugnet, damit auch eigene Interessen zu verbinden. Damit schließe ich nicht aus, daß irgendwann irgendwelche Personen anderslautende Standpunkte geäußert haben mögen oder noch äußern werden, aber das ist eben wieder eine Frage der Person und ihrer Auffassungen. Sparerziehung dient natürlich auch den Geldinstituten im allgemeinen, denn woher nähmen sie die Gelder, die sie wieder für die Vergabe von Krediten und Darlehen benötigen; aber angesichts ihrer oben erwähnten Funktion in der Wirtschaft sehe ich darin nichts Diskriminierendes. Im besonderen aber — und nachdem es in unserem Staat kein

monopolisiertes Kreditinstitut gibt, sondern einen freien Wettbewerb, ist diese Frage von Bedeutung — hat ein einzelnes Geldinstitut ein natürliches Interesse daran, sich im Bewußtsein der zukünftigen Kunden frühzeitig zu verankern. Es ist immer nur die Frage wie — ob durch reine Werbung oder indem auf dem Wege einer Partnerschaft allgemein nützliche Hilfen angeboten werden, bedeutet meiner Meinung nach einen großen Unterschied.

Wer vielleicht gerade darin eine besonders raffinierte Form der Werbung sieht und die „brutale“ Werbung als die ehrlichere Form betrachtet, dem sei die Frage gestellt, was er letzten Endes in den Auswirkungen für nützlicher hält und ob ihm der andere Weg wirklich lieber wäre. Und ich möchte nochmals auf den historischen Rückblick verweisen, der aufzeigt, daß die Sparkassen sehr bewußt und teilweise auch unter Verzicht auf unmittelbare eigene Interessen den Weg gegangen sind, den ihnen pädagogische Berater gewiesen haben. Man möge auch verstehen, daß sich diejenigen Institute, die damals diesem Weg gefolgt sind, dagegen wehren, wenn andere, denen seinerzeit an der Schule und an den kleinen Spareinlagen überhaupt wenig gelegen war, plötzlich ihre Interessen anmelden. Wenn man nunmehr jahrzehntelang in einen Bereich „investiert“ hat und abgesehen vom eigenen Image bei den Lehrern und bei der Jugend auch objektiv Erfolge in der Erziehungsarbeit vermerkt, von der man selbst überzeugt ist, dann hat man ein legitimes Interesse, seine mit viel Aufwand erworbene Position aufrechtzuerhalten. Man hat dann auch kein Verständnis dafür, daß andere aus einer relativ einfachen Position im nachhinein gleiche Rechte anstreben. Relativ einfach deswegen, weil man, um zunächst in der ersten Eteppe einige wenige für sich zu gewinnen, leicht großzügig in Erscheinung treten kann.

Und somit kommen wir zur letzten Frage des Nutzens für den Lehrer, der schließlich derjenige ist, der die Belastung im Sinne der anfangs zitierten Anforderungen zu tragen hat. Ich glaube, den unmittelbaren persönlichen Nutzen aus dieser Fragestellung ausklammern zu können. Denn wäre es den Lehrern nur um irgendwelche Anerkennungen gegangen, hätte sich die Zusammenarbeit sicher nicht über einen so langen Zeitraum erhalten. Die Spar- und Wirtschaftserziehung birgt aber sehr viele erzieherische Komponenten in sich, die dem Lehrer einen Gewinn für seine gesamte Erziehungs- und Unterrichtsarbeit verschaffen. Es ist sicher falsch, die Wirtschaftserziehung nur mit der Wirtschaftskunde verbunden zu sehen. Sie ist so vielfältig mit fast allen Bildungsaufgaben verschmolzen, wie eben auch nahezu jede menschliche Tätigkeit auf irgendeiner ökonomischen Grundlage beruht. Und auch die Praxis des Schulsparens hat sich, wenn sie nur richtig betrieben

wurde, schon vielfach als ein wertvoller Faktor für die Aufrechterhaltung einer funktionierenden Klassengemeinschaft erwiesen. Sicher ist manchem Lehrer in der Fülle der Aufgaben dieser Aspekt nicht entsprechend bewußt geworden oder geblieben.

Der allgemeine Prozeß des Umdenkens und des Neuüberlegens von Zusammenhängen könnte Gelegenheit geben, diese Problematik wieder stärker in die pädagogische Diskussion zu bringen. Vielleicht kann auch dieser Beitrag einige Anregungen dazu leisten.



„SPARERZIEHUNG“

Es geht um mehr als eine Milliarde!

Über die „vielen zwanglosen Gespräche zwischen aufgeschlossenen Sparkassenvertretern und einsichtsvollen Lehrern über die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer systematischen Sparerziehung an der Schule“ (Franz Gratzenberger, Pädagogik der Begegnung von Schule und Wirtschaft, in: Betriebswirtschaft und Werbung 1969/3).

Im Jahr 1979 widmete das SCHULHEFT eine ganze Nummer diesem Thema (3/79) „Kauft, Kinder, kauft!“). Damals war ich der Meinung, die Sache würde sich von selbst entlarven. Z. B. sprach der Geschäftsführer der Polydor-Schallplatten vom (Kinder)Markt, der noch „viel intensiver befruchtet“ werden müsse; in einem sehr empfehlenswerten Film für die Oberstufe AHS (Mbogos Ernte, Baumwolle aus Tansania, Filmladen) spricht ein Jeana-Manager von „aggressiver Publikumswerbung“; die Römerquelle-Strategie („belebt die Sinne“) lockt die Kleinhändler damit, daß sich „der Markenartikel von selbst verkaufe“, „hol dir deine cola“ usw. Mir kommt das alles so blöd und aufdringlich vor, daß ich gar nichts dazu sagen kann.

Beim Gelde selbst — also in unserem Fall bei den Sparkassen — scheint mir die Sache etwas komplizierter. Schließlich geben die Sparkassen ja etwas dafür: Lehrerkataloge, Schülerkalender, allmonatliches Spielzeug zum Jugendspartag, Zuschüsse bei Schulveranstaltungen usw.

Auf der anderen Seite ist für Leute wie mich, die sich mit einer „Konsumgesellschaft“ einfach nicht abfinden wollen, die im „Warencharakter“ all unserer Beziehungen die Hauptursache für die Schwierigkeiten in der Schule, im Privatleben, die darin eben das Gegenteil vom „Lernziel Solidarität“ sehen, für solche wie mich stellen sich da einige Fragen: Was hat „das Geld“ in der Schule verloren? Welche Interessen vertreten die Sparkassen außer ihren eigenen? Warum sind sie in den Schulen derart integriert und angesehen, ja so selbstverständlich, daß sie sich — beispielsweise in Wien — den Markt nach den Parteibüchern der Lehrer teilen können?

Diese Fragen zeigen eines ganz deutlich: mit dem „moralischen Zeigefinger“ ist dem Thema nicht beizukommen. Im Gegenteil: Die „gesellschaftliche Moral“ steht auf Seiten der Sparkassen: In der Satzung des Hauptverbandes der Sparkassen steht etwas von einem „Bildungspolitischen Auftrag!“ Und – soweit ich das überblicken kann – gibt es keinen einzigen Lehrplan, in dem nichts von Spar-, Wirtschafts- oder Konsumentenerziehung steht. Entrüstung ist also fehl am Platz, die Geschäfte der Banken sind absolut „sauber“!

THESE: Was in den fünfziger Jahren mit Sparerziehung begann, in den sechziger Jahren zur Wirtschaftserziehung erweitert und schließlich zur Konsumentenerziehung wurde, ist so etwas wie der *ideologische Wiederaufbau des Kapitalismus in den Schulen*. Was in den sozialistischen Ländern die Verteidigung der Errungenschaften des Sozialismus“ ist, ist in unserer Gesellschaft die Spar- und Wirtschaftserziehung.

Geschichtliches:

Nach dem Krieg trat Sparen als solches nicht in Erscheinung. Es war eine selbstverständliche Notwendigkeit. „*Es war ein Sparen im Sinne von Haushalten mit allen Dingen des täglichen Gebrauchs...*“¹ Doch der Wiederaufbau ging ziemlich rasch, und bald kam auch in Österreich ein kleines Wirtschaftswunder, begleitet von „Schlüsselkindern“, die, aufgewachsen in beginnendem Wohlstand, auch immer mehr Geld in die Hände bekamen. „*Die Schule konnte ganz einfach nicht mehr an diesem Problem... vorbeisehen. Die Taschengeldproblematik... begann die Lehrerschaft immer mehr zu beschäftigen.*“ (S. 53) Es kommt zu „*ersten Kontakten und vielen zwanglosen Gesprächen zwischen aufgeschlossenen Sparkassenvertretern und einsichtsvollen Lehrern über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer systematischen Sparerziehung in der Schule. Unter Sparerziehung verstanden wir damals... vor allem Motivierung und Anleitung zum Konsumverzicht und das Ansammeln von Ersparnissen im Wege einer Sparkasse.*“ (S. 54)

Im Gegensatz zu heute war das Klassensparen absolut notwendig: Eine Schullandwoche oder ein Schikurs wäre anders nicht zu finanzieren gewesen. Heute ist es den Eltern bzw. Lehrern lieber, wenn der Betrag auf einmal auf den Tisch gelegt wird. Gleichzeitig bot dieses Klassensparen große erzieherische Möglichkeiten, als dadurch minderbemittelten Kindern durch die gemeinsame Anstrengung der ganzen Klasse das Mitfahren überhaupt erst ermöglicht wurde. Aber was hat derartige

¹ Dieses Zitat und alle folgenden stammen von F. Gratzenberger, a. a. O.

Solidarität in unserer Schule verloren? Heute erledigt das ein anonymen Elternverein (teilweise mit Unterstützung der Sparkassen). Außerdem war das gar nicht beabsichtigt. „*Seine letzte Sinngabe erhält das Gemeinschaftssparen allerdings erst, wenn es dazu führt, daß möglichst alle Schüler zum Einzelsparen als dem Sparen in der privaten Sphäre finden. ‚Gemeinschaftssparen der Weg – Einzelsparen das Ziel‘ war daher der Leitsatz der Sparerziehung, der in diesem ersten Stadium geprägt wurde.*“ (S. 54)

Inhaltliches:

Also: *Erstes Lernziel* einer sinnvollen Sparerziehung: Das Kind trägt sein Geld zur Sparkasse. Man spricht von „Überwindung der Schwellenangst“, die Kinder sollen daran gewöhnt werden, mit Geld = Sparkasse zu assoziieren. Das funktioniert auch recht gut: die wenigsten Lehrlinge bzw. Lohnempfänger wechseln das Geldinstitut. Sie bleiben bei dem, das sie in der Schule gehabt haben.

Aber das ist eigentlich nur ein erfreulicher Nebeneffekt, der von den Sparerziehern dem Kapitel „Charakter- und Persönlichkeitsbildung“ untergeordnet wird. Hauptsache ist ihnen die „Volkswirtschaftliche Bedeutung des Sparens“. Die sogenannte „Brüsseler Definition“ aus dem Jahr 1960 besagt:

„*Sparerziehung ist mehr als eine Anleitung zum Sammeln von Geld, sie ist auch mehr als Erziehung zum richtigen Ausgeben des Geldes, sie beinhaltet vielmehr die Hinführung zu volkswirtschaftlich richtigem Denken und Handeln, sie ist letzten Endes die Erziehung zu einer nach werthafter Gesichtspunkten orientierten Gestaltung des materiellen Lebens im Vollbewußtsein der Verantwortlichkeit des einzelnen gegenüber dem Wohle der Gesamtheit.*“

So gesehen ist auch der eher peinlichen Gegenüberstellung von Sparzinsen und Inflationsrate etwas Positives abzugewinnen. Es mag sein, daß du draufzahlst beim Sparen, aber du leistest deinen Beitrag zur „Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft“. Mit deinem Geld kann die Wirtschaft neue Investitionen tätigen, Investitionen steigern die Produktivität, höhere Produktivität bedeutet niedrigere Preise, niedrigere Preise heißen mehr Kaufkraft, weniger Inflation, verstehst du?! Ihr sitzt im selben Boot, du und die Wirtschaft!

Das Bedrückende ist: So wie ich's jetzt gesagt habe – zugegeben etwas vereinfacht –, hat's was für sich! Es ist richtig, daß die Banken, das Finanzkapital, in unserer Wirtschaft von entscheidender Bedeutung sind. Sie verteilen die Kredite, sie bestimmen, welche Branchen welchen Anteil vom Geld bekommen. Gerade in Zeiten der Krise, der Konkurse, weiten die Banken ihre Kontrollfunktionen aus.

Aber was hat das alles mit dem Schulsparen zu tun? Ich sehe da einen gewissen Widerspruch: Auf der einen Seite versuchen die Sparkassen mit Hilfe von Geschenken den Eindruck zu vermitteln, daß Sparen für den Sparer ein „Geschäft“ ist: Er bekommt mehr zurück, als er einzahlt. Auf der anderen Seite wird „die Verantwortlichkeit des einzelnen gegenüber dem Wohle der Gesamtheit“ betont, eine Formulierung, die eher nach „Opfer des einzelnen für die Gesellschaft“ klingt: Wozu brauch' ich die Geschenke, wenn ich sowieso „volkswirtschaftlich richtig denke und handle?“

Von der Seite der Banken schaut die Sache so aus:

Die Banken brauchen möglichst viel Geld zu ihrer Verfügung, um es in die expandierenden Branchen zu stecken oder sonstwie zu verkaufen. Ich stelle mir vor: der Idealtyp der Banken, der „homo oeconomicus“, legt sein ganzes Einkommen auf die Bank und lebt von Krediten.² Von der Differenz (Kreditzinsen – Sparzinsen) werden Geschenke gemacht, neue Filialen gebaut usw. (Gewinne dürfen die Sparkassen laut Gesetz keine machen!)

Zweites Lernziel: Das Kind trägt sein Geld *gern* zur Sparkasse. Es erfüllt damit ein volkswirtschaftliches Gebot.

Kritik: Die „volkswirtschaftliche Verantwortung des einzelnen“ widerspricht den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Der Sparer übergibt mit dem Geld auch die Verantwortung. Sein Einfluß ist gleich Null, denn die Banken müssen ihre Geschäfte nach Profit- und Konkurrenzkriterien machen. Oder ist der „einzelne“ etwa dafür verantwortlich, wenn eine Bank in Konkurs geht? Hat er etwa zuwenig gespart? Ist etwa dort die volkswirtschaftliche Verantwortung am größten, wo die höchsten Zinsen gezahlt werden?

Schulisches:

Die Sparkassen sind der verlängerte Arm der „Wirtschaft“ in die Schulen. Sie stehen mit den Lehrern in bestem Kontakt, jede größere Sparkasse hat ihren pädagogischen Beirat. Von ihnen bzw. von den Lehrern, die sich in ihren Dienst stellen, stammen die Formulierungen zur Wirtschaftserziehung im SchOG-Zielparagraphen, in den Lehrplänen usw. Ihre Vertreter sitzen in den Kuratorien der Landesschulbehörden. Sie sind übers ganze Land verteilt: jedes Dorf, das eine Schule hat, hat auch eine Sparkasse. Wen wundert's, daß auch das „Oberschulamt der Wirtschaft“, die „Arbeitsgemeinschaft Schule und Wirtschaft“, in der Provinz von den Sparkassen gemanagt wird?

² Gar nicht so unrealistisch, wenn man all die Tricks bedenkt (Scheckkarte, Bankomat), mit denen die Banken ihre Kunden zum Überziehen der Lohnkonten verlocken!

Geschäftliches:

Opfern sich die Sparkassen für die Wirtschaft?

Von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien (kurz Z) wird die Höhe der Spareinlagen von Kindern und Jugendlichen auf ca. 600 Millionen geschätzt. Zum Vergleich: Allein der Zinsen-ertrag belief sich bei der Z im Jahre 1979 auf ganze 6 Milliarden Schilling. Also eher ein kleiner Fisch! Die Gesamtsumme der Spareinlagen wird von der Z mit 40 Milliarden angegeben. Die 600 Millionen (= 1,5 %) dürften eher zu gering geschätzt sein!

Die Z ist in Wien „Marktleader“, ihr Anteil am gesamten Wiener Sparvolumen ist ca. 50 %, bei den Kindern etwas höher. Man kann also ruhig davon ausgehen, daß es allein in Wien um mehr als eine Milliarde geht, die die Kinder jährlich zur Bank tragen. Eine nur 5-prozentige Verzinsung gerechnet, bedeutet das immerhin 50 Millionen, die netto zur Verfügung stehen. Zum Vergleich: Die Z gibt ihre Personalkosten mit 975 Millionen an (1978: 870 Millionen), an Steuern und Abgaben hat sie 181 Millionen gezahlt (1978: 294 Millionen). Ich bin kein Fachmann, aber mir scheint, daß die Z – trotz gegenteiliger Beteuerung – keineswegs Opfer bringt, um ihre bildungspolitische Aufgaben zu erfüllen.

Zugegeben: Die Art, wie sie das macht, ist nicht so schlecht: „GW-Unterricht“, eine Fachzeitschrift für Geographie und Wirtschaftskunde, die allen interessierten Lehrern kostenlos zugesandt wird, ist wirklich lesenswert und enthält auch kritische Beiträge, die allerdings noch nie die „Geschäftsinteressen“ tangiert haben. Auch die gemeinsam mit dem PI der Stadt Wien veranstalteten „Wirtschaftskundlichen Kompaktseminare“ sind eine brauchbare Sache. Gerade dort beweist sich allerdings, daß es keine „alternative“ Wirtschaftskunde – eine Wirtschaftskunde, die unsere Wirtschaft und Gesellschaft radikal in Frage stellt, also auch marxistische Standpunkte ernsthaft erörtert – geben kann, solange die dort anwesenden Lehrer nicht bereit sind, die entsprechenden Fragen zu stellen.

Das sagt die Wirtschaft

Die Zunahme der AHS-Schüler auf ca. 15 % eines Jahrganges ist eine „katastrophale Ausmaße annehmende Überfüllung der Mittelschulen.“ (Die Industrie Nr. 10/1962)

„Die Pflichtschulen versorgen die Wirtschaft... mit Mannschaften, die mittleren kaufmännischen und technischen Schulen mit Unteroffizieren und die Hochschulen liefern das Führungskorps.“ (Hans Ebner in Wirtschafts-politische Blätter 4/5, 1963)

„Gott ist nun einmal insofern ein harter Aristokrat, als das Ungewöhnliche, Überdurchschnittliche, Erlesene, Hochqualifizierte seiner Natur nach immer eine kostbare Rarität, immer eine winzige Minderzahl gegenüber den Gewöhnlichen ist. Die Auffassung, man könne durch Förderung Begabungen schaffen, ist eine irri-ge Meinung.“ (Roland Nitsche in: Die Industrie Nr. 40/1965)

„Die Förderung von Begabten ist eine Vorrangaufgabe, aber es wird auch zu bedenken sein, daß auf Grund der sozialmedizinischen Entwicklung leider die Zahl der Minderbegabten ständig ansteigt.“ (Die Industrie Nr. 27/1966)

„Denn wenn der Herrgott eben nur 25.000 jungen Leuten das Gehirn, das für einen Diplomingenieur notwendig ist, mitgegeben hat, dann müßte man, um die Zahl 30.000 zu erreichen, eben das Niveau senken. Damit wäre für die Allgemeinheit und die Wirtschaft nichts gewonnen.“ (Friedrich Stadler in: Handelskammer Niederösterreich: Nachwuchs in der Wirtschaft, 1968)

Die unterschiedliche Begabung „dürfte nicht zuletzt für die Wirtschaft von großem Interesse sein, da durch das Settingsystem die große Zahl einseitig Begabter, dort, wo individuelle Begabungsschwerpunkte bestehen, auf hohes Leistungsniveau gebracht und damit für ihr späteres Berufsleben besser als im traditionellen Schulsystem vorbereitet werden können.“ (Georg Piscaty in Wirtschafts-politische Blätter 5, 1973)

vermischte interessen

... es zahlt sich aus!

Ein Interview mit dem Lehrlingsausbildner Walter Pohl

Herr Pohl leitet die Lehrlingsausbildung in einem industriellen Kfz-Betrieb (7 geprüfte Ausbildner, rund 70 Lehrlinge) und ist derzeit Vorsitzender der Prüfungskommission für Kfz-Mechaniker der Industrie in Wien.

Das politische Netz

SCHULHEFT: Im Vergleich zu früher: sind die Lehrlinge besser geworden oder schlechter?

Pohl: Weder schlechter noch besser. Aber es haben sich die Umweltbedingungen geändert.

SCHULHEFT: Was heißt das?

Pohl: Ich spür das in schlechteren Wissensgehalten, in Unkonzentriertheit und Vergeßlichkeit.

SCHULHEFT: Aber nicht in Abneigung und Widerstand gegen das Lernen?

Pohl: Kein Widerstand gegen das Lernen, aber eine eingepflichtete Meinung, fürs Lernen wäre nur die effektive Lehrzeit da und darüber hinaus ein Bemühen geradezu verboten.

SCHULHEFT: Was halten Sie von der Hauptschule und vom Polytechnischen Lehrgang?

Volks- und Hauptschule mit ihren 8 Schuljahren sind nach wie vor gut, würden nur entsprechend entrümpelt gehören. Es sind viele Gegenstände echt überflüssig.

SCHULHEFT: Welche?

Pohl: Alle diejenigen, mit denen man versucht, die Kinder bereits ins politische Netz zu fangen.

SCHULHEFT: Wie ist das mit dem politischen Netz genauer?

Pohl: Das politische Netz wird immer dichter gewoben, denn...

SCHULHEFT: ... in der Schule?

Pohl: In der Schule beginnt man damit. Denn schon der große Adolf hat gezeigt, daß eben die Jugend begeistert werden muß für eine Idee, auch wenn's eine Wahnidee ist, ja, und das hat man seit dieser Zeit klar erkannt, daß nur der Block der Jugendlichen noch politisch in eine gewisse Richtung zu drängen ist, und das versucht natürlich jede politische Gruppe und jede politische Partei — so früh als möglich.

SCHULHEFT: Glauben Sie, daß in politischer Bildung so etwas geschieht?

Pohl: In politischer Bildung weniger. Nur wenn Sie politische Bildung ansprechen als Gegenstand in der Berufsschule, da würde ich sagen: sie gehört weggenommen. Bei dem Zeitmangel, den man in der Berufsausbildung hat, sollte man auf so was verzichten.

Leistungsdruck, Jugendvertretung

SCHULHEFT: Lernen die Schüler genug? Sind sie überfordert oder unterfordert?

Pohl: Naja, diese Schlagworte Überforderung und Leistungsdruck etc., die halt ich für nicht richtig, denn noch nie war soviel Freizeit wie heutzutage.

SCHULHEFT: Haben die Schüler und Lehrlinge zu viele Rechte?

Pohl: Bei den Schülern sind die Rechte nicht zu viel, aber ihnen zu früh übergeben, für den Jugendlichen muß ein verantwortungsvoll denkender Erwachsener entscheiden — in vielen Bereichen, die heute dem Schüler überlassen bleiben. Und beim Lehrling, finde ich, ist es kein Problem, denn hier lassen sich andere Fälle aufbauen, mit denen man ein Fehlverhalten wieder aufs Normalverhalten zurückführen kann, in der Arbeitswelt.

SCHULHEFT: Haben Sie eine Jugendvertretung in der Firma hier?

Pohl: Ja, wir haben eine gut funktionierende Jugendvertretung.

Es zahlt sich aus

SCHULHEFT: Ist die Lehrlingsausbildung eine finanzielle Belastung für den Betrieb oder ist der Lehrling eine billige Arbeitskraft?

Pohl: Der Lehrling ist bestimmt keine Verlustquelle für den Betrieb, vorausgesetzt, daß die Lehrlingsausbildung so intensiv, mit einer so guten Auswahl und mit so guten Erfolgen betrieben wird, daß die Lehrlinge am Ende der Lehrzeit tatsächlich das Ziel auch arbeitsmäßig — nicht nur nach Noten — erreichen.

SCHULHEFT: Es zahlt sich also aus, Lehrlinge auszubilden?

Pohl: Ich würde sagen: nicht nur auszahlen, es muß sein, und es zahlt sich aus.

Lehrwerkstätten?

SCHULHEFT: Könnten Sie sich vorstellen, daß man die bisherige Art der Lehrlingsausbildung durch staatliche Lehrwerkstätten ersetzt?

Pohl: Lehrwerkstätten haben eine sehr präzise Art der Wissensvermittlung, haben aber andererseits den Nachteil aller schulischen Institutionen: sie fallen immer weiter zurück von der momentanen Reparaturpraxis, von der momentanen Arbeitsweise der Betriebe und kriegen typisch das, was man in der Schule schon beim Eintritt riecht: die Sache ist verstaubt.

SCHULHEFT: Die Lehrwerkstättenbefürworter argumentieren umgekehrt: In einer staatlichen Lehrwerkstätte kann man das lernen, was man im Beruf braucht, während man im Privatbetrieb immer nur das lernt, was gerade anfällt.

„Der unmittelbare Kontakt zur Praxis im Betrieb garantiert besser als jede noch so gute Verordnung die Anpassung der Ausbildung an den letzten Stand der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung.“ (Bundeskammer, Bildung macht den Meister, Wien o. J.)

„Überlegungen, die die Praxisnähe der betrieblichen Berufsausbildung zerstören würden: Ausbildung in Grundberufen; Pädagogisierung und Verschulung der Lehrlingsausbildung; Zwang für die Auszubildner in den Betrieben zu einer verfehlten Aus- und Weiterbildung in ‚berufspädagogischen Akademien‘.“ (Pressedienst der Bundeswirtschaftskammer, 12. 3. 76)

Pohl: Das stimmt, ist aber noch kein reiner Pluspunkt, denn schließlich muß ein Lehrling nach der Ausbildung doch wieder zu den einzelnen Privatunternehmen gehen und muß sich dort umstellen auf die Gegebenheiten des Privatbetriebs. Pluspunkt, denn schließlich muß ein Lehrling nach der Ausbildung doch wieder zu den einzelnen Privatunternehmen gehen und muß sich dort umstellen auf die Gegebenheiten des Privatbetriebs.

Entrümpeln!

SCHULHEFT: Was halten Sie von einem zweiten Berufsschultag?

Pohl: Der zweite Berufsschultag ist eine absolute Utopie, weil dann ja zu wenig Lernzeit bleibt, um das Praktische üben zu können, was für den Beruf, für das Handwerk ja das wesentlichste ist. Ein Tag bei entsprechender Straffung und Entrümpelung müßte nach wie vor genügen.

SCHULHEFT: Von Leibesübungen als Pflichtfach, von mehr politischer Bildung und mehr Allgemeinbildung halten Sie nichts, verstehe ich Sie da richtig?

Pohl: Sie verstehen mich völlig richtig. Die Berufsschule sollte sich nach dem Wort „Beruf“ orientieren. Diese Lerngegenstände wie Politische Bildung, Wirtschaftskunde und Schriftverkehr, Wirtschaftsrechnen und Buchführung, die sollte

man weglassen, auch Sprachen, Religion, Turnen, Verkehrserziehung, Umweltschutz usw.

Mädchen in Metallberufe?

SCHULHEFT: Was halten Sie von der Forderung „Mädchen in Metallberufe“?

Pohl: Ich kann da nur urteilen von den Kfz-Berufen aus: Ich hab noch kein Mädchen gesehen, das mit 40 unterm Wagen gelegen ist, geschweige denn unterm LKW. Ich halte das für eine politische Masche.

Lernen ohne Noten?

SCHULHEFT: Richten Sie sich bei der Einstellung von Lehrlingen nach den Zeugnissen?

Pohl: Noten sind problematisch, aber Beurteilungen anderer Art wären genauso problematisch. Eine Grundtendenz sehe ich dauernd: Die Noten in den abschließenden Jahrgängen — also im letzten Hauptschuljahr und im Polytechnischen, aber auch im Berufsschulaustrittszeugnis — sind sichtlich angehoben und unwahr.

SCHULHEFT: Das heißt, es wird zu mild beurteilt?

Pohl: Es wird geschenkt in den allerletzten Konsequenzen.

SCHULHEFT: Soll man die Noten abschaffen?

Pohl: Beschreibungen sind genauso unsicher. Ich würde eher für die Noten plädieren.

SCHULHEFT: Manche Pädagogen sagen: Ohne Leistungsdruck würden die Kinder im Grunde mehr lernen. Was halten Sie davon?

Pohl: Naja, ich glaube, wenn die Schüler ihres Arbeitsplatzes nicht so sicher wären, würden sie mehr leisten.

Wenn Sie Minister wären ...

SCHULHEFT: Herr Pohl, interessieren Sie sich für Schulpolitik? Gibt es Strömungen, die Ihnen besonders gefallen oder mißfallen?

Pohl: Ich wage nicht, jetzt schon zu schreien: zu viel oder zu lange Schulversuche. Allerdings, die Leistungsgruppen mischen das Notenbild bunt zusammen, und man muß sich in acht nehmen bei Vergleichen.

SCHULHEFT: Begrüßen Sie die Leistungsgruppen, die es ab Herbst 1981 im Polytechnischen geben wird?

Pohl: Ich hab zumindest nichts dagegen. Woll'n wir sehen, was rauskommt.

SCHULHEFT: Wenn Sie Unterrichtsminister wären, welche Reformen würden Sie durchführen? Was würden Sie abschaffen?

Pohl: Beim PL wäre schon einiges zu ändern. Ich würde die Schüler in gewisse Richtungsgruppen zusammenfassen.

SCHULHEFT: Das kommt ab Herbst '81.

Pohl: Sehr fein. Ich würde weiters die Information und die

Entscheidung, welchen Beruf, trotz allem schon in das letzte Jahr der Hauptschule hineinlegen und wieder den Eltern mehr überlassen. Die müßten mitarbeiten, die müßten positiv und verantwortungsvoll entscheiden. Aber der Schüler in dem Alter kann noch nicht entscheiden.

SCHULHEFT: Noch ein Wunsch?

Pohl: Mehr Ehrlichkeit in den Noten. Eine Note, egal ob Beschreibung oder Ziffer, sollte wirklich das sein, was sie aussagt. Das ist sie leider noch nicht. In der Berufsausbildung müßte eine Zwischenprüfung drin sein, nach einem Jahr, damit man feststellen kann, was hat die Firma dem Burschen tatsächlich praktisch beigebracht.

SCHULHEFT: Sie verlangen, daß man die Unternehmer nach einem Jahr kontrolliert, ob sie gut und richtig ausbilden?

Pohl: Richtig! Nach dem ersten Lehrjahr beispielsweise in praktischer Metallbearbeitung.

SCHULHEFT: Da würden die Unternehmer aber aufschreien.

Pohl: Ja, sicher. Einer schreit immer. Aber ich soll ja sagen, was den Lehrlingen gut tut. Im zweiten Lehrjahr könnte die Zwischenprüfung eine Reparaturhandlung einfacher Art umfassen, aus der aber hervorgeht, wie weit denkt der Lehrling mit.

SCHULHEFT: Fordern Sie diese Zwischenprüfung, weil Sie den Eindruck gewonnen haben, daß ein Teil der Betriebe schlecht ausbildet?

Pohl: Laut meinen Erfahrungen bei den Facharbeiterprüfungen gibt's einige Firmen — ich kann hier ja nur von Industriefirmen sprechen, und da sind's nur einige, die sind an den Händen abzuzählen —, wo die Ausbildungsinhalte zu wenig beachtet werden, ja? Im Gewerbe wird es vielleicht anders sein, ich kann darüber keine Aussage machen. Eine Zwischenprüfung wäre vielleicht eine Anreizsteigerung, seinen Beruf besser, kompletter zu erlernen.

„Völlig verfehlt ist das oberflächliche Gerede von einer ‚Sackgasse‘, in die die Lehrlingsausbildung angeblich führen soll. Tatsächlich haben die Lehrlinge große Aufstiegschancen, sei es zum Facharbeiter, zum Vorarbeiter, zum Werkmeister, zum Industriemeister, zum Werkstättenleiter, aber auch zur selbständigen Ausübung eines Berufes.“ (Die Niederösterreich. Wirtschaft Nr. 21, 1975)

Die Lehrlingsausbildung ist immer noch jene „Form der Ausbildung, die der praktisch begabten Jugend Chancengleichheit gibt.“ (Bundeskammer, Bildung macht den Meister, o. J.)

BSA

Bund Sozialistischer Akademiker
Intellektueller und Künstler

Boltzmanngasse 21, 1090 Wien
Telefon: 34 12 73

VEREINIGUNG SOZIALISTISCHER LEHRER AN ALLGEMEINBILDENDEN HÖHEREN SCHULEN

Wien, 20. Oktober 1981

An alle Mitglieder!

Liebe Freunde!

Bereits vor einem halben Jahr haben wir einen Arbeitskreis "Sozialisten im BSA" angeregt, bisher aber erst drei Interessenten dafür gefunden.

So wiederholen wir daher heute unsere Bitte an alle Mitglieder, die sich für den Sozialismus interessieren, sich beim Bundessekretariat zu melden!

Mit freundlichen Grüßen:

Der Vorstand.

P.S.: Auch jene Freunde, die sich nur mit A.W. aus I. und Dr.F.K. aus M. gemeldet haben, laden wir ein, sich mit vollem Namen zu unterschreiben, weil der Arbeitskreis Eure Meldung selbstverständlich vertraulich behandeln wird.

Bildungs-Kollektivvertrag?

Auszug aus einem Aufsatz von Josef Maderna, der in der „Industrie“ 38/81 erschienen ist.

Die Sozialpartner stehen zueinander nicht in Konkurrenz. Jeder Staatsbürger weiß dank seiner beruflichen Stellung, wo er hingehört. Die Industriellenvereinigung wirbt nicht unter Arbeitern, die Gewerkschaft nicht bei Unternehmern.

In den Parteien ist das anders. Sie stehen im scharfen Konkurrenzkampf um die Stimmen möglichst aller. Ihre Propaganda muß auf die materiellen Interessen unterschiedlicher Bevölkerungsschichten Rücksicht nehmen. Um den Abfall einmal Gewonnener zu vermeiden, müssen sie trachten, das Bewußtsein mit politischen Glaubenssätzen zu füllen, Überzeugungen in politische Religion umzuformen.

Auch heute noch.

Deshalb erweisen sich die Programme der Parteien — auch deren Bildungsprogramme — als viel weniger elastisch und neuerungsbereit als jene Programme, welche die Sozialpartner vorlegen. Das gilt auch für das Bildungskonzept '80 der Vereinigung Österreichischer Industrieller.

Was dort etwa unter „Kulturelle und politische Bildung“ gesagt wird, nämlich: „die möglichst umfassende passive und aktive Teilnahme der Menschen an Gütern der Kultur . . ., die Pflege der Sprache . . ., die Befassung mit der Geschichte . . .“, das ist fast genau das gleiche, was der einst so gefürchtete und geschmähte Klassenkämpfer Doktor Otto Bauer im berühmten Linzer Programm von 1926 verlangte: eine Gesellschaft, die das kulturelle Erbe allen zugänglich macht, die manuelle intellektuelle Arbeit als gleich wertvoll betrachtet, die das ganze Volk zu einer Kulturgemeinschaft erhebt! Wer die Bildungskonzepte der Sozialpartner, aber auch der politischen Parteien von heute studiert, findet so viel Gemeinsames, daß er versteht, warum sich der Parteienstreit auf den Nebenschauplatz der Schulorganisation begeben hat, warum die Kontroversen über Gesamtschule oder gymnasiale Langform, über Ganztagschule oder Tagesheimschule den Berufsbildungspolitikern die Konfrontationsebene liefern müssen. Diese gilt nämlich als unerläßlich.

DDR. Josef Maderner ist Bildungsobmann der Landesexekutive Kärnten des ÖGB.

Diese letzten Wellenschläge des einstigen Schulkampfes spielen bis in die Konzepte der Sozialpartner hinüber; sie mögen die Schuld daran tragen, daß sich auch diese noch nicht zu einer gemeinsamen Formulierung durchringen konnten, so wie das bei jedem Kollektivvertrag gelingt. Wie wäre es mit einem von den Sozialpartnern gemeinschaftlich ausgearbeiteten Bildungskonzept? Könnten da nicht Gedanken eingebracht werden, deren Ausformulierungen in den Schubladen von Landesschulräten oder des Ministeriums ruhen.

Praxispflicht?

Ich denke an Otto Bauers Kulturgemeinschaft und die Überbrückung der Kluft zwischen manueller und intellektueller Arbeit. Wie wäre es, wenn jeder Obergymnasiast gleichzeitig in einem Beruf — auch wenn nur in einem bescheidenen Büroberuf — ausgebildet würde? Wenn alle Maturanten in Wirtschaft und Verwaltung einsatz- und leistungsfähig wären und nicht die Universitäten bevölkern müßten? Wenn kein Akademiker in die für ihn reservierten Führungsposten einrücken dürfte, bevor er berufliche Erfahrungen auf anderen Gebieten gesammelt, eine berufliche Leistung außerhalb des engen Rahmens seiner Fachqualifikation erbracht hätte? Wenn es keinen Lehrer mehr gäbe, der nichts kennt außer die Schule, die er als Kind, als Schüler, als Student bevölkerte und die er als Lehrender wieder betritt, ohne jemals den harten Wind, der außerhalb von Schulklassen und Studierstuben weht, kennengelernt zu haben?

Zwischen den Parteien wird darum gerungen, ob die Trennung hinkünftig mehr intellektuell und mehr manuell Tätiger ausschließlich erst bei Vierzehnjährigen oder zum Teil schon bei Zehnjährigen erfolgen soll. Ist diese Frage so wesentlich, wenn das Prinzip der Trennung ohnehin bleibt? Wäre es nicht viel richtiger, zu verlangen, daß Förderungen jeder Art — intellektueller und manueller — möglichst früh und möglichst individuell einsetzen sollten, und daß jeder zukünftige Akademiker auch einen nichtakademischen Beruf — am besten ein Handwerk oder wenigstens, wie erwähnt, den eines Bürokaufmannes — erlernt, zu dem selbst jene befähigt werden können, die „zwei linke Hände“ haben?

Vielleicht bringen die Sozialpartner zustande, was den Parteien bisher nicht gelang: der Bildungspolitik die gleiche Überparteilichkeit zuzubilligen wie der Außen- oder Wehrpolitik, also eine grundsätzliche Konsensbereitschaft zu entwickeln.

Wenn selbst die Vereinigung Österreichischer Industrieller Otto Bauer schon so nahesteht, woran fehlt es dann noch, außer an Zeit und ehrlichem, gutem Willen?

Gerald Fischer

„Ihr Feiglinge, ihr Memmen!“

„Ich hoffe, ihr wißt, wie ihr euch zu benehmen habt. Und daß mir keiner blöde Fragen stellt, ihr wißt schon, was ich meine.“

Das war die Einleitung zu unserer Informationsstunde über das Bundesheer. Zum besten gegeben von Dr. Otto Plettenbacher, seines Zeichens Reserveoffizier (Hauptmann) und Referent für geistige Landesverteidigung unserer Schule, des 2. BG XIX. Wir wußten es anscheinend nicht, denn während der Veranstaltung drohte er uns dann: „Wenn das so weitergeht, dann setz' ich ein paar vor die Türe!“

„Legendär“ ist schon jene Szene bei einem Lehrausgang zum Fliegerhorst Langen-Lebarn geworden. Der Kommandant und Plettenbacher stehen einander gegenüber. Sie grüßen einander, Dr. Plettenbacher salutiert und der Oberst streckt ihm die Rechte zum Händeschütteln hin.

Bezeichnend ist diese Szene, weil solche Militarismen öfters, während des Unterrichts, vorkommen. Zivildienstler als Feiglinge und Drückeberger zu bezeichnen, war eher nichts Ungewöhnliches.

Krönung aller Erlebnisse war aber die Aufforderung: „Nehmt euch doch am Oberst Rudel ein Beispiel!“ — „Wer ist das?“ „Das war ein Staffelführer bei der Luftwaffe, der, um seine Kameraden zu retten, hinter den feindlichen Linien gelandet ist. Dort ist sein Flugzeug im Morast eingesunken und er hat sich mit einem Beinschuß durch das Sperrfeuer der Russen durchkämpfen müssen. Und durch die minus acht Grad kalte Wolga ist er auch noch durchgeschwommen.“

Tatsächlich ist Oberst Rudel ein anderer. Nämlich ein bekannter Alt-Nazi, der im 2. Weltkrieg in den Wochenschauen zum Kriegshelden hochstilisiert worden ist. So sehr, daß sogar Otto Plettenbacher von ihm gehört hat, obwohl er seit Kriegsbeginn in Gefangenschaft war. Das letzte, was von Oberst Rudel zu hören war: In der Bundesrepublik Deutschland hielt er bei einem Veteranentreffen seiner ehemaligen Einheit eine Rede, weswegen zwei Generäle vom Dienst suspendiert wurden.

Ein Vorbild für die Jugend einfach. Nach einer Beschwerde beim Direktor des 2. BG XIX erhielt Plettenbacher eine Verwarnung, was uns den Vorwurf einbrachte: „Ihr Feiglinge, ihr Memmen, nichts kann man euch erzählen.“

Wer verdient am Schulbuch?

Autorenhonorar: 6 % (z. B. Hauptschulbücher) bis 10 % (z. B. Sonderschulbücher) vom Ladenpreis;
Buchhändlerabatt: 26 % vom Ladenpreis;
Umsatzsteuer: 8 % vom Ladenpreis.

Was der Verlag am Buch verdient, läßt sich nicht in der gleichen Weise mit einem Prozentsatz ausdrücken. Ob ein Buch für ihn ein Geschäft wird, hängt davon ab, wie er kalkuliert hat und wie gut und wie lang er es verkaufen kann. Im zweiten oder dritten Jahr wird er pro Buch viel mehr verdienen, als im ersten Jahr, weil dann gewisse Kosten wegfallen, der Preis aber gleich bleibt.

Die Kalkulation der Verleger wird kontrolliert:

- Sie haben für 50 % des theoretisch möglichen Marktes zu kalkulieren. Wenn z. B. 36.000 Schüler in ganz Österreich den Polytechnischen Lehrgang besuchen, folgt daraus, daß ein PL-Buch mit 18.000 Stück kalkuliert wird.
- Sie haben bestimmte Kosten mit bestimmten Prozentsätzen des Selbstkostenpreises anzusetzen.
- Sie dürfen für „Gewinn und Risiko“ 4 % aufschlagen (das ist ein theoretischer Wert, der nicht besagt, daß das Buch tatsächlich 4 % abwirft.)
- Daß der Markt je nach Schultype verschieden groß ist (z. B. für ein Volksschulbuch viel größer als für ein Sonderschulbuch), wird mit einem eigenen Faktor berücksichtigt.

Lehrer

Mehr bildungspolitisches Engagement!

Interview mit Fritz Neugebauer, dem Vorsitzenden der Pflichtschullehrergewerkschaft

SCHULHEFT: Herr Neugebauer, Sind Sie freigestellt oder unterrichten Sie noch?

NEUGEBAUER: Ich bin von meiner Tätigkeit als Lehrer freigestellt, aber es ist mir ein Anliegen, mit der Schule verbunden zu bleiben. Daher unterrichte ich noch an 2 Tagen pro Woche in meiner Schule.

SCHULHEFT: Warum sollte Ihrer Meinung nach ein Lehrer zur Gewerkschaft gehen?

NEUGEBAUER: Es ist ein Aberglaube, zu meinen, daß ein Dienstgeber — und in unserem Fall ist das der Bund — etwas gibt, ohne daß die Institution des ÖGB die Dinge verlangt, begründet und entsprechend erkämpft. Ich halte es daher auch für eine moralische Verpflichtung, sich dieser Organisation anzuschließen.

SCHULHEFT: Ein wichtiges Argument für den Gewerkschaftsbeitritt ist der Rechtsschutz. Kann man da nicht genauso gut eine Rechtsschutzversicherung abschließen?

NEUGEBAUER: Eine Rechtsschutzversicherung kann als Ermäßigung des Gewerkschaftsbeitrags gesehen werden. Der große Vorteil liegt darin, daß wir bei der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) Juristen beschäftigen, die sich ausschließlich als Fachleute für das Dienstrecht des öffentlichen Dienstes und damit für die Lehrer qualifiziert haben. Das, was ein anderer Jurist oder Rechtsanwalt sich mühsam erarbeiten

Zur Person: Herr Neugebauer ist 37 Jahre alt, Hauptschullehrer im 20. Wiener Gemeindebezirk. Verdienst laut eigenen Angaben: Gehaltsstufe 9.

Funktionen: Vorsitzender der Bundessektion Pflichtschullehrer in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Obmann des Zentralausschusses der Wiener Landeslehrer, Bundesvorsitzender der Fraktion christlicher Gewerkschafter (Pflichtschullehrer), Mitglied der Schulreformkommission usw.

muß, haben unsere Leute quasi im kleinen Finger. Unsere Rechtsschutzleistung geht von der Rechtsberatung, Beistellung von Anwälten, ja sogar – im Falle eines Schuldspruches – bis zur Rentenzahlung. Daher erübrigt sich für ein Gewerkschaftsmitglied der Abschluß einer Rechtsschutzversicherung.

SCHULHEFT: *Warum hat er im Prozeß gegen die „Mühlviertler Nachrichten“, die ihm vorgeworfen hatten, daß er selbst Ohrfeigen verteilt habe, keinen Rechtsschutz von der Gewerkschaft bekommen?*

NEUGEBAUER: Die Begründung dieser Entscheidung bitte ich beim Leiter des Rechtsbüros, Dr. Waas, einzuholen. Da bin ich überfragt.²

SCHULHEFT: *Wer entscheidet jetzt über die Gewährung des Rechtsschutzes?*

NEUGEBAUER: Die jeweilige Sektion der Berufsgruppe unserer Gewerkschaft wendet sich an die Landesorganisation, und der Landesvorstand gibt eine Stellungnahme zum Antrag des Rechtsschutzwerbers an den Vorstand der Gewerkschaft. Und der Vorstand der Gesamtgewerkschaft Öffentlicher Dienst entscheidet unter Beiziehung aller im Haus tätigen Juristen über das Rechtsschutzansuchen.

SCHULHEFT: *Nach welchen Kriterien wird entschieden?*

NEUGEBAUER: Es gilt der Grundsatz, daß der Anlaßfall in einem dienstlichen Zusammenhang stehen muß.

SCHULHEFT: *Kennen Sie den Fall Peter Schmidt?*¹

NEUGEBAUER: Ich habe mit Peter Schmidt während seiner Tätigkeit in Oberösterreich brieflich Kontakt gehabt. Als er dann als Wiener Landeslehrer angestellt worden ist, habe ich sein Ansuchen um Gewährung einer Notstandsunterstützung befürwortet.

¹ Der oberösterreichische Lehrer Peter Schmidt wurde zum „Fall“, als er die gewalttätigen Methoden einiger Kollegen nicht mehr gutheißen wollte. Nachdem er damit schließlich auch an die Öffentlichkeit gegangen war, wurde er von der Behörde schikaniert, z. B. durch insgesamt 8 Disziplinarverfahren. Er ließ sich nach Wien versetzen.

² Antwort von Dr. Waas: Im Interesse der Kollegen können wir keine Auskunft über Rechtsschutzfälle geben(?). Der Ordnung halber muß hinzugefügt werden, daß die Gewährung eines Rechtsschutzes vom oberösterreichischen Landesvorstand der GÖD ohne Angabe von Gründen abgelehnt wurde. Dabei hält das Urteil des Oberlandesgerichts Linz fest, daß der Vorwurf, ein Lehrer schlage seine Schüler, nichts Ehrenrühriges beinhalte (!). Kein Fall für gewerkschaftlichen Rechtsschutz?!

SCHULHEFT: *Warum gibt es – bei Vorliegen dieser Bedingung – keinen Rechtsanspruch, warum ist das nur eine Kann-Bestimmung?*

NEUGEBAUER: Dieses „Rechtsschutzregulativ“ ist vom ÖGB ausgegeben, die einzelnen Gewerkschaften haben Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Ein Grund ist darin zu suchen, damit nicht Gewerkschaftsbeiträge für Zwistigkeiten zwischen Gewerkschaftsmitgliedern ausgegeben werden müssen. Es kommt natürlich auch vor, wenn es im Interesse einer Grundsatzentscheidung ist, daß selbstverständlich auch Rechtsschutz gewährt wird in Fragen, wo auch Kollegen gegeneinander eine Entscheidung anstreben.

SCHULHEFT: *Also es ist nicht ein Grundsatz der Gewerkschaft, daß bei Konflikten zwischen Inspektor und betroffenen Kollegen kein Rechtsschutz gewährt wird, weil beide Gewerkschaftsmitglieder sind?*

NEUGEBAUER: Ja, da würden wir uns überhaupt sehr hart tun! Denn alle Schulaufsichtsbeamten im Bereich der Pflichtschule sind Mitglieder. Aber wenn in einem solchen Fall – und das ist aus der Hierarchie der Schule zwangsläufig abzuleiten – Streitigkeiten entstehen, dann wird ja nicht der Inspektor als Gewerkschaftsmitglied und Person belangt, sondern die Behörde, deren Vertreter er ist.

SCHULHEFT: *Würden Sie bestätigen, daß die Ablehnung des Rechtsschutzes sich nicht auf politische Gründe stützen kann?*

NEUGEBAUER: Es sind juristische Gründe, die für eine Entscheidung des Vorstandes maßgeblich sind.

Direktorengewerkschaft?

SCHULHEFT: *Direktoren haben in der Gewerkschaft immer wieder bedeutende Funktionen! Stimmt der Vorwurf der „Direktorengewerkschaft“?*

NEUGEBAUER: Die derzeitige Zusammensetzung der Bundesleitung bestätigt hinreichend, daß wir keine sogenannte Direktorengewerkschaft sind.³

SCHULHEFT: *Ist es gut für die Karriere, wenn man Gewerkschaftsfunktionär wird? War es für Ihre eigene von Vorteil?*

NEUGEBAUER: Zunächst bin ich nach wie vor Hauptschullehrer. Ich fühle mich hier nicht als Karrierist. Mein persönlicher Eindruck, warum ich zur Gewerkschaft gegangen bin, war ein Anlaßfall aus meinen ersten Volksschultagen. Ein Unfall

³ Die Bundesleitung besteht aus 21 Mitgliedern: 15 von der FCG, 6 FSG. 7 von 21 sind Direktoren, also ein Drittel.
Vorsitzender: Neugebauer (FCG)
Stellvertreter: Machinek (FCG), Pammer (FSG)

passierte, ein Schüler war verletzt, und ich hab dann die Hilflosigkeit im Lehrerzimmer gesehen. Nachdem die Gewerkschaft Rechtsfolgen für den Lehrer abwenden konnte, war das für mich der Anlaß, zu sagen, eigentlich ist das eine notwendige Mitgliedschaft.

SCHULHEFT: *Noch einmal zur Direktorengewerkschaft: Bei den Personalvertretern schaut's doch so aus, daß man quasi den Zeitpunkt abwarten kann, bis sie zum Direktor ernannt werden.*

NEUGEBAUER: Daß die Personalvertretung ein Sprungbrett sein soll, kann ich also aus meinem Bereich nicht unbedingt sagen. Aber ich halte es nicht für einen Widerspruch, daß jemand, der sich als Personalvertreter für die Kollegen engagiert und daneben — das bitte möchte ich unterstreichen — pädagogisch hervorragend arbeitet und auch Qualitäten in der Menschenführung bewiesen hat, auch Direktor wird.

SCHULHEFT: *Soll er, wenn er Direktor geworden ist, seine Funktion als Personalvertreter zurücklegen?*

NEUGEBAUER: Von mir aus nicht unbedingt.

Mehr Rechte für Personalvertreter

SCHULHEFT: *Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Gewerkschaft und Personalvertretung?*

NEUGEBAUER: In der Gewerkschaft versuchen wir, die gesetzlichen Grundlagen unserer Arbeit im dienst- und besoldungsrechtlichen Bereich zu verbessern. D. h. wir verhandeln mit den Zentralstellen Bundeskanzleramt, Finanz- und Unterrichtsministerium. Das ist also der überbetriebliche Bereich. Während die Personalvertretung für die Einhaltung dieser Bestimmungen zu sorgen hat. Sie nimmt also die innerbetrieblichen Interessen wahr und versucht, in Gesprächen mit den Landesschulräten, mit den einzelnen Abteilungen, mit den Inspektoren für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu sorgen.

SCHULHEFT: *Welche Sanktionsmöglichkeiten hat die Personalvertretung?*

NEUGEBAUER: Ja leider überhaupt keine! Wir haben eine Aufsichtskommission, die für uns die Landesregierung ist. D. h. wenn ich heute als Obmann der Personalvertretung mit dem Präsidenten Matzenauer in einer Frage keine Einigung erzielen kann und mich beschweren möchte, dann kann ich mich beim Bürgermeister bzw. Landeshauptmann beschweren, der aber gleichzeitig Präsident des Stadtschulrates ist. D. h. de facto gibt es keine wirksame Aufsichtskommission. Und da haben wir einige Wünsche an die PV-Gesetzgebung. Leider hat die Regierung bisher kein Interesse gezeigt, diese Bestimmungen auch nur annähernd an das Betriebsrätegesetz anzugleichen.

SCHULHEFT: *Welche Forderungen wären das?*

NEUGEBAUER: Die Schaffung einer unabhängigen Aufsichtskommission, die es z. B. beim Bund gibt. Dort ist sie paritätisch besetzt mit drei Kollegen aus dem Dienstnehmerbereich, drei aus dem Dienstgeberbereich und drei unabhängigen Richtern. So was haben wir nicht.

Eine andere Sache ist die: Wir haben heute Dienststellen mit bis zu 800 Bediensteten, und wir haben keine Freistellung für die Personalvertreter in diesen Dienststellen. Das ist schon im Raum Wien drückend, und es ist katastrophal im ländlichen Bereich, wo die Fahrwege dazukommen ... Bisher war die Bundesregierung nicht bereit, die Personalvertretung in diesem Sinne aufzuwerten ...

SCHULHEFT: *... aus finanziellen Gründen?*

NEUGEBAUER: Na sicherlich ... Kann auch sein, aus politischen Gründen.

Wer hat Angst vor Gewerkschaftswahlen?

SCHULHEFT: *Personalvertreter werden gewählt, Gewerkschaftsfunktionäre nicht. Warum nicht?*

NEUGEBAUER: Das ist eine Behauptung, die nicht stimmt. Personalvertreter werden alle vier Jahre gewählt, Gewerkschaftsfunktionäre werden auf Grund eines Wahlmannersystems gewählt. Wir haben heuer im Mai unseren Bundessektionstag durchgeführt; die 142 Delegierten waren Gewählte ihrer Landesorganisationen.

SCHULHEFT: *Wie geht das vor sich?*

NEUGEBAUER: Die Bezirksausschüsse nominieren auf Grund eines Verhältnisschlüssels, den wir auf der Basis der PV-Wahlergebnisse festlegen, ihre Delegierten. Und diese Delegierten werden in Landessektionstagen zum Bundessektionstag gewählt, und der Bundessektionstag wählt seine Bundessektionleitung.

SCHULHEFT: *Damit sind alle Kollegen und Gewerkschaftsmitglieder, die keiner der beiden großen Fraktionen angehören, praktisch von der Wahl ausgeschlossen ...*

NEUGEBAUER: Der ÖGB ist von seiner Konstruktion her zwar eine überparteiliche Organisation, aber keine unpolitische. Sinerzeit wurde der ÖGB von drei großen Fraktionen gegründet. Auch heute tragen Fraktionen den ÖGB. D. h. aber nicht, daß Kollegen, die keiner der Fraktionen im ÖGB angehören, nicht mit gleichen Rechten vertreten werden. Aber sicherlich ist die Nominierung in eine Funktion nur im Wege der Fraktionen möglich.

SCHULHEFT: Können Sie sich andere Modi bei der Wahl der Gewerkschaftsfunktionäre vorstellen?

NEUGEBAUER: Ja, absolut! Wir verlangen, ich darf das gerade auch als Vorsitzender der Fraktion Christlicher Gewerkschafter sagen, daß im Gesamten ÖGB Gewerkschaftswahlen von der Basis bis zur Spitze durchgeführt werden. Wir glauben, daß ein solches Recht den Mitgliedern zugestanden werden muß. Leider hat der ÖGB bisher diesem Verlangen keine Rechnung getragen. Und hier muß man sagen, daß die Mehrheitsfraktion schon sehr demagogisch argumentiert, man sollte zuerst einmal da solche Wahlen durchführen, wo es die Mitglieder wollen. Wir haben bei uns im Haus eine Mehrheit der FCG, aber daß wir allein bei uns beginnen, ohne daß alle anderen mitziehen, halte ich nicht für sehr sinnvoll.

SCHULHEFT: Was befürchten Sie, wenn die Lehrgewerkschaft quasi vorschreit, indem sie demokratische Wahlen einführt?

NEUGEBAUER: Die Wahlen, die wir jetzt haben, sind nicht undemokratisch! Ich befürchte an sich überhaupt nichts. Im Gegenteil: Ich glaube, daß unsere Fraktion, die FCG, in den einzelnen Fachgewerkschaften wesentlich besser dastünde, als sie derzeit auf Grund der Umlegung von Betriebsratswahlergebnissen oder anderer Vereinbarungen repräsentiert ist.

SCHULHEFT: ... und das „befürchten“ Sie?

NEUGEBAUER: Nein, und ich meine eben, daß die sozialistische Fraktion im ÖGB diese Wahlen nicht möchte, weil sie um ihre Mehrheit im ÖGB fürchtet.

SCHULHEFT: Sie kommen also der sozialistischen Fraktion entgegen, indem Sie die Wahlen nicht durchführen? ...

NEUGEBAUER: Absolut komm' ich nicht entgegen. Warum?

SCHULHEFT: Wenn Sie anfangen würden, würden Sie die Sozialistische Fraktion unter Druck setzen.

NEUGEBAUER: Glauben's des wirklich? ! Der moralische Druck, den Sie hier ansprechen, der hat die Mehrheit im ÖGB noch nie gerührt!

Weg mit den Kurzverträgen!

SCHULHEFT: Hält sich die Lehrgewerkschaft beim Problem der Junglehreranstellung für zuständig?

NEUGEBAUER: Ja, wir haben das Problem — obwohl das ja an und für sich nicht unsere Mitglieder sind — aus grundsätzlichen beschäftigungspolitischen Gründen immer verfolgt. Wir wollen soviel Dienstposten als möglich schaffen. Es ist daher unsere Aufgabe, auf die Frage der Senkung der Schülerzahlen im Zusammenhang mit dem pädagogischen Aspekt und im

Zusammenhang mit dem Planstellenaspekt neuerlich in der Öffentlichkeit hinzuweisen.

SCHULHEFT: Wie schaut's konkret aus mit der Junglehrerarbeitslosigkeit?

NEUGEBAUER: Wir hören, daß es Schwierigkeiten geben kann in den Ländern Niederösterreich und Steiermark. Die Problematik liegt bei den Kurzverträgen und der Verlängerung dieser Verträge. Wir versuchen, dort, wo es zunächst am schwierigsten ist — im Bereich der Volksschule und bei den Arbeitslehrerinnen — zumindest einmal Verträge einzugehen. Wobei es uns darum geht — in Wien ist uns das noch nicht gelungen, wird aber demnächst, glaube ich, kommen —, daß wir nicht Zehnmonatsverträge einbringen und zwei Monate sind die Kollegen arbeitslos, sondern daß wir hier auf 12 Monate gehen. Kurz gesagt: Schwierigkeiten bei der Anstellung gibt's voraussichtlich in den Ländern Kärnten, Steiermark, Burgenland und Niederösterreich.

Mehr Bildungspolitik

SCHULHEFT: Die Gewerkschaftsarbeit im engeren Sinne ist die Verbesserung des Lebensstandards für die Kollegen. Wollen Sie sich darauf beschränken, oder gehört zur Gewerkschaftsarbeit auch Schulpolitik?

NEUGEBAUER: Ohne Zweifel gehört sie dazu! In der BRD beschäftigen sich die Kollegen, wie mir scheint, vordringlich mit bildungspolitischen Fragen. Und da bleiben natürlich die Fragen des Dienst- und Besoldungsrechts im Hintergrund. Wir haben auf diesem Sektor sehr viel mehr geleistet. Unsere Lehrverpflichtungen im Pflichtschulbereich sind die besten in Westeuropa. Besoldungsrechtlich, gebe ich gerne zu, haben wir noch einiges aufzuholen. Ich glaube aber, daß wir uns bei den Fragen der Schul- und Bildungspolitik in Zukunft stärker engagieren müssen.

SCHULHEFT: Gibt es eine offizielle Stellungnahme der Pflichtschullehrgewerkschaft zur Gesamtschulfrage?

NEUGEBAUER: Zur Zeit noch nicht!

SCHULHEFT: Wird es eine geben?

NEUGEBAUER: Das ist durchaus möglich!

SCHULHEFT: Im Sinne der Fraktion Christlicher Gewerkschafter?

NEUGEBAUER: Nein, das glaube ich nicht. Wenn es eine Stellungnahme gibt, dann gibt es sicherlich eine gemeinsame. Getrennte Stellungnahmen gibt es ja jetzt schon: Innerhalb des ÖVP-Lehrervereins bzw. innerhalb des Sozialistischen Lehrervereins. Eine gemeinsame Stellungnahme müßte daraufhin abzielen, die Konsequenzen für die Stellung des Lehrers genau zu beurteilen und zu berücksichtigen.

SCHULHEFT: *Die Gewerkschaft hat also nicht die Absicht, schon früher in die schulpolitische Diskussion einzugreifen, sondern erst, wenn das Problem vor der Entscheidung des Ministers steht . . .*

NEUGEBAUER: Man darf die politische Realität nicht verkennen. Als Vorsitzender der FCG bin ich im Schulausschuß der ÖVP tätig und bringe dort meine Überlegungen, natürlich gewerkschaftlich punziert, ein. Mein Kollege von der sozialistischen Fraktion wird seine Auffassung in seinem Verein weitertragen. Also in diesem Sinne werden gewerkschaftliche Aspekte, die wir vielleicht gemeinsam abgesprochen haben, aber nicht als eine gemeinsame Stellungnahme deklariert haben, im Vorfeld der Parteienverhandlungen eingebracht. Also ganz gewerkschaftslos werden schulpolitische Entscheidungen nicht getroffen.

SCHULHEFT: *Sie haben vorher gesagt, die Gewerkschaft der Pflichtschullehrer sollte schulpolitisch aktiver werden. Was heißt das jetzt konkret?*

NEUGEBAUER: Daß wir den Kollegen bewußt machen, daß bildungspolitische Entscheidungen gesellschaftspolitische Entscheidungen sind. Wir können an der Entscheidungsbildung mitwirken. In Zukunft werden wir öfter auch öffentlich zu diesen Fragen Stellung nehmen.

Gesamtschule

SCHULHEFT: *Wie schaut die Stellungnahme vom Herrn Neugebauer persönlich zur Gesamtschulfrage aus?*

NEUGEBAUER: Ich halte eine Bildungsvielfalt — ich hab' das auch so vor zwei Jahren am ÖGB-Kongreß gesagt — aus den Erfahrungen, wie sie sich etwa in der BRD zeigen, für absolut notwendig. Außerdem ist die österreichische Schulstruktur so gegeben, daß wir heute von einer fast achtzigprozentigen Inanspruchnahme der AHS etwa in Wien-Döbling bis zu einem fast hundertprozentigen HS-Anteil bei den Zehn- bis Vierzehnjährigen meinetwegen in einer Bezirksstadt im Waldviertel ja alles haben, wo man sagen könnte, das ist Gesamtschule und das ist Gesamtschule. Ich meine, daß der unterschiedliche Anspruch, wie er derzeit — für die HS mit dem § 2 SchOG und mit der Hochschulreife für die AHS — gegeben ist, beibehalten werden sollte. Was ich aber glaube, daß absolut notwendig ist, sind idente Lehrpläne. Wobei nicht unbedingt jeder Beistrich gleich sein muß, aber inhaltlich müssen die Lehrpläne ident sein, wenn das seinerzeit fixierte System der Brücken und Übergänge auch tatsächlich funktionieren soll. Man darf auch hier nicht immer das Wiener Beispiel einer ausgelaugten Hauptschule nehmen, wo jeder die Möglichkeit hat, zwei Gassen weiter in eine AHS zu gehen. Man muß auch sehen, daß etwa im Land Oberösterreich 60 % der Maturanten über die Hauptschule gekommen sind.

SCHULHEFT: *Inhaltlich idente Lehrpläne heißt: Kein Latein ab der 3. Klasse!?*

NEUGEBAUER: Durchaus möglich!

SCHULHEFT: *Damit widersprechen Sie Ihrem Schulsprecher Katschthaler . . .*

NEUGEBAUER: Ich hab' in manchen Fragen eine andere Auffassung.

SCHULHEFT: *Eine Stellungnahme der Gewerkschaft: Einheitliche Gesamtschule für alle 10- bis 15-jährigen würden Sie ablehnen?*

NEUGEBAUER: Ja!

SCHULHEFT: *Noch einmal zur Personalvertretung: Viele Kollegen halten die Pflichtschulregelung, daß es nur auf Bezirksebene Personalvertreter gibt und nicht an jeder Schule, für eine Einschränkung der Interessensvertretung. Wird die Gewerkschaft noch vor den nächsten PV-Wahlen im Jahre 83 aktiv werden?*

NEUGEBAUER: Die Frage ist sicher keine vordringliche. Ich darf wiederholen, daß für uns die Freistellung von Dienststellenausschußmitgliedern und die Schaffung einer unabhängigen Aufsichtskommission wichtiger ist.

(Das Gespräch führten Walter Höller und Michael Sertl.)

Wien, im April ~~1980~~¹⁹⁸⁹

Liebe Kollegin!
Lieber Kollege!

Wie schon seit Jahren führt der Verein Christlicher Lehrer auch heuer wieder seine große Mitgliederwerbaktion durch. Aber nicht nur aus politischen Gründen lohnt es sich, für unsere Gesinnungsgemeinschaft aktiv zu sein, denn per se fort gibt es zusätzlich - um Euren Eifer anzuregen - die folgenden

Werbeprämien

Für je 1 Werbung: Ein wertvolles Buch, wahlweise aus der folgenden Liste:
Harold Robbins: Die Profis
Zane Grey: Männer, die im Sattel kämpfen
Heinz G. Kosalik: Agenten kennen kein Pardon
Ernst Trost: Der Papst aus einem fremden Land

Für 3 Werbungen: 1 Kiste Göttweiger Prälatenwein. (weiß!)

Für 10 Werbungen: Eine Tagesfahrt für zwei Personen nach Preßburg.
(Nach ausführlicher Besichtigung der modernen Selbstschußanlagen und Hochspannungszäune, welche das "Paradies" der roten Diktatoren "schützen", überschreiten wir die Grenze und erreichen Bratislava, wo im besten Hotel der Stadt ein gemütliches Beisammensein mit russischem Wodka, Krimsekt und Kaviar geplant ist und wo man um wenig Geld einkaufen kann.)

Für je 150 Werbungen: 1 Direktorstelle an einer österreichischen Schule nach Wahl.

In der Hoffnung, Euch mit dieser neuen Idee zu verstärktem Bemühen motivieren zu können, zeichnet mit einem herzlichen "Grüß Gott" und dem Wunsche nach viel Spaß beim Gewinnen

der
Vorstand.

Helga Grech:

Sind die Lehrervereine überflüssig?

Die Lehrervereine erfüllen eine nur rein politische Funktion und sind dadurch ständig auf Mitglieder- und Stimmenfang aus.

Dabei sollten sie ein Forum sein, wo jedes Mitglied seine Forderungen und Anregungen darlegen kann, diese in eine bestimmte Form gebracht werden und an die zuständigen politischen Gremien weitergeleitet werden können.

Leider sind die Lehrervereine weit davon entfernt. Meistens erschöpft man sich bei Zusammenkünften in Selbstbeweihräucherung oder Besprechung künftiger Besetzung verschiedener Posten oder sonstiger verwaltungstechnischer Dinge.

Es kommt auch vor, daß man sich doch einmal zu einer vernünftigen Stellungnahme zu einem bestimmten Problem findet, diese an den politischen Vertreter weiterleitet und jener zwei Tage später im Parlament oder sonst in der Öffentlichkeit das genaue Gegenteil der erarbeiteten Stellungnahme aussagt.

Wozu Gewerkschaft?

In der Schule wurde mir nahegelegt, der Gewerkschaft beizutreten, da es mir zum Nachteil gereichen könnte, nicht Mitglied dieser Organisation zu sein.

Bis jetzt konnte ich noch nicht erkennen, daß es wichtig wäre, bei der Gewerkschaft zu sein, da sich meine Verbindung zu dieser Organisation lediglich im Erhalt der Zeitschrift „Der öffentlich Bedienstete“ und „Der Pflichtschullehrer“ erschöpft (und in der Bezahlung des Mitgliedsbeitrages).

Ich möchte aber nicht unbedingt ausschließen, daß die Gewerkschaft eine Hilfe bei dienstrechtlichen Problemen sein kann.

Weisungsgebundene Personalvertretung

Die Personalvertretung müßte wesentlich „transparenter“ sein. Sie kann es derzeit nicht sein, weil sie zu stark weisungsgebunden von oben her ist und zusätzlich einem mir völlig unverständlichen Dienstgeheimnis unterliegt. Ausschusssitzungen finden immer hinter verschlossenen Türen statt, und die Lehrerschaft wird kaum über deren Ergebnis informiert.

Dazu kommt die groteske Situation, daß es nicht an jeder Schule einen Vertreter der Lehrerschaft gibt (wie z. B. an den AHS) und daher viele Lehrer ihren Personalvertreter weder persönlich noch namentlich kennen.

Die mangelnde Zusammenarbeit zwischen Personal und Personalvertretung liegt aber besonders an dem ungeheuren Desinteresse der Kollegenschaft. Würden die Personalvertreter mehr gefordert werden, würde sich sehr bald an der mangelnden „Transparenz“ etwas ändern. Die Kollegen sehen nur, was ihnen abgeht und was sie stört, und nicht, daß sehr viel in ihrer Hand liegt, es zu ändern. Das könnte damit beginnen, einen Kandidaten in die Personalvertretung zu wählen, der nicht den erstarrten, überheblichen Fraktionen angehört.

Wörtliche Aussagen dreier Lehrer

„Ich wollte nach Abschluß der Ausbildung (1966) „unabhängig“ starten. Ein Amtsrat im Wiener Stadtschulrat (ÖVP-Seite) machte mir klar, daß ich mit dem Beitritt zu einem Lehrerverein rascher zu einer Anstellung kommen würde ...

„Da mein Vater langjähriges Mitglied des Freiheitlichen Lehrerverbandes ist, legte er mir nahe, diesem Verein beizutreten.“

„Kurz nachdem ich in Niederösterreich meine Ausbildung abgeschlossen hatte (1965), erhielt ich von den beiden großen Lehrervereinen mehr oder weniger gleichlautende Schreiben: ... könne ich mit einer positiven Erledigung in Sachen Anstellung viel eher rechnen, wenn ...

Ich empfand diese Formulierung als eine feine Art der Erpressung und verzichtete auf einen Beitritt. Ob meine jährlichen Versetzungen (davon eine auf eigenen Wunsch) damit in Zusammenhang gebracht werden können, weiß ich nicht.

Bisher hat mich keiner der beiden Vereine von der Notwendigkeit eines Beitritts überzeugen können. Ich habe sowieso den Eindruck, daß solche Organisationen eher dazu da sind, der Obrigkeit als Sprachrohr zu dienen, und nicht, um der ‚Basis‘ zu helfen.“

Walter Höller

Sperrt die Pädaks zu!

Ein Pamphlet gegen die Bürokratisierung der pädagogischen Ansichten

Viele junge AHS-Lehrer und viele Lehramtskandidaten haben eine ziemlich gute Meinung von den Pädagogischen Akademien. Sie wollen ähnlich ausgebildet werden wie die Pflichtschullehrer: nicht nur fachlich, sondern auch pädagogisch. Sie wollen nicht unvorbereitet in den Beruf hineingestoßen werden.

Sie möchten mehr Psychologie, Didaktik und Methodik in ihrer Ausbildung, und natürlich mehr Praxis. Dann würden sie sich leichter tun im Beruf, glauben sie, und sie würden bessere und kompetentere Lehrer sein. Sie wollen gesagt bekommen, wie man es macht in der Klasse. Sie haben ein Bedürfnis nach Autorität und Hilfe. Sie wollen nicht auf sich selbst gestellt sein.

Ich habe keine so hohe Meinung von der pädagogischen Ausbildung. Ich halte die Pädaks für unnützlich. Ich schlage vor, sie wieder abzuschaffen, denn es stimmt nicht, daß wir durch sie bessere Lehrer bekommen.

Die pädagogische Ausbildung, nach der sich die Lehramtskandidaten so sehr zu sehnen scheinen, beruht auf dem Glauben, daß Experten besser wüßten als sonstige erwachsene Leute, was Kindern gut tut und wie man ihnen etwas beibringt; und daß es eine Institution geben müsse, die dieses Wissen verwaltet und verbreitet.

Ich halte diesen Glauben für einen Irrtum. Viele Absolventen von Pädaks, die jetzt Lehrer sind, wahrscheinlich auch. Viele sagen: was ich auf der Pädak gehört habe, nützt mir nichts, ich kann es nicht verwenden.

Kaum einen Lehrer erfüllt die genossene Ausbildung mit Selbstbewußtsein. Stolz ist er höchstens auf sein pädagogisches Naturtalent. Viele Lehrer sprechen von dem, was sie während des Studiums gelernt haben, recht distanziert und oft mit Spott. Sie versuchen in der Klasse, so gut es eben geht, zurecht zu kommen, ohne Hilfe der Pädakweisheit, die sie in der Praxis verleugnen.

Wahrscheinlich tun sie gut daran. Sie sind flexibel genug, sich von guten und schlechten Erfahrungen leiten zu lassen,

anstatt sich viel um die Meinung der Wissenschaft zu scheren. Sie haben kein Vertrauen in eine Pädagogik höherer Ordnung, die sich als gültiger Maßstab setzt und befolgt werden will. Sie merken, daß die wissenschaftlichen Ansichten papieren sind und einander widersprechen und daß alle paar Jahre eine andere Richtung im Schwang ist. Natürlich gibt sich jede neue Welle als der Weisheit letzter Schluß aus.

Gut, daß die Studenten skeptisch sind. Denn all die wechselnden pädagogischen Strömungen können nicht halten, was sie versprechen: Hilfe im Schulalltag zu sein. Sie helfen nämlich wenig. Sind die Lehrer daran schuld? Warum lassen sie sich nicht begeistern (auf gut pädagogisch: motivieren)? Sind sie zu stur, dumm und faul, die Fortschrittlichkeit der wissenschaftlichen Meinungen geistig zu erfassen und zu akzeptieren?

Sie spüren wohl eher, daß die Überlegenheit der Expertenpädagogik eine Fiktion ist. Eine Fiktion, die entmündigend wirkt: sie erzeugt das Bedürfnis, sich zuerst vom Fachmann sagen zu lassen, wie man mit Kindern zu reden hat, bevor man in eine Klasse geht.

Man kann die Pädaks zusperrern, ohne daß sie jemand abgehen. Die Lehrer wären ohne Pädaks um kein bißchen schlechter. Im Gegenteil: Das Absitzen von Vorlesungen und Seminaren (durch Anwesenheitspflicht erzwungen) ist kein geeignetes Auslesekriterium für gute Lehrer.

Ich schlage eine andere Anstellungsbedingung vor: Niemand sollte Lehrer werden dürfen, der nicht zuvor einen anderen Beruf erlernt und in diesem Beruf mehrere Jahre gearbeitet hat. Daß dann an einer Hauptschule vielleicht eine ehemalige Verkäuferin, ein gelernter Schlosser, ein Journalist oder eine Krankenschwester mitsammen unterrichten würden, wäre für das Schulklima sicher günstig. Was die Lehrer aus ihren diversen Berufen an Können und an Kenntnissen mitbrächten, käme den Schülern zugute. Es sollte keine Lehrer mehr geben, die von ihrem 6. Lebensjahr an nichts anderes gesehen haben als Schule, Schule und wieder Schule. Es müßte auch nicht jeder Lehrer gleichviel Stunden unterrichten oder mit der Aussicht in den „Schuldienst“ gehen, daß er dann bis zur Pension dort bleibt.

Wie sollen die Lehrer für ihre verantwortungsvolle pädagogische Tätigkeit ausgebildet werden? Wie sollen sie mit den Kindern umgehen lernen, wenn es keine Ausbildungsstätte mehr gibt, die die Lizenz zum Unterrichten ausstellt? — In der Praxis, an Ort und Stelle. Wenn es einer kann und wenn es ihm Spaß macht, ist es gut. Wenn nicht, ist es auch gut.

Er hat ja einen Beruf.

schüler

Joschi Kneihs

Die Nase voll

Was wollen wir Schüler?

„Schülervertreter ist ein Widerspruch in sich. Denn ein Klassensprecher ist ja trotzdem nur ein Schüler, und als Schüler angreifbar. Das ist so immer ein Kampf mit sich selbst: Tu ich da noch was und riskiere, daß mich die Lehrer ins Gesicht treten, oder laß' ich den Klassensprecher liegen? !“

Thomas war Klassensprecher und Schülerzeitungsredakteur, und als solcher hat er sich kein Blatt vor den Mund genommen. Mit seiner Klasse hat er Aktionen auf die Beine gestellt wie eine Klassenzeitung, Feste, gemeinsames Lernen und gemeinsames Ausmalen der Klasse. Und langsam aber sicher ist er und seine ganze Klasse auf die Abschußliste gekommen: „Terror.“ Thomas hat sich entschieden, die Schule zu verlassen, er geht jetzt in eine Maturaschule.

Was sich im letzten Jahr in seiner Klasse abgespielt hat, spottet jeder Beschreibung. Gewalttätigkeiten, Ungesetzlichkeiten, Gemeinheiten waren an der Tagesordnung, in Szene gesetzt von einer Kombination der gefürchtetsten Professoren der Schule. Auch eher Lächerliches spielte sich da ab. Da war zum Beispiel ein Mathematiklehrer, der sich einen Spaß daraus machte, seinen Schülern Mistkübel aufzusetzen oder sie mit Wasser anzuspitzen.

Oder der Klassenvorstand, der den Eltern „mißliebiger“ Schüler regelmäßig nahelegte, die Schule zu wechseln. Die Klassenkollegen „war'n schon so eingeschüchtert, daß sie sich nie trauen würden, einen Lehrer anzuzeigen oder sonstwas.“

Da war z. B. eine Lateinschularbeit, bei der die Schüler im vorhinein die zu übersetzende Stelle gefunden hatten. Der Lateinlehrer drängte auf Wiederholung, und bei der geheimen (!) Abstimmung war nur mit einer einzigen Stimme Mehrheit dafür zu erreichen, daß die Schularbeit nicht „freiwillig“ wiederholt werden mußte.

Thomas war einer von denen, die sich Gedanken gemacht haben, was an dieser Schule schlecht ist und was man daran

Idealbild näher zu kommen — wenigstens für sich, für seine Klasse und in der Beziehung zu seinen Lehrern. Und Thomas hat den Kürzeren gezogen, genauso wie viele andere, die von Schulen gehen oder gegangen werden, die Schülerzeitungen machen, die verboten werden, die anders mundtot gemacht werden oder von selbst aufgeben.

Wir überzuckern sehr schnell, daß es besser ist, sich nicht zu viel Gedanken zu machen. Da bedarf es keiner Lehrerstatements wie: „Überlaß das Denken den Pferden, die haben den größeren Kopf“ oder: „Wenn du anfängst zu denken, ist es mit dir eh schon vorbei.“

Die, die sich über eine ideale Schule Gedanken machen, sind, glaube ich, wenige, und die, die sich für sowas einsetzen, sowieso. Was aber nicht heißen soll, daß die meisten Schüler die Schule gut finden. Sie ist nur einfach zu kompliziert, zu schwer durchschaubar, und eingeladen, Aktivitäten zu entfalten, wird man ja auch gerade nicht.

Die Schule ist vor allem auch zu viel. Zu viel Aufgaben, zu viel Lernen, zu viele Stunden, zu viele blöde Lehrer ('tschuldigung) und zu viel Disziplin — im schlimmen, „negativen“ Sinn des Wortes.

Das Flüchten liegt sehr nahe. Das „Ich mach' mir's so einfach wie möglich“, „ich fang keinen Krieg an“, „ich schau', daß ich's hinter mich bring und vergeß' es.“ Oder das Abregieren, indem man Toiletten demoliert.

Die Idealschule, sagt Thomas, ist eine Schule, wo niemand durchfällt. „Denn eine Schule, wo jemand durchfällt, erzeugt automatisch einen Leistungsdruck.“ Er muß es wissen. Denn in seiner Klasse fielen allein im letzten Jahr sechs Leute durch.

Und dann: „In der Idealschule lernt man Sachen, die nützlich sind, die man später brauchen kann. Ideen und Kreativität wird man immer verwenden können, aber 100 unregelmäßige lateinische Verben . . .?“

Es gibt ganze Stäbe von Fachleuten im Unterrichtsministerium, die haben aber offenbar den ganzen Tag nichts anderes zu tun, als Büroklammern zu verbiegen. Die sollten sich mal den Kopf zerbrechen, was man in der Schule wirklich verbessern könnte. Meiner Meinung nach gibt es eine Reihe von kleinen Dingen, die da schon sehr viel tun würden: Kleine Klassen, oder daß man seine Lehrer bis zur Matura behält, oder daß man überhaupt einmal gesagt bekommt, wie man das Lernen am besten angeht. Aber wichtig ist vor allem, daß solche Reformen heute gemacht werden oder morgen. Weil den Schülern, die heute in die Schule gehen, ist wenig damit geholfen, wenn man sagt: „Wir überlegen, und in ein paar Jahr'n kommts dann vielleicht dazu.“

Ich bin genauso wie Thomas, einer von denen, die Reformen nicht mehr als Schüler erleben werden, das sehe ich realistisch. Und ich bin einer von denen, die es für sich nicht geschafft haben, eine Lösung zu finden, was das Sich-Engagieren in der Schule betrifft.

Ich habe derzeit die Nase ziemlich voll vom Schulgemeinschaftsausschuß, in dem ich letztes Jahr drin war, der zweimal im Jahr zusammengetreten ist, um Belangloses totzureden; von meinen Lehrern, die nichts von dem verstehen, was mir wichtig ist; und von meinen Kollegen, die nicht sehen, daß das die Jahre sind, „wo wir jung sind“, „wo wir werden sollten“, die sie da in der Schule nur hinter sich bringen, Semester für Semester, Tag für Tag. Klingt etwas dick aufgetragen, ist aber so.



„Der Widerspruch in sich“

Schülervertretung

„Die Schüler einer Schule haben das Recht der Schülermitverwaltung in Form der Vertretung ihrer Interessen und der Mitgestaltung des Schullebens. Die Schüler haben sich bei dieser Tätigkeit von der Aufgabe der österreichischen Schule (§ 2 des Schulorganisationsgesetzes) leiten lassen.

Im Rahmen der Interessenvertretung gegenüber den Lehrern, dem Schulleiter und den Schulbehörden stehen den Schülern folgende Rechte zu:

a) Mitwirkungsrechte:

- das Recht auf Anhörung,
- das Recht auf Information,
- das Recht auf Abgabe von Vorschlägen und Stellungnahmen,
- das Recht auf Teilnahme an einzelnen Punkten von Lehrerkonferenzen (. . .),
- das Recht auf Mitsprache bei der Gestaltung des Unterrichts im Rahmen des Lehrplans,
- das Recht auf Beteiligung an der Wahl der Unterrichtsmittel;

b) Mitbestimmungsrechte:

- das Recht auf Mitentscheidung bei der Erstellung der Hausordnung,
- das Recht auf Mitentscheidung bei der Anwendung von Erziehungsmitteln gemäß § 47 Abs. 2
- das Recht auf Mitentscheidung bei der Antragstellung auf Ausschluß eines Schülers.

Die Festsetzung des Umfanges der Mitwirkungsrechte und der Mitbestimmungsrechte der Schüler obliegt dem Schulgemeinschaftsausschuß.“

Schulunterrichtsgesetz, § 58
Absätze 1 und 2

Die lokale, regionale und überregionale Schülervertretung ist — den Eindruck gewinnt, wer sich länger damit auseinandersetzt — weniger ein wirkungsvolles Instrument zur Durchsetzung eigener Interessen als ein Apparat, wo sich Engagement totläuft — so schön die vorhin zitierte Gesetzesstelle auch klingt.

Aber fangen wir von vorne an. Schülervertretung beginnt beim

Klassensprecher,

und hier liegt auch der erste Haken. Klassensprecher muß es geben in Polytechnischen Lehrgängen, Berufsschulen, mittleren Schulen und ab der neunten Schulstufe in der AHS, aber nicht in den Hauptschulen und in der AHS-Unterstufe, außer bei einem gut-gewillten Direktor. Die Kleinen haben's vielleicht nicht notwendig, Interessen zu vertreten. Und schon bei den Wahlen zum Klassensprecher fangen Lehrer an, Einfluß zu nehmen, manchmal mit Hilfe von merkwürdigen Wahlbestimmungen.

Die Klassensprecher (bzw. in berufsbildenden Schulen die Abteilungssprecher) wählen den

Schulsprecher

und dessen Stellvertreter. Und hier mischen einzelne Direktoren, Elternvereine und Jugendorganisationen schon recht kräftig mit.

Der Schulsprecher und zwei weitere von den Klassensprechern gewählte Klassensprecher vertreten die Schüler im

Schulgemeinschaftsausschuß (SGA)

Dem SGA gehören drei Schüler, drei Lehrer- und drei Elternvertreter an, den Vorsitz führt der Direktor, der aber, zumindest auf dem Papier, nur beratende Funktion hat.

§ 64, Abs. 7: „Dem Schulgemeinschaftsausschuß obliegen

- a) die Beratung insbesondere über
 - aa) wichtige Fragen des Unterrichtes,
 - bb) wichtige Fragen der Erziehung,
 - cc) Fragen der Planung von Schulveranstaltungen (insbesondere von Wandertagen, Schullandwochen und Schulschikursen),
 - dd) die Durchführung von Elternsprechtagen,
 - ee) die Durchführung von Sammlungen, (. . .) sowie
 - ii) Vorhaben, die der Mitgestaltung des Schullebens dienen.“

(Schulunterrichtsgesetz)

Die nächsthöhere Ebene der Schülervertretung ist der *Landesschülerbeirat* bzw. *dann der Bundesschülerbeirat*. Durch das neue Schülervertretungsgesetz vom Jänner dieses Jahres ist das so geregelt:

Das Schülervertretungsgesetz

- Die *Schulsprecher* eines jeden Bundeslandes wählen im Juni eines jeden Jahres die 12–30 Mitglieder des *Landesschülerbeirates*. Die Beiratsmitglieder, die dabei die jeweils höchste

Wahlpunktzahl erreichen, sind die *Landesschulsprecher* für die drei Schularbereiche AHS, BMS und BHS sowie Berufsschulen.

- Der *Bundesschülerbeirat* setzt sich aus den 27 Landesschulsprechern sowie 3 Beiratsmitgliedern aus dem Bereich der Zentrallehranstalten zusammen. Der so gebildete Bundesschülerbeirat wählt aus seiner Mitte den *Bundeschulsprecher*.
- *Aufgaben* der Schülerbeiräte sind u. a.:
 - Beratung in grundsätzlichen Fragen der Erziehung und des Unterrichtes
 - Erstattung von Vorschlägen und Abgabe von Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen
 - Herausgabe von Rundschreiben und Informationsblättern in schulischen Angelegenheiten
 - Planung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für Schülervertreter
 - Vorbringen von Anliegen und Beschwerden
- Die Schülerbeiräte sind berechtigt, die notwendigen Kontakte mit den Schülern an den einzelnen Schulen zu pflegen – allerdings nur in der unterrichtsfreien Zeit.
- Auf Eingaben, Vorschläge, Anregungen und Beschwerden ist den Schülerbeiräten von den jeweils zuständigen Schulbehörden *innerhalb von vier Wochen* zu antworten.
- Die Beiräte können interne *Sitzungen* und gemeinsame Sitzungen mit Vertretern der Schulbehörden abhalten. Die Zahl der internen Sitzungen ist mit höchstens vier je Schuljahr begrenzt.
- Die Vertreter von *Jugendorganisationen* sind nicht mehr mit Sitz und Stimme im Bundesschülerbeirat vertreten. Dafür können Sachverständige und Beobachter eingeladen werden.

aus SZA 2/81

Das neue Schülervertretungsgesetz (SVG) ist für alle Schülervertreter, die in den letzten Jahren Vorschläge für dieses Gesetz gemacht haben, eine Enttäuschung, ihre Vorstellungen wurden größtenteils nicht berücksichtigt. Schülervertreter haben weiterhin nur beratende Funktion, und die Gefahr ist groß, daß ihre Vorschläge weiterhin in amtlichen Schubläden verschwinden. Eines hat sich allerdings geändert: Auf Eingaben der Beiräte werden die zuständigen Stellen künftig innerhalb von vier Wochen antworten müssen.

Zu einem angekündigten Streik von Schülern und Schülervertretern ist es jedenfalls nicht gekommen, als das Gesetz verabschiedet wurde.

Politische Intrigen

Eine skeptische Anmerkung zum Schluß: Wie soll denn, wie kann denn eine Schülervertretung funktionieren, wenn schon in den Schulen die Schülervertreter nicht ernstgenommen werden, wenn die meisten Schüler nicht wissen, daß es überhaupt einen Landesschulsprecher gibt, wenn die Schülervertreter, die dann hinaufgewählt werden, eingebunden werden oder sich selbst einbinden in ein System unglaublicher Bürokratie, das alle spontanen Aktivitäten in Bergen von Papier, Erlaubnissen und Monatsfristen erstickt. Wo viele Schulsprecher ihre Kandidaten bei dem Landesschülerbeirat nicht einmal zu Gesicht bekommen, weil sie aus Kostengründen per Brief wählen müssen. Und wo es bei Wahlen auf höherer Ebene weniger um Ideen und persönlichen Einsatz geht als um Parteipolitik. Besonders deutlich geworden ist das bei den Wahlen zum Wiener Landeschulsprecher der AHS 1978: Damals empfahlen SPÖ-nahe Direktoren den SJ-Kandidaten Andreas Schedle und ÖVP-Direktoren sowie der Landesverband Katholischer Elternvereine Norbert Huber vom MKV (Mittelschüler-Kartellverband). Und der Gipfel des Irrsinns wurde bei der Wahl erreicht. Auf die Frage, ob er beim MKV oder bei der UHS (Union Höherer Schüler) sei, antwortete Huber mit „Nein“ und wurde mit knappem Vorsprung vor Klaus Baringer, dem einzigen wirklich unabhängigen Kandidaten, gewählt. Nach der Wahl gab er zu, daß er gelogen hatte.

Was sich da rund um diese Wahl an Intrigen abgespielt hat, ist für demokratiegläubige Menschen unfaßbar. Diese Angelegenheit zeigt auf jeden Fall recht gut, was die Schülervertretung auch heute nicht sein sollte.

Statements

Ein paar Zitate aus der ORF-Sendung SZ-Extra, aufgenommen anlässlich der Tagung des Bundesschülerbeirates im April 1981:

„Wir könnten eigentlich den ganzen Bundesschülerbeirat nennen: ‚Don Quichotte und die Windmühlen oder der Bundesschülerbeirat und des Bundesministerium‘“

Christian Dreyer, AHS Salzburg

„Es ist gigantisch, wie lange Leute reden können, ohne irgend etwas zu sagen.“

Sabine Knittel, AHS Niederösterreich

„Ich glaube, man kann prinzipiell nicht dem BSB hier die Schuld geben, sondern erstens muß man einmal ganz deutlich sagen, daß der BSB schlecht organisiert wird und das Zweite ist,

daß der BSB derzeit sehr frustriert ist.

Er hat sich noch nicht an das Jahrhundertdenken der Beamten und Politiker gewöhnt und schwebt noch in Illusionen, daß irgendwelche Anträge so in ein paar Jahren erledigt werden.

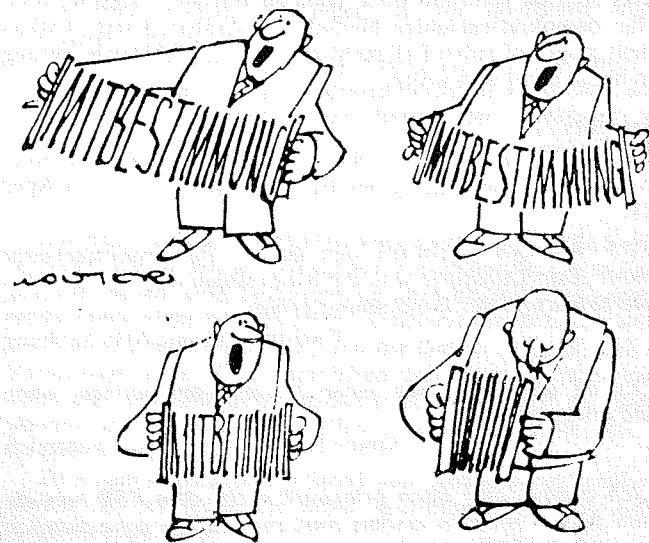
Nachdem unser Herr Bundesschulsprecher dann wieder einmal nicht fähig war, da irgend eine Ordnung hineinzubringen, habe ich mich mit der Bemerkung „Dieser Affenzirkus kann mich gern haben, ich gehe in den Zoo“ verabschiedet und bin dann tatsächlich in den Zoo gegangen.“

Peter Oswald, AHS OÖ., Stv. Bundesschulsprecher

„Es ist schade, daß mir mein eigener Stellvertreter chaotische Organisation vorwirft, zumal er ja nie bereit war, etwas bei der Organisation beizutragen. Es ist eine Frechheit gegenüber dem ganzen Bundesschülerbeirat, demonstrativ in den Zoo zu gehen, weil die Organisation nicht so war, daß man da nach Schönbrunn fahren und dann den ganzen Tag vor dem Affenkäfig stehen muß.“

Rückblickend muß man allerdings sagen, daß sehr viele Sachen vom Ministerium — ich weiß nicht, ob sie's absichtlich nicht berücksichtigt haben oder ob irgendwo die Anträge verlorengegangen sind, in einer Schublade — mangelhaft begründet worden sind oder sich überhaupt keine Lösung ergeben hat.

Thomas Stelzl, BHS Stmk., Bundesschulsprecher



Sonja Selber

Der Rettungsversuch

Gegen Ende des vorigen Schuljahres, Juni 1980, sollten wir die Tatsache akzeptieren, daß unsere — von uns sehr geschätzte — Psychologielehrerin im nächsten Schuljahr nicht mehr unterrichten dürfe. Sie, als ungeprüfte Lehrkraft, müsse einer geprüften Kollegin den Vortritt lassen.

Da wir, damals eine Klasse von 34 17jährigen Schülerinnen, jedoch der Meinung waren, daß keine Nachfolgerin „unserer“ Frau Prof. Mitschka auch nur annähernd wird das Wasser reichen können — was sowohl ihre Unterrichtsmethoden betraf als auch das Verständnis, das sie uns entgegenbrachte —, beschlossen wir, uns nicht ganz kampflös zu unterwerfen. Sofort waren wir bereit, Resolutionen des Lehrkörpers und der Direktion zu unterstützen, und verfaßten selber welche.

Doch alle getroffenen Maßnahmen erwiesen sich letzten Endes als erfolglos. 2 Tage vor Schulschluß sahen wir ein, daß wir die Sache energischer anpacken mußten. Wir fanden es am besten, persönlich bei den entscheidenden Stellen vorzusprechen. So marschierten wir zu acht — als Abgesandte dreier Klassen — los. Unser erstes Ziel war die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten, Bundessektion für Lehrer an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen, in der Marc-Aurel-Straße. Es war uns nämlich zu Ohren gekommen, daß die bisher unternommenen „Rettungsversuche“ am Widerstand der Gewerkschaft scheiterten, die sich — verständlicherweise — für geprüfte Lehrer einsetzen mußte. Mit unserem Auftreten sorgten wir für allgemeine Verwirrung. Man wollte uns durchaus nicht glauben, daß wir keine Lehrerinnen, sondern Schülerinnen sind. Unsere Aktion schien also nicht die alltäglichsche zu sein. Herr Seichter, der zuständige Gewerkschaftsfunktionär, vertrat uns gegenüber zwar seinen Standpunkt, daß er immer dafür war, geprüfte Lehrer den ungeprüften vorzuziehen, erklärte uns aber auch, daß er in unserem speziellen Fall gern bereit sei, eine Ausnahme gelten zu lassen. Er führte zu diesem Zweck einige Telefongespräche, bei denen er seinen Gesprächspartnern immer wieder versicherte: „... du kennst ja meine Meinung, aber wär' es nicht möglich, daß...“ Wir schöpften Hoffnung. Er riet uns, am nächsten Tag wieder zu kommen, da man da

schon mehr wissen werde. Außerdem unterbreitete er uns noch den Vorschlag, doch den Herrn Stadtschulratspräsidenten aufzusuchen.

In Windeseile begaben wir uns zur Bellaria. Bis zum Zimmer des Präsidenten gelangten wir ohne nennenswerte Schwierigkeiten. (Die haben wir alle ausgeschaltet.) Auch dort wurde uns zwar kein eigentliches Hindernis in den Weg gelegt, aber was wir sahen, reichte, um unsere Vorsprache zu verzögern: Wir achteten einer mit Außenpolstern versehenen Tür gegenüber und beratschlagten, wie wir wohl am wirkungsvollsten anklopfen sollten, um uns bemerkbar zu machen. Nachdem unsere Schlagkraft erschöpft war, beschlossen wir — gezwungenermaßen — auf das höfliche Anklopfen zu verzichten, und traten ein.

Eine Sekretärin empfing uns mit der Mitteilung, der Herr Präsident sei im Parlament bei einer Sitzung. Sie wies uns einen vollen Terminkalender vor und meinte, frühestens nächste Woche könnten wir eine Audienz haben. Das sei zwar bedauerlich — da die Sache sehr dringend und in 2 Tagen Schulschluß war —, aber da ließe sich leider nichts machen.

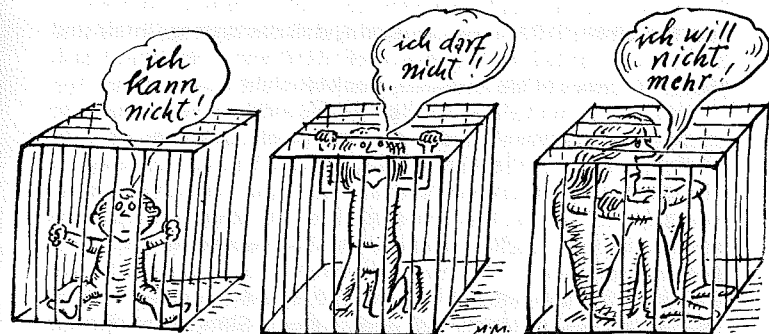
Die Unschlüssigkeit, die wir beim Verlassen des Stadtschulrates empfanden, war beim Anblick des Parlamentes schon wieder vorbei. Warum gehen wir eigentlich nicht hinein und versuchen, den Herrn Präsidenten zu sprechen? Wer diese Idee hatte, ließ sich später nicht mehr eruieren. Fest stand, daß sofort alle dafür waren.

Der passende Eingang war bald gefunden. Die Frage, ob wir zum Mittagessen kämen, verneinten wir und brachten unsere Wünsche vor. Nachdem dort die ersten Momente der Verwirrung und des Erstaunens vorüber waren, liefen einige Herren geschäftig hin und her. Sätze wie: „Die Damen mögen, bitte, im Besucherzimmer Platz nehmen!“ und „Wir werden versuchen, den Herrn Präsidenten ans Telefon zu bekommen“, schwirrten in der Luft herum. Knap 2 Minuten später war der Herr Präsident bereits am Telefon. Wir erklärten ihm die Sachlage und er bat uns, ihm das alles aufzuschreiben und in sein Büro hinüberzutragen, da er jetzt nicht aus der Sitzung fort könne.

Seine Sekretärin sah uns ziemlich verdutzt an, als wir erstens schon wieder da waren und zweitens erzählten, woher wir gerade kommen.

Um wirklich alle Möglichkeiten auszuschöpfen, fuhren wir auch noch in die Personalabteilung des Stadtschulrates in die Hütteldorfer Straße. Auch dort war man uns in der Person des Herrn Prof. Petrik, dem wir unseren ereignisreichen Tag geschildert haben, eher wohl gesinnt. Auch er versprach uns: „... man wird sich bemühen, eine Entscheidung in Ihrem Interesse zu fällen.“

Welche Maschinerie jetzt in Gang gesetzt wurde und welche entscheidenden Gespräche nun stattgefunden haben, haben wir eigentlich nie erfahren. Wir wissen nur, daß der Gewerkschaftsvertreter, Herr Seichter, am nächsten Morgen, als wir wieder bei ihm vorsprachen, gerade von einer Sitzung im Stadtschulrat kam und uns mit den Worten empfing: „Ja, was wollen Sie denn noch da? Es ist ja alles in Ordnung. Ihre Psychologielehrerin bleibt für nächstes Jahr.“



Ein 15jähriger Schüler

„Ich hasse es, alles“

Ende vorletzten Jahres ohrfeigte mein Latein-Lehrer zwei Leute aus meiner Klasse. Beide waren schlechte Schüler und trauten sich, zwei Wochen vor der Notenkonferenz, nicht, irgend etwas gegen den Professor zu unternehmen.

Ich und ein paar andere haben uns dann doch darüber aufgeregt, und die Schülerzeitung unserer Schule hat darüber geschrieben. Doch statt sich bei den Geschlagenen zu entschuldigen, rechtfertigte sich mein Lehrer, indem er irgendeine Bibelstelle zitierte: „Wer sein Kind liebt, der schlägt es.“

Ohrfeigen sind in meiner Schule überhaupt in. Ich kann, ohne Zögern, sechs Lehrer aufzählen, die Schüler geohrfeigt, getreten, geboxt, an den Haaren gerissen oder sonstwas haben. Vor ein paar Jahren hat es einen Wirbel gegeben, weil ein Zeichenlehrer einen Schüler in einer sechsten Klasse übel zugerichtet hat. Das war auch das einzige Mal, wo es Konsequenzen gegeben hat (der Lehrer ist versetzt worden). Und

das auch nur deshalb, weil es schon das dritte oder vierte Mal war, daß sich dieser Lehrer so etwas zuschulden kommen hat lassen. Meistens erfährt niemand von solchen Vorfällen.

Ohrfeigen oder andere Mißhandlungen sind dabei gar nicht das wirklich Schlimme. Schlimm sind all die Kleinigkeiten, die täglichen Ungerechtigkeiten, die man immer wieder zu spüren bekommt, genauso wie die eigene Machtlosigkeit, etwas dagegen zu tun.

Mein Geschichtelehrer liebt es, mit dem Läuten die Klasse zu betreten. Alle, die nach ihm kommen, läßt er ein Stundenprotokoll schreiben. Alle Hinweise darauf, daß das erstens unfair und zweitens verboten ist, ignoriert er. Und vor allem traut sich niemand, dieses blöde Stundenprotokoll nicht zu machen.

Das macht mich vor allem fertig: daß sich meine Kollegen so irrsinnig viel gefallen lassen; das Schleimen, das Kriechen. Da war z. B. eine Englischschularbeit, wo ein Fünfer zu wenig für eine Nachschularbeit war, und das war ganz offensichtlich ein manipulierter Vierer. Im ersten Moment der Empörung wollten wir was dagegen machen, und ich als Klassensprecher habe mich darüber beschwert. Die Englischlehrerin hat's aber ganz gut geschafft, uns dermaßen einzuschüchtern, daß wir gesagt haben: „Na lassen wir's. Es hat ja doch keinen Sinn, sich mit ihr anzulegen.“

Manchmal glaub' ich, ich spinn. Manchmal sag ich mir, das kann's nicht geben. Das darf ja nicht wahr sein, was da alles passiert. Wenn ich das irgend jemand erzählen will, meinen Eltern zum Beispiel oder anderen Erwachsenen, die die Schule schon etwas länger hinter sich haben, werde ich unsicher, weil es mir alles selbst so übertrieben vorkommt, so unglaublich. Oft ernte ich nur ein skeptisches Grinsen oder Bemerkungen, die das ganze relativieren und abschwächen sollen. Ich soll das nicht so schwarz sehen und auch mehr an die positiven Seiten denken, die das ganze hat.

Das ist das Schlimme daran: daß es so unbeschreibbar ist. Die Verzweiflung ist unbeschreibbar, die einen in Stunden überkommt, wo die Sekunden zu Minuten werden. Wie mich das ankotzt, das stupide Vollmalen von Kästchen auf kariertem Papier, das Zählen, wie viele Tage es noch bis zu den Semesterferien sind und wie viele bis Weihnachten, dieses sinnlose Zeittotschlagen, das trotzdem die einzige Möglichkeit ist, wenigstens irgend etwas zu tun.

Ich hasse es, alles. Den monotonen Vortrag meines Geschichtelehrers, dem man aber zuhören muß, um sich „Notizen“ machen zu können, nach denen man später lernen muß, für Prüfungen, Tests, „Wiederholungen“. Ich hasse komplizierte und unverständliche Berechnungen, ich hasse Latein und die geschleckte Familie in meinem Französischbuch. Wozu stopf'

ich mir den Kopf voll mit dem ganzen Blödsinn, von dem ich den größten Teil nie mehr brauchen werde? Es gibt wesentlich Wichtigeres, oder?

An manchen Tagen in der Schule, wenn du dazu gezwungen wirst, Bananenschalen aufzuheben oder wenn du angeschrien wirst wegen Lächerlichkeiten oder mit hämischen Bemerkungen bearbeitet, oder wenn du nur einfach dasitzen mußt und dir den Unsinn anhören mußt, der dich nicht, aber schon gar nicht interessiert, ist es, wie wenn irgend etwas in dir zerbrochen würde, wie wenn da etwas erstickt würde oder verlorengeht. An solchen Tagen gehst du wie betäubt von der Schule nach Hause und am Nachmittag brauchst du Stunden, bis du dich wieder auf irgend etwas konzentrieren kannst. Und vor allem kostet es dich eine ganz schöne Überwindung, Aufgaben oder sonstwas für die Schule zu machen. Die Schule nimmt dir deinen Vormittag weg und zwei Stunden am Nachmittag, und indirekt auch noch mehr: Du hast auf der einen Seite ein schlechtes Gewissen, weil du deine Aufgaben nicht machst und hältst es auf der anderen Seite nicht aus, an die Schule auch nur denken zu müssen.

Die Wut, die sich manchmal in dir aufstaut, ist unbeschreiblich. Du reagierst dich ab, indem du irgend etwas kaputtmachst, irgend etwas zerbrichst oder zertrittst. Und du weißt genau, daß dadurch nichts besser wird.

Manchmal schaue ich in der Stunde zum Fenster hinaus, wir haben Gottseidank sehr schöne Bäume rund um die Schule, und ich denke darüber nach, was in einer besseren Schule besser wäre. Das wäre vielleicht eine Schule, wo man mit den Lehrern reden kann und ihnen nicht den Staub von den Füßen aufschlecken muß. Das wäre vielleicht eine Schule, wo man Sinnvolles lernt, Nützliches, wo man vielleicht auch lernt, mit seinen Mitmenschen umzugehen.

Aber ich habe keine Lust, da jetzt 475 Reformvorschläge aufzuzählen, und außerdem glaub' ich eh' nicht dran, daß das alles jemals Wirklichkeit wird. Die Idealschule ist etwas für Träumer und für Stunden, wo man in die Bäume schaut. Wer will was von der Schule? Ich will nichts mehr von der Schule, das habe ich mir abgewöhnt. Ich erwarte mir nichts mehr.

Jacques Prévert

Rechenstunde

Zwei und zwei sind vier
Vier und vier sind acht
Acht und acht sind sechzehn
Wiederholen! sagt der Lehrer
Zwei und zwei sind vier
Vier und vier sind acht
Acht und acht sind sechzehn
Aber da fliegt der Wundervogel
Am Himmel vorbei
Das Kind sieht ihn
Das Kind hört ihn
Das Kind ruft ihn
Rette mich
Spiel mit mir
Vogel!
Da schwebt der Vogel nieder
Und spielt mit dem Kind
Zwei und zwei sind vier ...
Wiederholen! sagt der Lehrer
Und das Kind spielt
Der Vogel spielt mit ihm
Vier und vier sind acht
Acht und acht sind sechzehn
Und wieviel sind sechzehn und sechzehn?
Sechzehn und sechzehn sind nichts
Und erst recht nicht zweiunddreißig
Denn das gibt ja keinen Sinn
Also schwinden sie dahin
Und das Kind hat den Vogel
In seinem Pult versteckt
Und alle Kinder
Hören sein Lied
Und alle Kinder
Hören die Musik

Und nun verschwinden auch die acht und acht
Und die Vier und Vier und die Zwei und Zwei
Trollen sich

Und eins und eins sind weder eins noch zwei
Eins ums andre ziehn sie ab
Und der Wundervogel spielt
Und das Kind singt
Und der Lehrer schreit:

Wann hört ihr endlich mit dem Unsinn auf?
Aber alle Kinder
Horchen auf die Musik
Und die Wände des Klassenzimmers
Sinken friedlich ein
Und die Fensterscheiben werden wieder Sand
Die Tinte wird wieder Wasser
Die Pulte werden wieder Bäume
Die Kreide wird wieder Felsen
Der Federhalter wird wieder Vogel.



eltern

Klaus Herzele

Melkkuh Elternverein

Kooperation, Zusammenarbeit, Partnerschaft, Mitarbeiter, Mitbestimmung, wem sind diese wohlklingenden Worte nicht bekannt? Fallen sie doch bürgerlichen Politikern bei allen möglichen Äußerungen aus dem Mund und den Boulevard-Akrobaten aus der Schreibmaschine — zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze. Selbst der Träumer hat wahrzunehmen, wie sehr alle Lebensbereiche mit Demokratie durchflutet werden sollen. Und die Welle der Demokratie spült höchstens ein paar tausend Arbeitslose, eingeschüchterte Betriebsräte, disziplinierte Lehrer, frustrierte Schüler etc. an den Strand der Sozialpartnerschaft. Das nennt man — dem natürlichen Gezeitenwechsel entsprechend — Ebbe. Dieses Zurückweichen der Demokratie findet dann statt, wenn es der stärkere „Partner“ zur Absicherung seiner Macht für notwendig erachtet.

Warum sollte ausgerechnet die Institution Schule von diesem Spiel der Mächtigen mit noch Ohnmächtigen ausgeschlossen sein? Sind, im Zusammenhang mit dieser Frage, die Elternvereine tatsächlich ein Hort der Mitbestimmung, wenn per Schulunterrichtsgesetz „Zusammenarbeit in allen Fragen der Erziehung und des Unterrichts“ verordnet wird?

Allein die Wahl der leitenden Organe des Elternvereins wird in der Regel so stark vom Schulleiter, als unterster Instanz der Schulbürokratie, gesteuert, daß die wählende Elternhauptversammlung zu einem Verein von Kopfnickern und Ja-Sagern degradiert wird.

Häufig sind den Elternvereinsmitgliedern und auch den Lehrern nicht einmal die Vereinsstatuten bekannt. Wenn auch die Wahl formal richtig abläuft, so haben die meisten Elternvertreter nach ihrer Wahl begriffen, wer Entscheidungen trifft und wer diese in die Tat umsetzen darf. Die Kunst des Schulleiters, des Inspektors, bis in die Höhen des Stadt- bzw. Landesschulrates besteht in weiterer Folge darin, die Elternorgane — und als

solche werden sie angesehen — zu belehren, wenn nötig zu beschwichtigen, meist aber anzuschmorren. So werden aus Eltern, die ihre und die Interessen ihrer Kinder gegenüber Lehrern und der Schulbürokratie zu vertreten hätten, zahlende Mitglieder einer die öffentliche Hand unterstützenden, karitativen Vereinigung. Elternvereine bezahlen Film- und Overheadprojektoren, spenden Fernseher, gewähren finanzielle Unterstützungen bei Schikursen, Schullandwochen und Wandertagen u. a. m. Elternvereine tragen finanzielle Lasten, welche die Gemeinden als Schulerhalter und das Unterrichtsministerium aus Budgetmitteln zu übernehmen hätten. Die Eltern bringen nicht nur als Arbeiter und Angestellte mit einem Teil ihrer Lohnsteuer den Großteil des Unterrichtsbudgets auf, sie müssen auch noch über den Elternverein Veranstaltungen subventionieren, die vom Ministerium und den Stadt- bzw. Landesschulräten vorgeschrieben werden.

Der eine „Partner“ verordnet, der andere zahlt. So einfach funktioniert die Sozialpartnerschaft auch im Bildungswesen.

Aus optischen Gründen müssen dann wenigstens Wörter wie „Zusammenarbeit, Beratung, Vorschläge, Wünsche, Beschwerden, Antrag“ und anderes Schöne mehr im Schulunterrichtsgesetz stehen. Werden die Wörter ernst genommen und als Aufforderung zur Tat verstanden, heben die Wächter der Sozialpartnerschaft den Zeigefinger und erklären, daß recht(s)verstandene Zusammenarbeit ohne Konsens nicht möglich ist... und da könnte ja jeder kommen... und Mitbestimmung im Bildungswesen, wo denken Sie hin!... und die Zeit ist noch nicht reif... und die Wirtschaft könne das nicht verkraften... und der Staat könne das nicht zulassen... und das Defizit... und außerdem gefährdet das die Arbeitsplätze. Huh!

Wie wäre es, wenn so manche Eltern aus dem sozialpartnerschaftlichen Schlaf erwachten und nicht nur das Schulunterrichtsgesetz beim Wort nähmen, sondern auch nach dem Spruch handelten, der so erfrischend ist, wie nur der Volksmund sein kann: Wer zahlt, bestimmt!

Ilse Maier

Ein Stein fällt ins Wasser

Spätestens mit dem Herannahen des sechsten Geburtstages des ältesten Kindes beginnt man sich mit dem Gedanken vertraut zu machen: Mein Kind muß in die Schule! Ob es nun will oder nicht, zum Glück gibt es in unserem Lande Schulpflicht. „Freust du dich schon auf die Schule?“ wurde mein Sohn gefragt. Er legte die Stirn in Falten: „Wie soll ich mich auf etwas freuen, das ich nicht kenne?!“ Ich applaudierte im Geist. Gut gebrüllt, Löwe!

Erinnerungen an meine eigene Schulzeit stiegen auf und mit diesen Erinnerungen ein leises Ziehen in der Magengegend. Die Volksschule ging ja gerade noch. Krieg, Kriegsende und erstes Nachkriegsjahr. Ich war trotz der Wirren (oder vielleicht gerade wegen der Wirren) eine recht gute Schülerin. Dann aber die Mittelschule! Mißerfolge, Prüfungsangst, Schularbeitsangst, Angst vor mehr oder weniger zynischen Professoren. „Nichts gelernt? Nicht genügend!“ Aufmüpfige Frage: „Bekommt man die Noten eigentlich für das Lernen oder für das Können?“ „Komm sofort heraus!“ — Natürlich wieder ein Nichtgenügend. Mit sechzehn Jahren ein jähes Ende meiner schulischen Laufbahn. Das Ziehen in der Magengegend hat sich bei diesen Gedanken verstärkt. Und das alles steht nun meinen Kindern bevor? Doch — halt — nein! Heute ist es doch ganz anders! Es gibt besser ausgebildete Lehrer, es gibt ein Unterrichtsgesetz, es gibt Rechte der Schüler, Rechte der Eltern, es gibt Elternvereine, Elternvertreter, Schulgemeinschaften usw. Heute ist alles ganz anders. Oder?

Ich frage herum, was die Schule für andere bedeutet. „Also ich bin froh, daß mein Kind in die Schule geht! Wenigstens habe ich vormittags Zeit für mich.“ Oder aber, je nachdem, ob die Mutter berufstätig war oder nicht „... keine Angst, daß dem Kind am Vormittag etwas zustößt“. Die Schule also eine Kinderbewahranstalt. Nein, ich wehre mich dagegen. Die Schule sollte mehr sein. „Warte nur, bis du in die Schule kommst! Da wird man dir schon beibringen, wie man sich zu benehmen hat!“

Die Schule also eine Erziehungsanstalt. Nein, auch das war nicht das Richtige. Wir waren der Ansicht, eine Erziehung zum

guten Benehmen sollte schon im Elternhaus stattfinden. Bleibt nur — die Schule als Bildungsanstalt. Nicht mehr? Ich war verwirrt und ließ die Dinge auf mich zukommen.

Die Volksschulzeit brachte nun leider nicht viel, was mit dem Unbehagen an der Institution Schule aufräumte. Mein Sohn, so stellte sich bald heraus, war ein Legastheniker. Oberlängen-unterlängenverlagert, rechts-linksverlagert, ein Legastheniker mit allem Drum und Dran. Es war eine Schwerstarbeit für ihn und auch für mich, ihn so durch die Volksschule zu bringen, daß er anschließend in den A-Zug der Hauptschule gehen konnte.

Meiner Tochter ist es besser ergangen. Sie lernte leicht und gut und kam nach der Volksschule in die AHS.

Den Elternverein lernte ich an der Volksschule natürlich auch kennen und besuchte die Versammlungen pflichtgemäß. Eine Clique, die einander gut kannte, saß im Vorstand. Man hörte da viel Blablabla, hob mehrmals die Hand zu einer Abstimmung, zahlte pünktlich seinen Beitrag und war im großen und ganzen froh, daß sich ein paar Leutchen gefunden hatten, die die „Amterln“ ausfüllten. Man wurde weiter nicht belästigt.

Elternsprechtag gab es auch. Lange Schlangen vor der Klassentür, kurze Unterhaltung mit der Lehrerin: „Er oder sie ist brav, alles in Ordnung!“ Der Nächste wartet! Elternvertreter, Schulgemeinschaft! Wer ist das? Was ist das?

Doch dann, in der Hauptschule, vollzog sich eine Wandlung. Erst noch unbemerkt, dann immer stärker, unübersehbar. Ein Stein ist ins Wasser gefallen und zog Kreise, erst kleine, dann immer größere! Mein Sohn sprach häufiger von seinem neuen Lehrer. Er erzählte vom Unterricht, er lernte freiwillig und lehnte meine Hilfe ab. Ich erkannte: er geht gerne in die Schule. Mein Sohn lernte gerne! Nicht nur um des lieben Friedens willen oder um gute Noten, nicht um dem Lehrer zu gefallen, sondern aus Freude am Wissen, aus Interesse am Lehrstoff. Lernen und Wissen machte ganz einfach Spaß.

Ich staunte und kam aus dem Staunen nicht heraus. Auch für uns, die Eltern, hatte der Lehrer etwas im Ärmel. Es gab Zusammenkünfte, erst Eltern und Lehrer und dann, immer öfter Eltern, Lehrer und Schüler. Und wir alle lernten voneinander. Wir lernten einander kennen und verstehen. Ich war erschüttert, als ich merkte, wie wenig Eltern ihre eigenen Kinder kennen. Wir sahen die Probleme des anderen und merkten, daß viele mit den gleichen Schwierigkeiten kämpften und konnten gemeinsam viel Belastendes aus der Welt schaffen. In dieser Zeit habe ich erkannt, was Schule sein kann. Wissensvermittlung ja, aber auch Vermittlung von Lebensfreude, Vertrauen, Kameradschaft, Selbstbewußtsein und

Freundschaft. Freundschaft unter Lehrern, Schülern und Eltern.

Schule kann schön sein. Schule ist schön.

Leider noch nicht immer und überall. Meine Tochter mußte diese bittere Erfahrung machen. Nach einem schweren Verkehrsunfall litt sie unter Konzentrationsstörungen. Die anfänglich gute Schülerin wurde immer schlechter. Sie litt unter ihren Mißerfolgen und wollte nicht mehr zum Unterricht gehen. Ich versuchte, mit den Professoren zu sprechen, stieß aber auf keinerlei Verständnis. „Wenn sie es nicht schafft, kann man halt nichts machen.“ Doch ich wußte jetzt, daß Schule etwas sehr Positives sein kann, und ich wollte nicht, daß meine Tochter unter der Schule leidet, ich wollte nicht, daß sie einmal mit Magenziehen an ihre Schulzeit zurückdenkt. Wir starteten also einen Versuch.

Wir waren inzwischen übersiedelt, und so gelang es, sie an einer anderen Schule unterzubringen. Wir hatten Glück. Das Experiment wurde ein Erfolg. Die neue Umgebung und junge, engagierte Professoren halfen ihr wieder, eine gute Schülerin zu werden, die gerne in die Schule geht. Sie ist auch heute nicht die Ruhe in Person, aber auch nicht mehr das zitternde Nervenbündel, welches sie einmal war. Sie weiß heute, daß sie ihren Lehrern vertrauen kann, sie weiß, daß ihre Lehrer ihr helfen wollen. Sie hat heute wieder Freude am Lernen, Freude an ihrer Schulzeit und mit dieser Freude — Erfolg.

Schule muß nicht krankmachen. Schule ist schön.

Was mir fehlt, nachdem mein Sohn im Berufsleben steht, das ist mein Kontakt mit der Schule. Mein persönlicher Kontakt mit Lehrern, Schülern und Eltern.

Elternsprechtag ist — wie gehabt, und Elternverein — na ja — siehe oben. Elternvertreter — Schulgemeinschaft! Wer ist das? Was ist das?

Aber ich weiß wirklich nicht, was ich anstellen könnte, um dies zu ändern. Ich würde gerne mitarbeiten, aber ich weiß nicht, was ich tun könnte.

Doch vielleicht fällt irgendwann einmal wieder ein Stein ins Wasser und zieht Kreise, Kreise, Kreise.

IGS oder Gym?

Ängste, Erwartungen und Wünsche einer Mutter

Unser ältestes Kind, Daniel, hat im vergangenen Sommer die Volksschule beendet. Wir standen vor der Frage, in welche Schule er nun gehen sollte: in eine Hauptschule, in eine Gesamtschule oder in ein Gymnasium.

Ich glaube, viele Eltern geben ihr Kind aus Prestige Gründen ins Gymnasium. Das wollte ich nicht. Denn ich bin der Meinung, daß dort Leistung über alles geht und dadurch auf die Kinder und ihre Probleme zu wenig Rücksicht genommen wird. Ein Lehrer, der bei der Tür hereinkommt, seinen Stoff vorträgt und wieder geht: das will ich meinem Kind ersparen. Ich glaube, daß eine Erziehung zur Elite den Kindern nicht behilflich ist, soziales Denken und Handeln zu lernen. Lehrer, die mit den alten Mitteln der Autorität arbeiten, lehne ich ab, vor allem Ohrfeigen und Strafen. Ich erwarte mir Pädagogen, die Einfühlungsvermögen haben und sich für die Schüler interessieren. Sie sollen – zusammen mit den Eltern – die Fähigkeiten der Kinder erkennen und sie fördern und sie sollen durch einen lebensnahen Unterricht die Schüler zu aktiven, kreativen, kritischen und selbstbewußten Menschen erziehen.

Meine eigenen Erinnerungen an die Schule sind nicht schön. Vielleicht nehme ich deshalb die Schulprobleme meines Kindes besonders ernst. Ich erinnere mich zum Beispiel daran, daß meine Lehrer die guten Schüler bevorzugt haben und daß sie sich für meine Begabungen nicht interessierten. Sie haben mit viel Druck gearbeitet, und ich hatte oft Angst, etwas nicht zu können und zu versagen. Ich wurde von meinen Eltern nicht sehr unterstützt und ich hatte das Gefühl, auch von den Lehrern fallengelassen zu sein. Meine Schule war unpersönlich, ich wußte nicht, wofür ich mich anstrengen sollte.

So weit es von mir abhängt, will ich meinen Kindern solche Schulerfahrungen ersparen. Daher hätte ich Daniel nach der Volksschule am liebsten in eine IGS geschickt. Denn Gesamtschule war für mich: mehr Fortschrittlichkeit, individuelles Lernen in Leistungsgruppen, engagierte Lehrer und weniger Leistungsdruck.

Trotzdem ist mein Kind jetzt nicht in einer Gesamtschule gelandet, sondern in der ersten Klasse eines Realgymnasiums

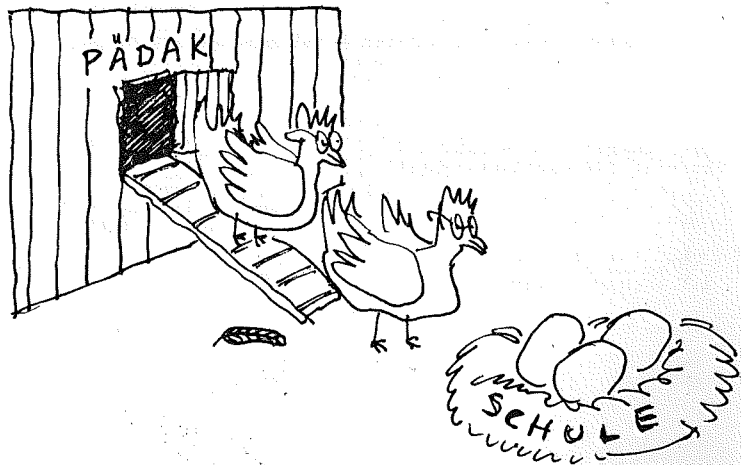
Das kam so: Eine Freundin, die Lehrerin an einer AHS ist, hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß ich meine eigenen schlechten Erfahrungen und meine persönlichen Ängste auf meinen Sohn projiziere. Du möchtest den Weg des geringsten Widerstandes gehen, sagte sie, deshalb willst du den Daniel in die Gesamtschule schicken. Ich war etwas verunsichert.

Die Wahl fiel schließlich aufs Gymnasium, weil Daniel selbst nicht in die IGS gehen wollte. Etwa zwei Drittel aus seiner Volksschulklasse gingen ins Gymnasium, und zu denen wollte er auch gehören. Die Entscheidung war damit gefallen.

Ich bin allerdings noch immer skeptisch, ob es die richtige Entscheidung war; ob gerade im Gymnasium das in Erfüllung gehen wird, was ich mir von einer guten Schule wünsche.

Ich will aber nicht immer nur skeptisch sein oder meckern, dachte ich, sondern auch selber etwas dafür tun, daß die Schule ein bißchen mehr so wird, wie ich sie mir vorstelle. Also habe ich mich zur Elternvertreterin in Daniels Klasse wählen lassen. Als Elternvertreterin möchte ich die Kontakte zwischen den Eltern fördern, zum Beispiel habe ich vor, einen privaten Elternabend in einem Gasthaus zustandezubringen. Auch der Klassenvorstand soll eingeladen werden. Wir werden eine Liste mit Adressen und Telefonnummern machen, damit die Schüler sich anrufen können, wenn's bei der Hausübung nicht klappt, wenn sie krank sind etc.

Die Arbeit im Elternverein wird hoffentlich nicht zu bürokratisch. Wichtiger als die üblichen finanziellen Fragen ist mir zum Beispiel, daß die Probleme der Schüler behandelt werden oder daß die Eltern sich ansprechen können, wenn es einmal mit einem Lehrer Schwierigkeiten geben sollte.



SPÖ

Sozialistische Partei Österreichs

1014 Wien 1, Löwelstraße 18. Telefon (0 22 2) 63 27 31 Fernschreiber 07-4198 C*WAG-Kto.-Nr.00-66730-3

An die Anzeigenabteilung von
KRONEN-ZEITUNG
KURIER
PRESSE
KLEINE ZEITUNG und
SALZBURGER NACHRICHTEN
'S OBERKONTAFONER WOCHENBLÄTTE

Werte Damen und Herren!

Bitte um ehestmögliche Einschaltung des unten angeführten
Inseratentextes im Anzeigenteil Ihres Blattes, wenn mög-
lich unter "Verschiedenes":

Günstig abzugeben! 1 sozialistisches Bildungsideal,
Marke "GEMEINSAM SCHULE ALLER 10- bis 14jährigen,
Typ: INTEGRIERTE GESAMTSCHULE. Traditionsreich, doch
ungebraucht. Auch jeder Tausch (z.B. gegen 1 neue
Hauptschule inkl. 2 - 3 kleinere parlamentarische
Mehrheiten) möglich. Zuschriften unter "Reform(m)ist"
an den Verlag.

In Erwartung Ihres geschätzten Bürstenabzuges verblei-
ben wir

Ihr

SPÖ-Zentralsekretariat,
Referat für Kurzsichtigkeit!

iv.
Ragmatiker
i.v.: R. Ragmatiker

kurzmeldungen

WIR HABEN NICHTS ZU VERLIEREN AUSSER UNSERER ANGST

Vom 11. bis 18. Juli 1981 trafen sich in Döbriach etwa
100 Eltern, Lehrer und Kinder im Rahmen der Ferienaktion
der Jungen Generation in der SPÖ, um schulpolitische Pro-
bleme zu diskutieren.

Im Mittelpunkt unserer Gespräche standen vor allem drei
Themenbereiche: Vorstellung von Alternativschulen, schul-
politische Forderungen der SPÖ und emanzipatorische Bildungs-
politik im allgemeinen. An der Veranstaltung nahmen Mit-
arbeiter der JG, Lehrer im SLÖ und Lehrer sowie Eltern aus
Alternativschulen teil.

Im Zentrum stand für uns alle die konkrete schulpolitische
Situation, die wir - was niemand wundern wird - als unbe-
friedigend empfinden. Nach dem Abbau anfänglicher Berührungs-
ängste und Vorurteilen zwischen Leuten, die das Schulsystem
von innen und Leuten, die Alternativen dazu außerhalb auf-
bauen, stellten wir fest, daß beide Ansätze legitim sind
und sich gegenseitig ergänzen und verstärken sollten.

Gerade in einer Situation, in der es nur eine Hauptschulreform
geben wird, scheint die Gefahr zu bestehen, daß alle weiter-
führenden Reformansätze im Keim erstickt werden. Bevor die
neuen Strukturen endgültig fixiert sind, müssen die Freiräume
innerhalb und außerhalb des Regelschulsystems festgehalten und
möglichst ausgeweitet werden. Schulversuche nach § 7 SCHOG
sollten auch weiterhin neue Möglichkeiten erproben, alter-
native Schulmodelle müßten breiter unterstützt und gefördert
und der Freiraum des einzelnen Lehrers im Unterricht ver-
größert werden.

Dazu bedarf es aber auch eines ständigen Erfahrungsaustausches
und einer stärkeren Kommunikation als bisher, um die Vereinze-
lung der Lehrer zu verhindern und eine breite Reformbewegung
in Gang zu setzen. Wir glauben, daß dazu ein erster Schritt
eine Bestandsaufnahme aller Aktivitäten sein kann. Wir wollen
alle existierenden Projekte dokumentieren und die damit ge-
machten Erfahrungen aufarbeiten.

Wir würden daher alle (einzelne Lehrer, Lehrergruppen, Eltern-
gruppen), die an derartigen Projekten arbeiten oder die ver-
suchen, eine fortschrittliche Schulpraxis zu verwirklichen,
bitten, uns darüber einen kurzen schriftlichen Bericht zu
schicken (Grundidee, Ausgangssituation, Änderungsversuche,
Erfahrungen). Diese Beiträge werden gesammelt und in einer
Broschüre erscheinen.

Wir glauben, daß die Angst des einzelnen nur dann überwunden
werden kann, wenn er sieht, daß er nicht alleine steht.

Kontaktadressen: Susi Jerusalem, Helmut Szlezak (Alternativschule):
Schönbrunnerstr. 82/22, 1050 Wien
Gerti Edlinger (SLÖ): Berlag.1/21/5, 1210 Wien
Andreas Schwarcz (JG): Ehang.4/1/17, 1110 Wien

Die GGS, die Gewerkschaftsgruppe Schülerzeitungen, gibt seit Mitte September den „Informationsdienst der Schülerzeitungen“ (IDSZ) heraus. Nachrichten, die für SZ-Macher interessant sind, und verschiedene Services werden angeboten.

Schwerpunkt der GGS-Arbeit ist nach wie vor der Kampf gegen Zensur, wo diese auftritt. Mit dem Inkrafttreten des neuen Mediengesetzes (Jänner '82) wird sich auch die rechtliche Lage der Schülerzeitungen verändern. Wie, das hängt von einem neuen Erlaß des Unterrichtsministeriums ab, der derzeit in Arbeit ist. Die GGS befürchtet eine Verschlechterung der ohnehin nicht allzu guten Lage der Schülerzeitungen und plant Aktionen, falls es nicht gelingen sollte, einen für beide Seiten (die Schulbehörden, Lehrer, Direktoren etc., sinngemäß vertreten durch das Unterrichtsministerium, und die Schülerzeitungsredakteure, vertreten durch die GGS) annehmbaren Kompromiß zu erreichen.

Für Schülerzeitungen, die rechtliche Beratung brauchen oder einen der vielen Services in Anspruch nehmen wollen (die GGS vermittelt z. B. günstige Druckmöglichkeiten für Schülerzeitungen, stellt verantwortliche Redakteure zur Verfügung, organisiert Treffen zwischen SZ-Redakteuren und veranstaltet Seminare) hier die Adresse:

GGG – Gewerkschaftsgruppe Schülerzeitungen
Bankgasse 8
1010 Wien
Tel. (0222) 63 63 98 oder 63 14 02

Das Kulturservice, „eine Initiative des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst“, hilft, Aktionen in Schulen aufzuziehen: gibt Know-how weiter, vermittelt Künstler und andere Leute und trägt unter Umständen auch die Kosten. Seit April dieses Jahres gibt das Kulturservice auch eine eigene Zeitung heraus, in der über vergangene und zukünftige Aktivitäten berichtet wird, allerlei Amüsantes und/oder Wissenswertes berichtet wird. Diese Zeitung geht kostenlos an alle AHS-Oberstufen und auch an andere Schultypen, jede Schulklasse sollte ein Exemplar kriegen. Da hapert's aber irgendwo. Denn von fünf Schülern kannten bei einer kleinen Umfrage vier die Zeitung nicht. Das Kulturservice kann sich das nicht vorstellen, denn der Versand wird von einer eigens dafür bezahlten Firma übernehmen.

Die Schwachstelle scheint wieder einmal die Direktion zu sein. Denn nach ein bißchen Bohren konnten sich viele Direktoren daran erinnern, daß da einmal so etwas ins Haus geflattert war, bei anderen war das Paket gerade erst angekommen und nur wenige verneinten, diese Zeitung je gesehen zu haben. Ob die Vertriebschwierigkeiten an Artikeln über Schulbankkritzereien und Sexualität liegen? In einem polytechnischen Lehrgang etwa kriegten die Zeitung die Lehrer und nicht die Schüler. Also, wenn's bei euch „hapert“, oder wenn ihr irgend etwas in der Schule machen wollt und dafür das Kulturservice in Anspruch nehmen wollt:

Verein Kulturservice
Taborstraße 13
1020 Wien
Tel. (0222) 24 35 07

2,50 S
Brief-
marke

Verein der Förderer
der Schulhefte
Krongasse 6/6
1050 Wien

SCHUL-HEFT	Thema	Einzelpreis
1/76	Die 40-Stunden-Schule (vergriffen)	S 30,-
2/76	Schulalltag	S 30,-
3/76	Gesamtschule	S 30,-
4/76	Sexualerziehung	S 30,-
1/77	Lehrpläne in Diskussion	S 30,-
2/77	Arbeitswelt in der Schule	S 30,-
3/77	Elternrechte/Elternsorgen	S 30,-
4/77	Lehrerrechte/Lehrersorgen	S 30,-
1/78	Politische Bildung (vergriffen)	S 48,-
2/78	Schülerrechte/Schülersorgen (vgr.)	S 48,-
3/78	Schulversuche — was dann?	S 48,-
4/78	Kirche und Schule	S 48,-
1/79	Schulbücher	S 48,-
2/79	Alternative Schulmodelle	S 48,-
3/79	Der Schüler als Konsument	S 48,-
4/79	Psychologie in der Schule	S 48,-
17	Lehreraus- und -fortbildung	S 48,-
18	Jugend 80	S 48,-
19	Von Beruf Frau	S 48,-
20	Schulreform made in Austria	S 48,-
21	KreativTaten	S 58,-
22	Medien / Medienerziehung	S 58,-
23	„Wer will was von der Schule?“	S 58,-
24	Sonderschule	S 58,-

Die Mitarbeiter dieser Nummer sind:

- Irene Brüll, Weyringergasse 27, 1040 Wien, Tel. 65 07 705
 Gerald Fischer, Student
 Helga Grech, Lehrerin, Promenadegasse 31, 1170 Wien, Tel. 45 38 08
 Georg Hahn, Pädagogischer Leiter eines gewerkschaftlichen
 Ausbildungszentrums
 Klaus Herzele, Lehrer, Mühlgasse 22, 1040 Wien, Tel. 57 10 892
 Walter Höller, Lehrer, Favoritenstraße 27/42, 1040 Wien, Tel. 65 68 554
 Joschi Kneihls, Schüler, Döblinger Hauptstraße 70/Stiege 2, Tel.
 36 13 43
 Ilse Maier, Franz-Schuhmeier-Straße 8, 2232 Deutsch-Wagram
 Michael Sertl, Lehrer, Lassallestraße 20/23, 1020 Wien, Tel. 24 49 714
 Hannes Vogeler, Lehrer
 Ernst Weber, Mitarbeiter in der Werbeabteilung der Zentralsparkasse der
 Gemeinde Wien, Gigergasse 1, 1030 Wien, Tel. 72 91/232

schulheft die pädagogische Taschenbuchreihe für Lehrer, Eltern und Schüler

Die SCHULHEFTE sind eine pädagogische Taschenbuchreihe für Lehrer, Eltern und Schüler. In jeder Nummer wird jeweils *ein* erzieherisches und/oder schulpolitisches Thema behandelt, und zwar von wissenschaftlichen, politischen, vor allem aber *praxisnahen* Gesichtspunkten aus: unter möglichst enger Mitarbeit von Lehrern, Eltern und Schülern.

Ich bestelle hiermit (Gewünsches bitte ankreuzen):

1 Abonnement der pädagogischen Taschenbuchreihe SCHULHEFT zum Preis von S 200,— (4 Bände, jeder Band ca. 100 Seiten) ab der Nummer:
die Einzelnummer
Themen und Preise siehe Rückseite.
Name:
Adresse:
Beruf:

Bitte (bei Bedarf) auch Bestellungen vergriffener Nummern angeben. Wenn genügend Bestellungen eintreffen, wird nachgedruckt.

geworben durch:

Unterschrift: _____

Also, wenn's bei euch „hapert“, oder wenn ihr irgend etwas in der Schule machen wollt und dafür das Kulturservice in Anspruch nehmen wollt:

Verein Kulturservice
 Taborstraße 13
 1020 Wien
 Tel. (0222) 24 35 07